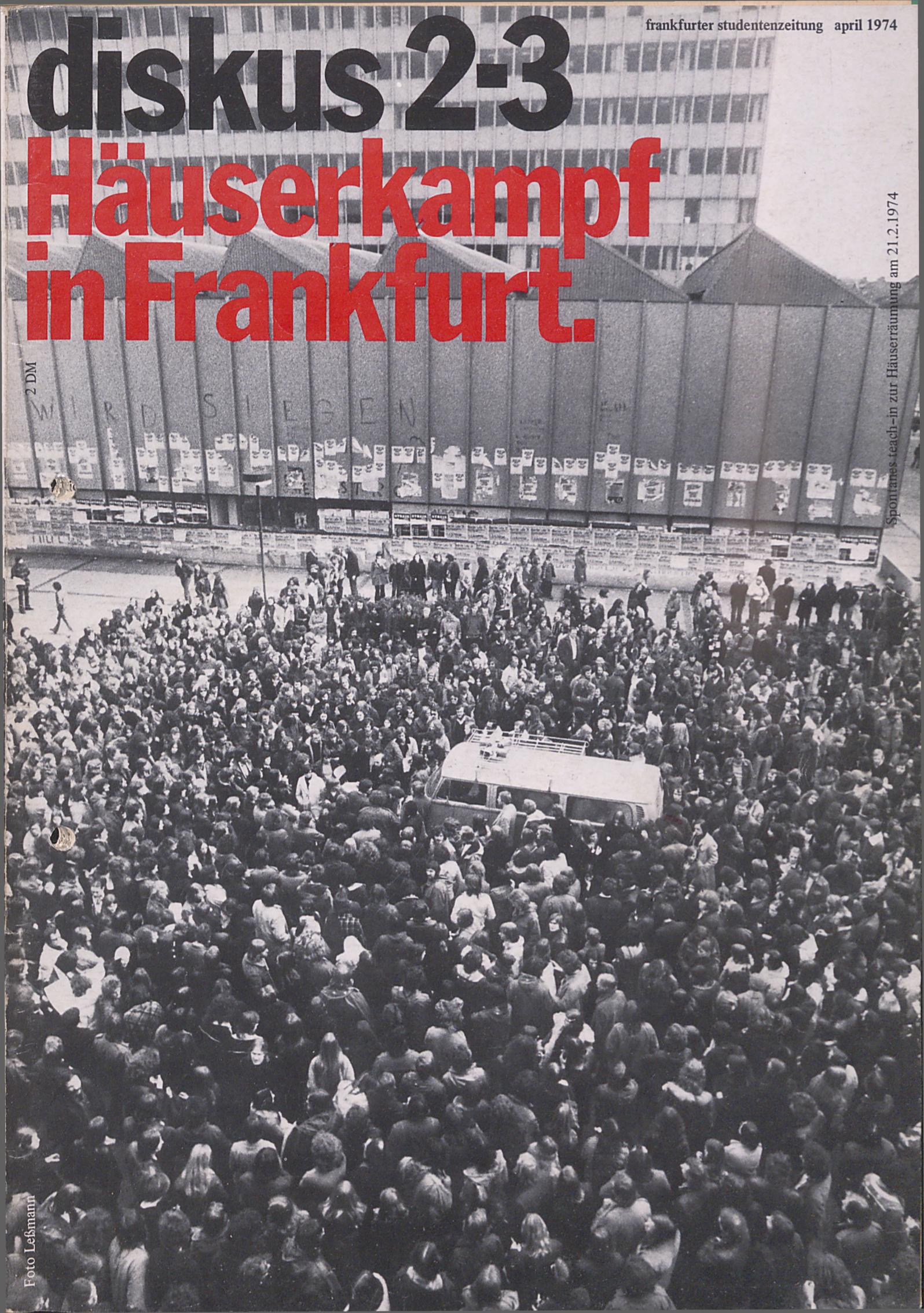


diskus 2-3

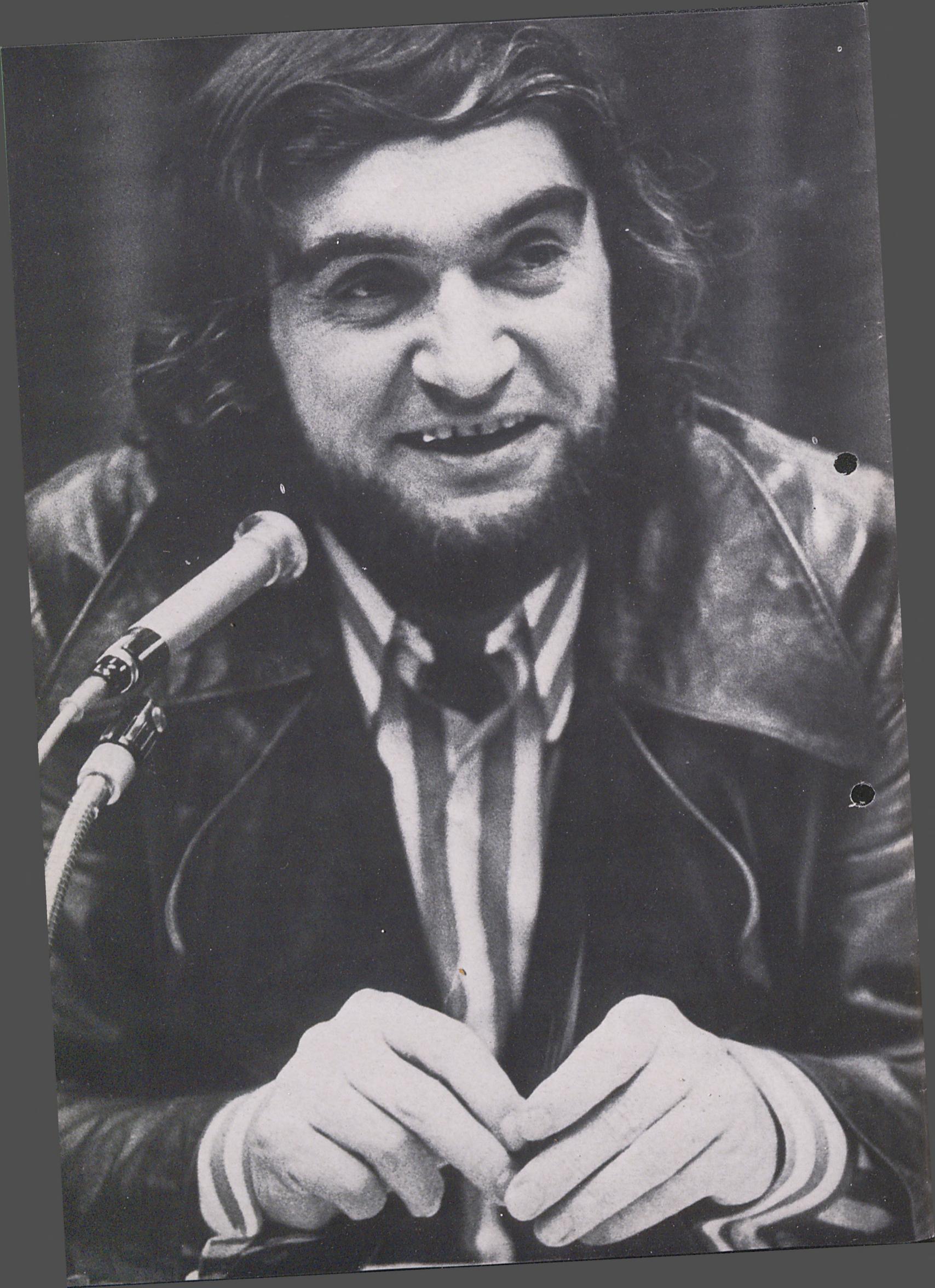
Häuserkampf in Frankfurt.

2 DM



Spontanes teach-in zur Häuserräumung am 21.2.1974

Foto Lefsmann



Interview mit Gerhard Zwerenz.

Mit dem Frankfurter Schriftsteller
und Mitinitiator des Frankfurter Tribunals
„Foltert die Polizei?“ Gerhard Zwerenz,
Mitherausgeber der diskus-Redaktion Peter Mosler.

Die Stadt, die SPD und die Polizei.

1 Tribunal

diskus: Wie kam die Absicht, das Tribunal „Foltert die Polizei?“ einzuberufen, zustande?

Zwerenz: Das kann ich nicht mehr sagen, das ging alles derartig durcheinander, daß ich nicht mehr genau weiß, in welchem Moment und von wem der Vorschlag des Tribunals gemacht worden ist. Nachdem klar war, daß solche Dinge hier, Polizeifolterungen, polizeiliche Übergriffe, in Frankfurt vorgekommen sind, war wahrscheinlich in den verschiedenen Köpfen auch klar, daß man ein Tribunal machen müßte.

diskus: Es ist auf dem Tribunal der Satz gefallen, daß der Verfall der Rechte in Frankfurt am weitesten vorangeschritten sei. Glaubst du, daß das Tribunal Ergebnisse erbracht hat, die diesen Satz bestätigen?

Zwerenz: Das hat wohl weniger mit den Ergebnissen des Tribunals etwas zu tun als vielmehr mit den Ergebnissen der Wirklichkeit in Frankfurt. Wer diese Wirklichkeit kennt, der kommt selbstverständlich zu der Meinung, daß der Verfall an Wirklichkeit und infolgedessen auch die Spiegelung, nämlich der Verfall an Rechten in Frankfurt am weitesten

voranschreitet. Wo also die Konflikthöhe am größten ist, wo die Klassenzusammenstöße am größten sind - wenn man das so nennen will, und ich würde es so nennen - muß sich, entsprechend der Konflikthöhe, auch das zeigen, was die Bourgeoisie in solchen Fällen immer tut, nämlich die Rechte, die sie ursprünglich aufgebaut hat, auch wieder abzubauen, weil sie meint, daß das notwendig ist zur Verteidigung ihrer Interessenlage.

diskus: Die Klassenauseinandersetzungen - du beziehst dich auf die Häuser Schlacht am Donnerstag und am Samstag? Fortsetzung Seite 14

Kantzenbach und ads wollen diskus lahmlegen!

Dieses Heft erscheint verspätet, es sollte bereits am Anfang des Semesters vorliegen. Die Verspätung ist der Tatsache zu verdanken, daß uns Kantzenbach im März unsere Konten gesperrt hat und damit die technische Produktion des Heftes sabotierte. War die Sperrung zunächst nur im Rahmen der allgemeinen Kontensperrung der Studentenschaft im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Häuserräumung zu sehen, so wurden später von der, in Sachen Studentenschaft außerordentlich regen, Rechtsabteilung alle möglichen spezifischen Gründe nachgereicht, die unsere Kontensperrung nachträglich rechtfertigen sollten; und zwar im Rhythmus ihrer einzelnen Widerlegungen. Die vorgeblich „unklare“ Finanzsituation im diskus und die „fehlende redaktionelle Pluralität“ waren dabei die Hauptvorwände der Uni-Administration. Den ersten Punkt halten wir nach den jeweiligen Buchprüfungen durch Landesrechnungshof und Kanzleramt für ebenso geklärt, wie den zweiten, nach Abgabe etlicher Erklärungen zum Selbstverständnis der redaktionellen Arbeit in früheren Heften und der nachfolgenden redaktionellen Praxis. Zusätzlichen Bedenken tragen wir dadurch Rechnung, daß wir zukünftig den redaktionellen Schwerpunkt der jeweils folgenden Hefte ankündigen um damit unsere redaktionelle Arbeit durchsichtiger zu machen und damit weiteren Teilen der Studentenschaft die Möglichkeit geben, selbst Artikel einzureichen, über deren Veröffentlichung in üblicher Weise redaktionell entschieden wird.

Im inhaltlichen Zusammenhang mit dem in Frankfurt staatfindenden Internationalen Chile-Kongreß werden wir im nächsten Diskus 3/74 prioritär Artikel zur Problematik der „Dritten Welt“ veröffentlichen. Unaufgeforderte Artikel sind bis spätestens 8. Mai 10⁰⁰ Uhr im Diskus, Studentenhaus, einzureichen.

Heft Nr. 4 soll sich vorrangig mit Themen aus dem Bereich der Psychologie und Psychiatrie beschäftigen. Abgabetermin für Artikel ist der 22. Mai.

Bielefeld: Tribunal diene der Verdummung

Kommentare zur Kritik an der Frankfurter Polizei

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Jürgen Biedermann

„Das kann man doch nicht so pauschalieren“, ärgerte sich Karl-Heinz Gerstemeier, Pressesprecher in Hanns-Heinz Bielefelds Wiesbadener Innenministerium; der Grund seines Ärgers: eine Feststellung des Frankfurter SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Michel, die Gerstemeier wegen eines Urlaubs erst mit zehntägiger Verspätung lesen konnte. Michel hatte am Gründonnerstag in einem Pressegespräch „das schlechte Verhältnis zwischen Bürger und Polizei“ in Frankfurt beklagt.

Als Beispiel für übersteigerte polizeiliche Aktivität nannte Michel die Räumung des Jugendhauses in Bonames. „Gerade in diesem Fall ist die Polizei doch von Bürgern zum Einschreiten veranlaßt worden,“ weist Gerstemeier die Kritik zurück.

Es bleibe Michel natürlich unbenommen, die SPD-Arbeitsgruppe Polizei wieder zu beleben und auch den Kontakt mit der SPD-Betriebsgruppe innerhalb der Polizei zu intensivieren. Generell müsse man sich allerdings in Frankfurt damit abfinden, daß die Polizei seit dem 1. Januar verstaatlicht sei.

Entsprechend eindeutig hat die Wiesbadener Polizeiführung auf die Vorgänge anlässlich des Tribunals im Frankfurter Volksbildungsheim, auf dem der Polizei Folterungen vorgeworfen wurden, reagiert. Sprachrohr für solche scharfen Erklärungen des Innenministers und seines Pressereferenten

ist die April-Nummer der von Bielefelds Ministeriums herausgegebenen „Hessischen Polizei Rundschau“. Der „Ermittlungsausschuß“, Veranstalter des Tribunals, hat dazu eine Presseerklärung abgegeben.

Bielefeld nennt in seiner als Leserbrief aufgemachten Erklärung in der „Polizei Rundschau“ das Tribunal „eine Ansammlung antipolizeilich programmierter verbaler Amokläufer“. Die Szene sei beherrscht gewesen von der Absicht, die Polizei zu verdammen und die Öffentlichkeit zu verdummen. Hinter „dieser Farce eines Tribunals“ habe die Zielsetzung gestanden, „das Verhältnis Bürger — Polizei zu vergiften. Man verunglimpfte die Polizei und meinte den Staat“, schreibt Bielefeld. Abschließend heißt es: „In Sachen Tribunal werden nicht die Akteure dieser Schau von Aufwiegelei das letzte Wort haben, sondern der Strafrichter.“

„Schweißfüßiger Intellekt“

Karl-Heinz Gerstemeier bezeichnet das Tribunal „als großen Haßgesang auf die Polizei“. Unter Hinweis auf die Beteiligung des Schriftstellers Gerhard Zwerenz am Tribunal formulierte Bielefelds Pressesprecher: „Was unter der Schirmherrschaft eines schweißfüßigen Intellekts an wurmstichigen Anschuldigungen und Verleumdungen gegen die Polizei ausgekübelt wurde, berechtigt zu der Feststellung, daß die berufliche Beschäftigung mit Literatur Ignoranz und Arroganz nicht ausschließt.“ Gerstemeier brachte das „absurde Theater nur diese Erkenntnis“: „Negatives Erleben, eigenes Versagen, Kindheitsenttäuschungen verdichteten sich ... zu einem revolutionären Imponiergehabe und endeten in einem Akt politisch-pubertärer Selbstbefriedigung.“

Gerstemeier erklärte gegenüber der FR zum Stil, in dem die Auseinandersetzung mit politischen Gegnern in der „Polizei Rundschau“ geführt wird: „Gewissen Gruppen kann man nicht mit dem Evangelium unter dem Arm entgegenreten.“ Außerdem sei es notwendig

gewesen, der Empörung in Polizeikreisen über das Tribunal entsprechend Ausdruck zu verleihen. Weil die Zeitschrift nur monatlich erscheine, habe man dies erst im April machen können. Beeinflussung von schwebenden Gerichtsverfahren sei nicht beabsichtigt gewesen.

In ihrer Presseerklärung zu den Äußerungen Bielefelds und Gerstemeiers stellen die Schriftsteller Gerhard Zwerenz und Jürgen Roth sowie der IG-Metall-Funktionär Heinz Brandt im Namen des Ermittlungsausschusses fest: „Wer glaubte, das Tribunal hätte beim Innenminister und seinen Untergebenen zu einem politischen Lernprozeß beigetragen, der hat sich gefäuscht.“ Durch die Veröffentlichungen „soll die Polizei aggressiv stimuliert werden, damit sie bei den nächsten Einsätzen Mißhandlungen und Folter zur täglichen Praxis macht“.

„Innenminister Bielefeld scheint so desinformiert zu sein, daß er nicht einmal die Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wahrnimmt“, heißt es in der Erklärung.

diskus 2-3

Heft 2-3, 24. Jahrgang, April 1974

Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
Nachrichten			
4	Nachrichten-Magazin	Redaktion	
Häuserkampf			
1	Interview mit Gerhard Zwerenz	Peter Mosler	
6	Bilderbogen zur Häuserräumung		Leßmann, dpa, u.a.
18	Die freiheitlich-demokratische Grundordnung	Scott, Georg, Gorter	Lothar Leßmann
22	Erklärung der Bewohner des Studentenhauses	Die Bewohner	Leßmann, Tüllmann
26	Das Tribunal / Dokumentation		Gahan Wilson
34	Bürgerlicher Staat und Gewalt	Manfred Clemens	Lothar Leßmann
Organisation / Emanzipation			
38	Organisation und Emanzipation	O. Sauer	Crumb
41	Thesen über Bedürfnis	Theodor W. Adorno	
50	Arbeiter und Kleinbürger	Wolfgang Trakl	
52	Wider die Spontaneität	Bernhard Mutius	Robert Lebeck
56	Solidarität mit KSV und KPD ?	Schwarze Protokolle	
Hochschule			
46	Die Germanistik	Peter Mosler	Chumy Chume
59	Geschichten von Herrn E.	Freimann, Huffschnid	
Internationalismus			
63	Perslen-BRD	Brigitte Heinrich	

diskus frankfurter studentenzeitung
Heft 2-3, 24. Jahrgang, April 1974

diskus-Verlag 6 Frankfurt am Main,
Jügelstraße 1, Studentenhaus,
Telefon 0611/ 7 98 31 88

Herausgeber Lutz Bessel, Werner Pirker,
Hannsörg Prella, Udo Steppat,
Eberhard Zimmermann

Redaktionsleiter Eduard Wolczak

Redaktion Michael Boedecker,
Brigitte Heinrich, Peter Mosler, Til Schulz

Bildredaktion/Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb
Giselher Rüdiger

Verlagsbüro Renate Prella

Druck Max Schimmel OHG,
8700 Würzburg 2, Robert-Koch-Str. 34-36

Auflage 15.000

Erscheinungsweise 8 mal im Jahr

Preis 2 DM

Schwerpunkt dieses Heftes sollte ursprünglich das weitgefaste Thema "Emanzipation" sein. Teile dieses Themenkomplexes haben sich erhalten.

Die massive Hetze von Presse und Polizei anlässlich der Straßenschlacht vor den besetzten und geräumten Häusern Bockenheimer Landstr./Schumannstr. hat uns gezwungen, diesen Ereignissen einen breiteren Raum in diesem Heft zur Verfügung zu stellen, der eher kommentierend als berichtend ist. Es war kein Zufall, daß der hessische Innenminister die Räumung dieser Häuser in die Semesterferien gelegt hat; er hoffte somit eine Solidarisierung der Studentenschaft zu verhindern, das mißlang. Wir glauben, daß die Frankfurter Studentenschaft ein Anrecht darauf hat, eine im Gegensatz zu der offiziellen Hetze von Behörden und Medien engagierte Bild der Ereignisse zu erhalten.

Eigentum verpflichtet. Adel nicht mehr.

Häuserbesetzungen sind keine harmlosen Go-ins.

Es ist Gewalt angewendet worden.

Niemand kann wollen, daß Gewaltanwendung politischer Stil wird.

Andrerseits: nichts kommt von ungefähr. Nichts ohne Ursache.

Die Rufer nach Recht und Ordnung und hartem Durchgreifen sehen immer nur die eine Seite, die schwächere.

Sie sehen die Gewalt der Besetzer. Und übersehen die Macht und Gewalt der Besitzer. Ihre Finanzmacht, den längeren Atem, den Schutz, der immer vor allem den Mächtigen gewährt wird.

Wir meinen nicht die Hausbesitzer, Eigenheimbesitzer.

Wir meinen die Spekulanten, die aus der Not anderer eine Tugend für sich machen und in Frankfurt einen Goldrausch erleben.

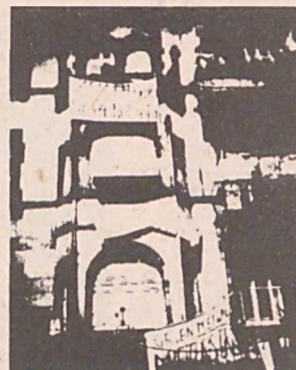
Die SPD will die Sozialbindung des Eigentums.

Nur weil Büropaläste mehr Gewinn bringen, können Menschen nicht auf die Straße gesetzt werden.

Und Häuser leerstehen, wenn Wohnungen fehlen.

Wir wollen die menschliche Stadt. Da ist kein Platz für Spekulanten.

SPD Gruppe für Frankfurt
Frankfurt macht Zukunft.



Marini-Prozeß.

Am 28.2. begann in Italien der Prozeß gegen den Anarchisten Giovanni Marini. Marini war seit über 19 Monaten unter unerträglichen Haftbedingungen im Gefängnis. Krank und halberblindet wurde er 14 Mal in immer andere Gefängnisse verlegt, gefoltert, ständig schikaniert und wiederholte Male rechtswidrig in einen Käfig gesperrt. Die Aussagen seiner Mut-



ter, die ihm im September wenige Minuten im sozialistischen Gefängnis in Caltanissetta sehen konnte: "Giovanni war nicht wiederzuerkennen, überdeckt mit Blutergrüssen und Wunden, die Augen aufgeschwollen, als Folge eines Monats Isolierhaft ohne Luft und ohne Licht, halberblindet und wegen des Verbots jeglicher Kontaktaufnahme selbst mit Familienangehörigen psychisch total kaputt ..."

Wen man sich fragt, warum Marini einer derartigen Behandlung unterzogen wurde, warum man ihn fertigmachen und töten wollte, dann ist es notwendig, die Umstände, die zu seiner Verhaftung führten, ins Gedächtnis zurückzurufen: Am 17. Juli 1972 wurden in Salerno 3 Anarchisten auf offener Straße von einer Bande bewaffneter Faschisten angegriffen. Einer von ihnen, Mastro Giovanni, wurde zu Boden geworfen und von zwei Faschisten, Affinato und Falvella, mit Dolchen bearbeitet. Die beiden übrigen, darunter Marini, gingen dazwischen, um ihrem Genossen zu helfen. Bei dieser Schlägerei wurde Falvella, ein lokaler MSI-Führer, tödlich verwundet. Die Polizei verhaftete die Anarchisten und beschuldigte Marini wegen Mordes.

Marini war über Monate die Zielscheibe von Drohungen und Provokationen seitens der Faschisten gewesen, weil er den mysteriösen Autounfall vom 28. September 1970 untersuchte, bei dem 5 Anarchisten, Entlastungszeugen im Prozeß gegen Valpreda, den Tod gefunden hatten. An diesem Tag befanden sich die

5 Freunde Marinis auf dem Rückweg von Rom, wo sie eine wichtige Dokumentation über die Rolle der Faschisten bei der Meuterei in Reggio di Calabria zusammengestellt hatten. Um Mitternacht erreichte ihr Auto Ferrentino. Es wurde gegenüber eines Hauses, das dem faschistischen Prinzen Valerio Borghese gehört, mit voller Wucht von einem Lastwagen mit aufgeblendetem Licht gerammt. Als die 5 Anarchisten tot gefunden wurden, waren alle ihre Papiere verschwunden. Der Fahrer des Lastwagens wurde jedoch einige Stunden nach dem "Unfall" von der Polizei freigelassen. Es handelt sich um einen Faschisten aus Salerno, einen Militanten der "Nationalen Front" Junio Valerio Borgheses. Über ihn hatte Marini Nachforschungen angestellt und dabei zweifellos zuviel rausgekriegt. Drohungen und Provokationen reichten nun nicht mehr, die Faschisten wollten seinen Kopf. Ab Abend des Todes von Falvella sollte eigentlich Marini ermordet werden. Aber der Schlag der Faschisten ging daneben. Von nun an übernahmen Polizei und Administration die Bestrafungsaktionen gegen Marini. Daß Marini heute immer noch am Leben ist, obwohl alle Maßnahmen in den Gefängnissen darauf abgestellt waren, ihn vor Beginn seines Prozesses verschwinden zu lassen, ist auf die Kampagne zurückzuführen, die die italienischen Anarchisten mit der Roten Hilfe für ihn gemacht haben.

Mord.

Am 3. März wurde der Anarchist Salvador Puig-Antich auf bestialische Weise von den Spanischen Faschisten ermordet.



VASCO

Am 8.1.1974 hatte der Kriegsrat in der 4. Militärprovinz (Barcelona) ein Todesurteil gegen Salvador Puig Antich, Student und Mitglied der MIL (Iberische Befreiungsbewegung) gefällt. Das Gericht verurteilte ihn wegen Terrorismus.

Keiner der Zeugen konnte die Genossen mit hinreichender Sicherheit als Autoren der ihnen zur Last gelegten Banküberfälle identifizieren. Bei der Festnahme von Puig Antich war es zu einer Schießerei mit Polizisten gekommen, wobei der Genosse schwere Verletzungen erlitt und der Polizist starb. Von denen bei der Autopsie im Körper des Polizisten gefundenen Kugeln, stammen zwei, und zwar die tödlichen, aus Revolvern der Polizei.

Der Prozeß gegen die Genossen der MIL wurde wegen der beginnenden internationalen Solidarisierung in die Weihnachtsferien verlegt. Das Militärgericht fällt die Urteile schon nach wenigen Stunden. Die Öffentlichkeit blieb weitgehend auf der Straße unter schwerer militärischer Bewachung. Im Saal reduzierte sie sich auf einige Reporter von Illustrierten und regierungstreuen Blättern. Der Prozeß, die Urteile und der politische Hintergrund des Verfahrens wurde in Spanien weitgehend verschwiegen. Diejenigen Zeitungen, die dennoch eine kurze Notiz bringen, sprechen von „Gangstern“ und „Raubmördern“. Die internationale Solidarisierung werden ebenso wie Aktionen in Spanien selbst verschwiegen.

Die MIL ist aus einer Gruppe bei SEAT hervorgegangen. Sie hat eine nicht parteilich gebundene Basisorganisation der Arbeiterbewegung in Katalonien und Barcelona unterstützt und durch Banküberfälle Gelder für die Arbeiterbewegung, besonders für Streiks beschafft. In Spanien sind Streiks illegal, Streitkassen gibt es nicht, was eine häufige Ursache für das Zusammenbrechen von Arbeitskämpfen ist. Die MIL löste sich im vergangenen Sommer als Gruppe auf, um in den Organisationen der Arbeiterbewegung mitzuarbeiten. Nach Einschätzung der MIL ist in Spanien die Periode nach Trennung militanter Ak-



tionen von der Arbeiterbewegung, die sich in legalen und illegalen Kämpfen artikuliert, durch die zunehmende Militanz der Arbeiterbewegung beendet, die Gruppe hat sich stets vom kleinbürgerlichen Aktionismus distanziert. Mitglieder der MIL haben auch an dem "Wörterbuch der Arbeiterbewegung" mitgearbeitet, einem Buch für die Arbeiterbewegung nützlichen Begriffserklärungen, historischen Angaben usw.

In der Revisionsverhandlung wurde das Todesurteil bestätigt und wurde trotz der Proteste vollstreckt. Demonstrationen, Bombenanschläge. Keine dieser Aktionen waren schlagkräftig genug, um wirklichen Druck auf das faschistische Regime auszuüben, und den Genossen zu retten.

Inzwischen sind zwei weitere spanische Anarchisten, Pons Llobet und Orive Sugranyes ebenfalls vom Tod durch das Würgeisen bedroht.

Bei dieser bestialischen Hinrichtung wird dem Todeskandidat ein Eisenring um den Hals gelegt, der vom Henker mit einem Hebel immer enger geschraubt wird, bis der Tod durch Genickbruch und Erstickung eintritt. Der Todeskandidat bleibt bis zur letzten Minute bei vollem Bewußtsein. Der Todeskampf dauert oft 15 Minuten und länger.

Demonstrationsfreiheit.

(76. Sitzung des 7. Bundestages am 24.1.1974)

Reiser (SPD):

Hat die Bundesregierung auf das hessische Innenministerium eingewirkt, Protestveranstaltungen und Demonstrationen einer persischen Studentenvereinigung in Frankfurt zu unterbinden, weil diese Veranstaltung das Verhältnis zum Iran belasten?

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Auswärtigen
Moersch (FDP):

Herr Abgeordneter, bei der Entscheidung darüber, ob auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland Protestveranstaltungen gegen ausländische Regierungen oder gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse anderer Staaten zu tolerieren sind, ist die Bundesregierung aus ihrer Gesamtverantwortung heraus zu einer Güterabwägung verpflichtet; einer Güterabwägung zwischen der allgemeinen Meinungsfreiheit auch für Ausländer und der Pflicht der Bundesregierung, für eine ungestörte Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen zu sorgen. Diese ungestörten zwischenstaatlichen Beziehungen sind von außerordentlicher Bedeutung für unser Land und für seine Interessen. Grundsätzlich ist des-

halb davon auszugehen, daß die Bundesrepublik nicht zum Sammelplatz für innenpolitische Auseinandersetzungen anderer Länder werden darf. Aus diesen Überlegungen heraus hat die Bundesregierung das hessische Innenministerium gebeten, zu prüfen, ob den geplanten öffentlichen Demonstrationen nicht die Genehmigung zu versagen sei.

Reiser (SPD):

Herr Staatssekretär, schließen Sie denn aus, daß manchmal eine Abwägung zwischen dem Recht auf Demonstration und merkantilen Interessen vorkommt?

Moersch (FDP):

Herr Abgeordneter, es wird sicher in jeder Weise abgewogen werden müssen, und was der eine merkantile Interessen nennt, nennt der andere staatliche Interessen. Die Regierung hat die Pflicht, die gesamtstaatlichen Interessen zu vertreten, die sich von ideologischen und merkantilen Interessen unterscheiden.

Schlaffolter.

Am 22. November vergangenen Jahres war dem portugiesischen Geheimdienst der größte Coup seit Jahren gelungen: In Lissabon wurde der Revolutionär Hermenio Palma de Ignacio, Führer der L.U.A.R. (L'Union pour L'Action Revolutionnaire), Staatsfeinde Nr. 1 verhaftet. Palma de Ignacio hatte vor Jahren die größten Enteignungsaktionen der portugiesischen Opposition (Entführung des portugiesischen Dampfers Santamaria und eines Verkehrsflugzeuges, Banküberfälle über drei Milliarden DM) durchgeführt und damit den Widerstand finanziert. Inzwischen geht es dem Regime nicht mehr nur darum, seiner Feinde habhaft zu werden, sondern zu vernichten. In Portugal wird die berüchtigte Schlaffolter angewendet, die kaum ein Mensch, der Widerstand leistet, überlebt. Am 6. Februar meldete die französische Zeitung Liberation, daß die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen und eine Anzahl französischer Intellektueller an die portugiesische Regierung

appelliert hat, einen Arzt der Juristenvereinigung zur Untersuchung des Gesundheitszustandes von Palma de Ignacio zuzulassen, da bekannt geworden war, daß sich der Revolutionär infolge der Folter bereits im Koma befindet.

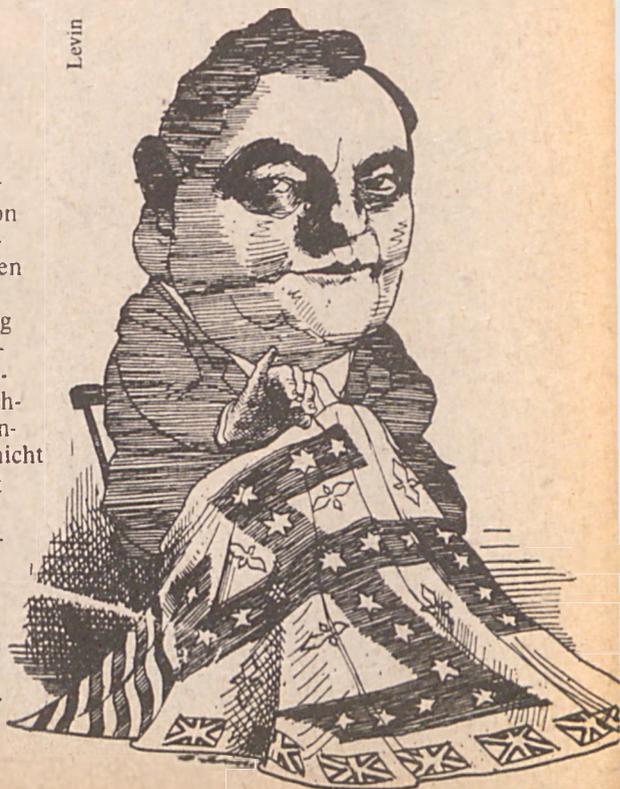
Amnesty-International

gegen Verteidigungsministerium

Als „Beugehaft“ und „Kriminalisierung von Kriegsdienstverweigerern“ hat der Generalsekretär von Amnesty International in der Bundesrepublik, Elmar Müller, in einem Brief an Bundesverteidigungsministers Leber die Praxis kritisiert, Soldaten, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt haben, zu arretieren und wegen Gehorsamsverweigerung strafrechtlich zu belangen. Der Verteidigungsminister wird von Amnesty International erneut um die Aufhebung des Erlasses gebeten, wonach Soldaten nach einem Antrag auf Kriegsdienstverweigerer allen soldatischen Pflichten, einschließlich des Dienstes mit der Waffe, nachzukommen haben. Dieser Erlaß stellt nach Ansicht von Amnesty International Bürger, die von ihrem Grundrecht auf Gewissensfreiheit gegenüber dem Dienst mit der Waffe Gebrauch machen, vor unzumutbare Entscheidungen.

Wegen der Arretierung und Strafverfolgung dieser Soldaten zähle die Bundesrepublik erstmals zu jenen Ländern, in denen Amnesty International politische Gefangene betreue.

Levin





Bilder bogen



Bilderbogen

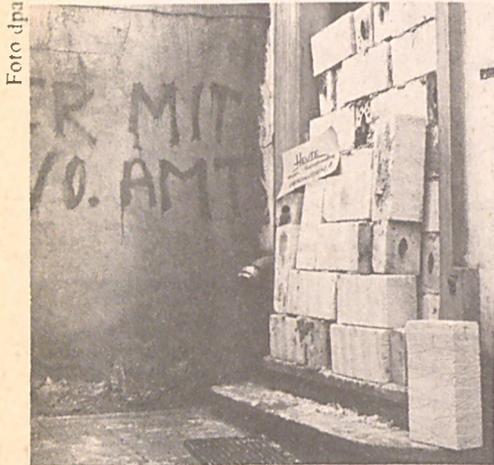


Foto dpa

Aus Protest gegen Mietwucher und unmenschliche Terrormethoden im Westend hat der Häuserrat am 3.6.1973 den Eingang zum Frankfurter Amt für das Wohnungswesen zugemauert.



Foto dpa

Demonstration am 27. 10. 1973 für weiteres Wohnrecht für die Bewohner mehrerer besetzter Häuser im Westend.

Donnerstag, den 12. Februar 1974 überfällt die Frankfurter Polizei um 3.30 Uhr den besetzten Häuserblock Bockenheimer Landstraße/Ecke Schumannstraße.

Zwei Wochen lang gingen dieser militärisch geplanten und durchgeführten Aktion, an der Polizeikräfte aus Wiesbaden, Mainz, Darmstadt und Frankfurt teilnahmen, nächtliche Zermürbungsaktionen - Polizeiaufmarsch, Scheinwerfer, Lautsprecher nachts um zwei - voraus. Auch in der Räumungsnacht.

Die Räumung verläuft reibungslos - das ganze Viertel um den Häuserblock ist mit Gittern abgesperrt, der Verkehr (auch die Straßenbahnen) ist umgeleitet. Nachdem pioniermäßig ausgerüstete Polizeikräfte die Häuser „geknackt“ hatten, werden die Bewohner abtransportiert und erkennungsdienstlich behandelt.

Etwas 500 alarmierte Genossen demonstrierten gegen die Aktion, wobei teilweise der Berufsverkehr lahmgelegt wurde, „Anlaß“ für einen brutalen Polizeieinsatz: „Knüppel frei!“

Nachdem die an den Häusern geparkten PKW's abgeschleppt waren, begann gegen 9 Uhr die Abbruchfirma Lippert das Objekt des Großspekulanten Bubis abzureißen, um einem weiteren Hochhausbau Platz zu machen.

Um 12 Uhr findet auf dem Campus ein teach-in statt (Titelfoto), um 17 Uhr findet auf der Zeit eine Demonstration statt - trotz Verbot.

Am Samstag, dem 23. Februar veranstalten AStA, Häuserrat und linke Gruppen eine Protestdemonstration. Der Demonstrationzug (etwa 5000 Teilnehmer) bewegt sich durch Innenstadt und Westend. An dem mittlerweile im Trümmern liegenden und von der Polizei „bewachten“ Häuserblock soll die Abschlußkundgebung stattfinden. Beim Anblick der von Polizisten bewachten Ruinen beginnt eine große Gruppe von Demonstranten mit Steinen auf die „Ordnungshüter“ zu wer-



Foto Leismann

fen. Das ist das Signal für die aktionsgeile Polizei, ihre Repressionsmaschine ablaufen zu lassen.

Nach anfänglicher Verwirrung ergreift die Polizei die Initiative. Es wird schonungslos durchgegriffen. Im gesamten Westend und in der Innenstadt ist niemand mehr sicher. Passanten, Anwohner, Demonstranten, Pressefotografen werden wahllos verprügelt und verhaftet (die Zivilbeamten der Politischen Polizei handeln nach Maximen die nur als kriminell zu bezeichnen sind - legitimierte Strassenüberfälle und Provokationen). Zwei Polizeibeamten werden großkalibrige Handfeuerwaffen abgenommen.

Durch das gesamte Universitätsgelände und das Viertel um den abgerissenen Häuserblock ziehen Tränengasschwaden.

Die Parole der Demonstranten „auf zum Römer“ (OB Rudi Arndt gab dort einen Faschings-Empfang) war der Grund



Foto Leismann

für die karnevalistische Übung der Polizei auf dem mit Karussells, Buden bebauten und Schaulustigen bevölkerten Römerplatz. Die lächerliche Situation der Polizei im Römerbereich (Passanten fassten sich an den Kopf und fragten sich, was der Irrsinn soll . . .) weckte das Bedürfnis, den „Chaoten“ einmal zu zeigen, wer Herr der Stadt ist.

Die gewaltsame Entwaffnung der beiden Bullen war Vorwand („Gefahr im Verzuge“) das Studentenhaus auf dem Universitätsgelände zu überfallen (Erklärung der Bewohner und Fotos in diesem Heft). Wahllos wird zerstört, durchwühlt, geprügelt, verhaftet.

Verhaftete werden auf dem Transport und den Revieren geprügelt und gefoltert (Zwerenz - diskus-Interviews-, Roth, Aussagen Betroffener auf dem Tribunal). Bis zum Nachmittag des folgenden Tages werden die Verhafteten festgehalten - die Polizei veranstaltet vier tolle Tage . . .



Foto Leismann

Rudi Arndts Faschinssempfang am 23.2.1974 soll nicht gestört werden...

Kritiker (Zwerenz u.a.) werden vom Polizeipräsidenten Knut Müller öffentlich für geistesgestört erklärt...

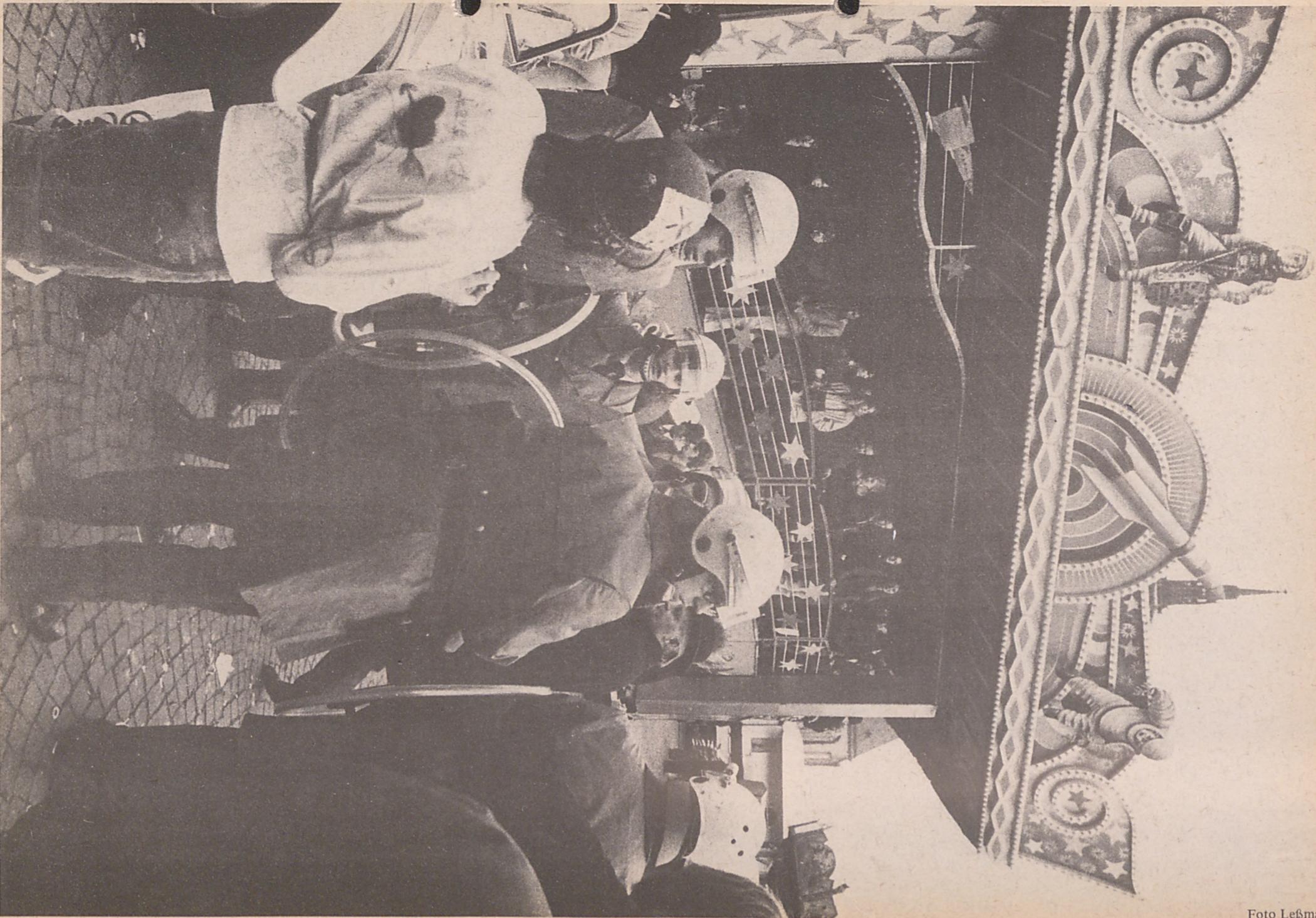
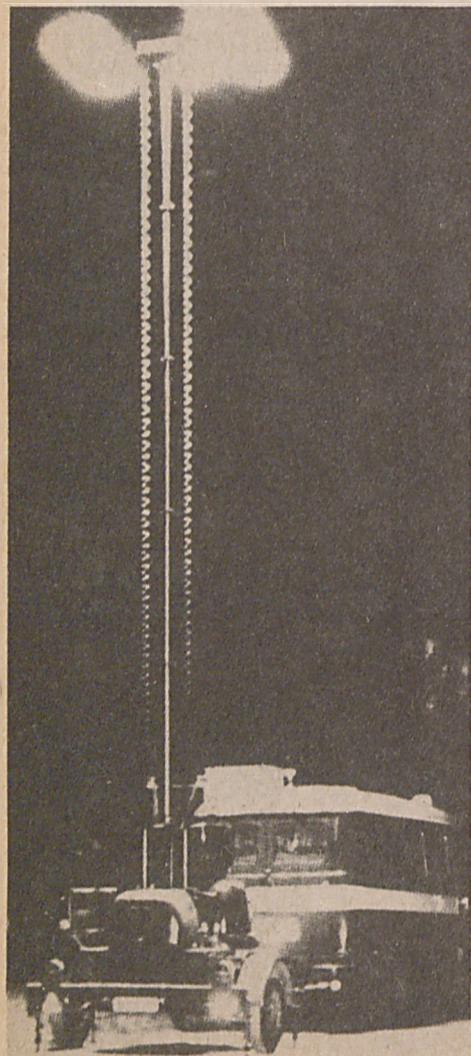


Foto Leßmann



Nächtlicher Polizeiterror (2.00 Uhr) kurz vor der Räumung.



10 Flutlichtanlage der Polizei (Räumung).



Polizeiinsatz während der Demonstration am Morgen nach der Räumung.



Foto Lebmann

Das Viertel um den geräumten Häuserblock (rechts) ist hermetisch abgeriegelt.



Foto Lebmann

Um 9.00 Uhr beginnt der Abriss...



Foto Lebmann

Einige Stunden später...



Demonstration am 23.2.74 gegen die Räumung.

Foto Leismann



Steine für die Polizei...

Foto dpa



12 Auseinandersetzungen (Senckenberganlage/Ecke Bockenheimer) nach Auflösung der Demonstration.

Foto Hauserrat

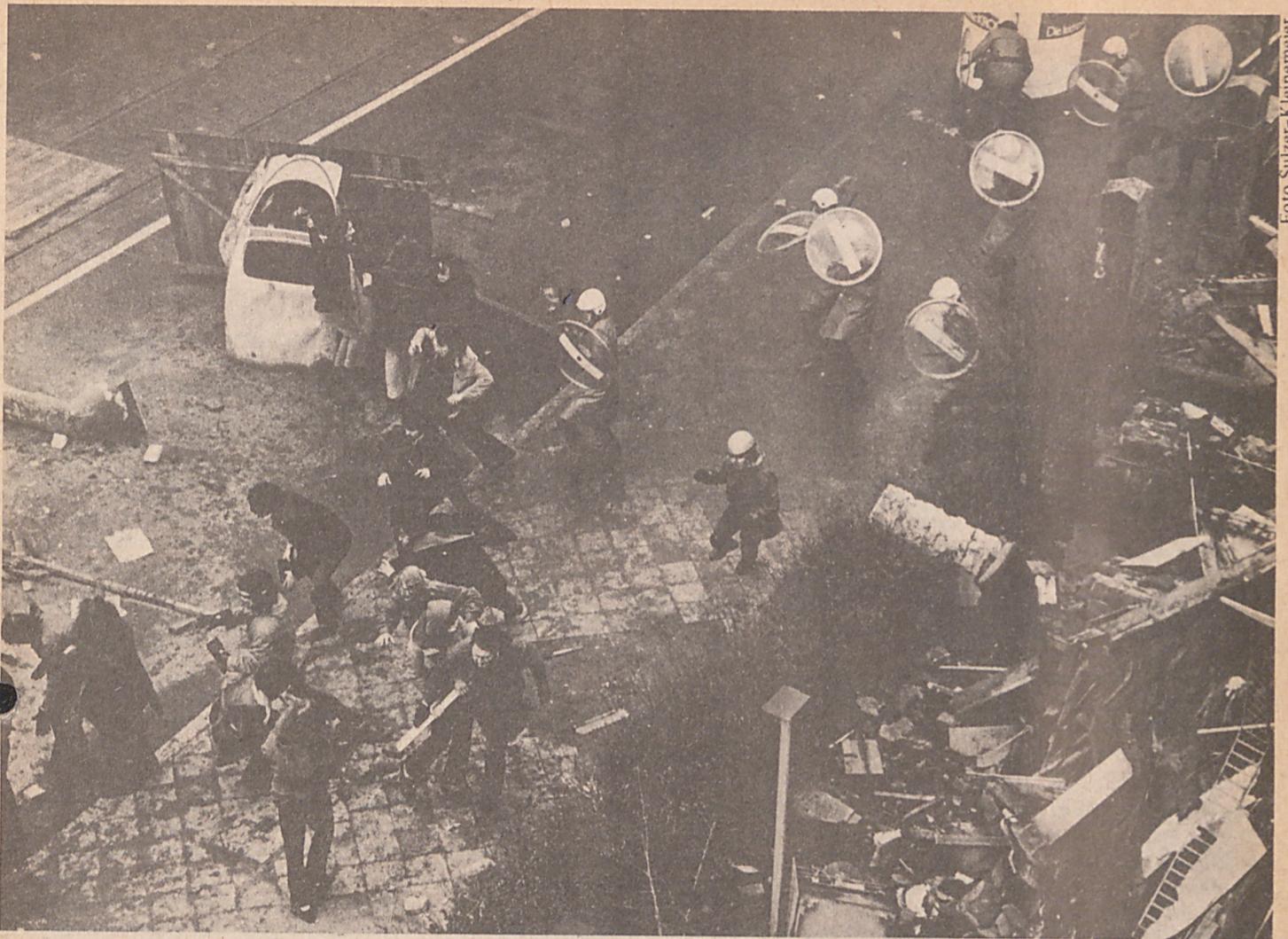


Foto Sulzer-Kleinmeyer

Straßenkampf vor dem Trümmerhaufen...



Foto Sulzer-Kleinmeyer

Barrikaden vor den Trümmern des abgerissenen Häuserblocks.

Interview mit Gerhard Zwerenz.

Fortsetzung von Seite 1

Die Stadt, die SPD und die Polizei.

Zwerenz: Nicht nur auf die Häuserschlacht, aber die Häuserschlacht bringt solche Dinge ans Licht. Diese Klassenkonflikte suchen sich ja immer ganz bestimmte innere Probleme, und wenn das jetzt die Häuserschlacht gewesen ist, dann kann das das nächstmal durchaus etwas anderes sein, sagen wir die Fahrpreiserhöhung der Verkehrsbetriebe, oder es kann mit der Häuserfrage in anderen Stadtteilen zusammenhängen, oder es kann mit der Inflationsfrage, also mit den Betrieben, zusammenhängen, das weiß man nicht.

diskus: Was stellt sich dir jetzt, nach mehr als zwei Wochen, nach dem Tribunal, als die Leistung des Tribunals dar?

Zwerenz: Das Tribunal hat immerhin geleistet, Öffentlichkeit herzustellen, denn wir müssen ja davon ausgehen, daß die Öffentlichkeit, Presse, Funk und Fernsehen, zu einem großen Teil versagt hat, insofern als diese Apparaturen nicht mehr Rechercheure ausschicken, sondern sie machen sich selbst zu Echos, Wiedergabeapparate, von offiziellen Mitteilungen, z.B. Polizeiberichten. Das dies so ist - und das zeigt, wie zerfallen die bürgerliche Ordnung in ihrer Struktur schon ist - müßte man versuchen, eine wirkliche Öffentlichkeit, eine "Gegenöffentlichkeit" herzustellen. Das ist teilweise gelungen, zumal man wissen muß, daß das Tribunal nicht folgenlos bleibt. Es wird eine Dokumentation, oder ein Weißbuch geben, dort werden die Dinge, die im Tribunal das erstmalig an die Öffentlichkeit gesammelt gebracht worden sind, dann auch schwarz auf weiß vorhanden sein, und mit Hilfe dieser Dokumentation kann man die weiteren Konflikte, zu denen ja auch wahrscheinlich Prozesse, gerichtliche Auseinandersetzungen gehören werden, besser verstehen.

diskus: Es hat auch innerhalb des Hessischen Rundfunks den Vorwurf der Zensurmaßnahmen über Berichte zur Häuserschlacht gegeben.

Zwerenz: Soweit ich informiert bin, ging dieser Vorwurf von den Redakteursausschüssen aus, und das finde ich sehr richtig, daß die Redakteure über ihren eigenen Zustand anfangen, sich Gedanken zu machen. In der Tat ist es so, daß auch der Hessische Rundfunk, sowohl der Rundfunk als auch das Fernsehen, sich nicht mehr auf sich selbst verlassen, sondern sich zunehmend des Zensurinstanzen von bestimmten Teilen der Behörde, insbesondere dieses sehr agilen,

wenn auch hysterisch agilen Polizeipräsidenten unterwerfen.

diskus: Es gibt den Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit zur Polizeiöffentlichkeit. Es gibt aber auch einen Verfall der Öffentlichkeit durch die linke Bewegung selber. Worin, glaubst du, bestehen die Schwächen der antikapitalistischen Revolte der Stadt im Kampf gegen die Unterdrückung durch Magistrat und Polizei?

Zwerenz: Über die Schwächen der Linken in Frankfurt zu sprechen, bin ich eigentlich nicht kompetent, weil ich zu lange in dieser linken Bewegung nicht gearbeitet habe, d.h. ich habe sie lediglich beobachtet als ein Phänomen unter anderen. Ich gehe seit zwei bis drei Jahren durch diese Stadt und notiere mir Vorgänge, fotografiere Vorgänge, weil ich außer den Büchern, die ich geschrieben habe, noch ein abschließendes großes Buch über Frankfurt schreiben will. - Daß diese Bewegung allgemein in der Bundesrepublik und speziell in Frankfurt sich in einem chaotischen, katastrophalen Zustand befindet, möchte ich, über den Daumen gepeilt, durchaus behaupten. Wenn man nach den Ursachen fragen wollte, müßte man die einzelnen Sektionen dieser linken Bewegung versuchen genauer zu analysieren. Da würde sich zeigen, daß es heute gar keine linke Gruppe gibt, die von sich aus stark, energisch und auch programmatisch genug wäre, eine größere Kraft innerhalb der linken Bewegung zu werden. Dies Versagen beginnt bei der orthodoxen DKP, endet aber keineswegs dort. Solange sich keine Kraft zeigt, die ein verbindendes Element in die linken Gruppen bringt, kann ich nur sagen, daß es sich um einen chaotischen Zustand der Linken handelt, und von dieser linken Bewegung erwarte ich nicht viel. Dennoch kann ich nicht zusehen, wie diese Linke, teils aus Selbstverschulden, teils auch nicht, unter den Stiefel des Kapitals gerät.

2 Die SPD und Zwerenz

diskus: Es gibt Schriftsteller, auf deren Äußerung die SPD etwas hält. Sie werden sogar als Gäste der sozialdemokratischen Fraktion geladen. Zu deinen Büchern haben sich Arndt und Müller bisher nur abfällig geäußert, als gelte es, die Kulturfeindschaft der CDU wieder zu beleben. Wie reimt sich das zusammen?

Zwerenz: Das reimt sich sehr gut zusammen. Es war übrigens nicht immer eine solche extreme Gegnerschaft zwischen SPD und Zwerenz. Ich habe über

lange Zeit einen gewissen modus vivendi mit der SPD gehabt, es hat eine gegenseitige Fast-Sympathie gegeben, dann hat es eine Art Waffenstillstand gegeben, und zeitweilig hat es auch eine Art indirekter Wahlhilfe von mir für die SPD gegeben. In der jetzigen Zeit ist in der Tat eine sehr starke Entfremdung eingetreten. Ich selbst betrachte mich als jemand, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich nicht mehr von einer Partei auf Gedeih und Verderb kollektivieren und vereinnahmen zu lassen. Ich bin eifersüchtig darauf bedacht, die Freiheit des kritischen Standpunktes zu wahren. Wenn man das tut, und wenn man das konkret macht, so wie ich es am Beispiel Frankfurt mit zwei Büchern gemacht habe, dann hat man selbstverständlich darunter auch zu leiden. Da zeigt sich etwas ganz Frappierendes: daß nämlich das Muster dieses Gegenangriffes, der Struktur nach, das gleiche ist wie die Angriffe, die in KPdSU gegen die oppositionellen Schriftsteller startet. Das heißt, es wird einem gesagt, du bist ja eigentlich nicht ganz gesund mit deiner Kritik. Das ist das Muster, das angewandt wird gegen sowjetische Dissidenten.

diskus: Würdest du sagen, daß der Verstoß gegen die Massenloyalisierung unter den Staatsparteien SED und SPD ähnlich bestraft wird?

Zwerenz: Der Struktur nach sind die Reaktionsweisen der beiden Parteien sehr ähnlich. Daß die SPD durch einen bestimmten Restbestand an Pluralismus nicht so hart sein kann wie die SED, das erklärt sich aus der Natur der Sache. Die SED kann einem ihrer Kritiker, so ist es mir ja auch ergangen, über Nacht sämtliche Realisationsmöglichkeiten der Literatur versperren. Soweit kann die SPD nicht gehen, weil sie das Instrumentarium dazu nicht hat. Aber die SPD funktioniert auf eine manchmal geheimnisvoll zu nennende Weise eben auch disziplinar. Das heißt, daß der Schriftsteller Zwerenz weder im Hessischen Rundfunk, noch im Hessischen Fernsehen, das heute machen kann, was er früher machen konnte bevor er sich kritisch gegenüber dieser SPD und dieser Stadt Frankfurt geäußert hat.

3 Die Stadt

diskus: In Frankfurt, wie in anderen Städten, werden durch die Stadtplanung der Lebenszusammenhang und die Chancen des menschlichen Wohnens ruiniert. Bezeichnest du dich trotzdem als Frankfurter Schriftsteller?

Reiseladen an der Uni.

Wir sind das Reisebüro der frankfurter Studentenschaft, eingerichtet vom AStA, ohne Profiträume, aber gepeinigt von der Vorstellung, jemand könnte besser sein als wir . . .

Reisen aller Art überall hin...

Unser Programm, das von den Reiseferaten verschiedener Unis gestaltet wird, bietet Urlaubsreisen nur für Studenten, Schüler und junge Leute; stark erweitert haben wir den Transportteil mit vielen Möglichkeiten verbilligter Zug-, Schiffs- und Flugtransporte. Wenn Sie also mal irgendwohin wollen, schauen Sie mal bei uns rein – wir finden garantiert was . . .

Urlaub in Jugoslawien.

Speziell für Jugoslawien können wir Ihnen einen guten Vorschlag machen; Sie fahren mit uns zwei oder drei oder noch mehr Wochen nach

Povlja

in der Nähe von Split auf der Insel Brač; da kann man ziemlich viel unternehmen, hat aber trotzdem seine Ruhe.

Oder Sie kommen auf die IKA, unser Kreuzfahrtschiff, mit der wir die

Piratenkreuzfahrt

veranstalten; 30 Leute schippern damit für zwei Wochen an der Küste Dalmatiens entlang.



srld

studentischer reise-
und informationsdienst gmbh
reiseladen an der uni
6 Frankfurt am Main,
Bockenheimer Landstraße 142,
Telefon 0611/70 11 51

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10-13 und 14-18 Uhr

Zwerenz: Ich habe eine kleine Wohnung in Frankfurt und eine nicht eben größere Wohnung, wo ich mich zum Arbeiten aufhalte, in der Nähe von Frankfurt. Insofern ich auch eine kleine Wohnung in Frankfurt habe, bin ich zweifellos ein Frankfurter Schriftsteller.

diskus: Du hast über diese Stadt einmal geschrieben: Destruktion als Folge von Konstruktionen. Haben wir es in Frankfurt nicht mit einer ähnlichen Erscheinung wie in der Ökologikrise Tokios zu tun: eine Lebenskrise als Folge von Reichtum?

Zwerenz: Als Folge von anarchisch angesammeltem und wieder anarchisch, privatistisch eingesetztem Reichtum. Zweifellos. Hier ist ein Ballungsraum, denn das Problem ist ja weniger ein Problem Frankfurts als vielmehr ein Problem des Rhein-Main-Ballungsraumes. Kein anderer Ballungsraum in der Bundesrepublik ist von gleicher Größe, von gleicher Konfliktschärfe, von gleicher Problematik. Es kommen verschiedene Mängel zusammen. Ein Mangel ist der, daß Frankfurt von Anbeginn der Bundesrepublik ein Sammelpunkt von Banken und Kapital geworden ist. Der zweite grundsätzliche Mangel ist eine Fehleinschätzung der SPD, daß man sich als kapitalistische Reformpartei verstanden hat, daß man geglaubt hat, man kann das Kapital in der Zusammenarbeit für sich ausnutzen. Und genau diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Dieses Kapital hat seinerseits die SPD im kommunalen Regierungsrahmen, und im Landesmaßstab, für sich ausgenutzt. Das Resultat dieser kapitalistischen Mehrwertverwertung ist das Chaos des Ballungsraumes.

diskus: Frankfurt ist ein Zentrum des Kapitals, der Banken, die Stadt von Rothschild. Aber Frankfurt ist auch ein Zentrum der Revolte gegen das Kapital. Zwerenz: Ja, aber diese Revolte ist in der Tat lediglich eine Revolte in Form von Reaktion auf immer unhaltbarer gewordene Zustände. Das Reagierende dieser Revolte ist einerseits wieder etwas Fragmentarisches, es ist genauso fragmentarisch wie die Politik der SPD, d.h. es bilden sich Widerstandsgruppen, die in ihrem Widerstand jeweils nur auf konkrete Mißstände in der Stadt reagieren. Es ist noch keiner linken Gruppe gelungen, einen Zusammenhang zwischen den einzelnen Mißständen in dieser Stadt herzustellen. Wir haben eine lange Geschichte von linken Revolten, beginnend mit der Studentenrevolte, - vorher muß-

te man den Ostermarsch nennen, der ja in Frankfurt sehr stark gewesen ist, dann die Studentenbewegung, die außerparlamentarische Opposition, das alles ist in Frankfurt sehr stark gewesen, aber nie so stark, daß es zu einer wirklichen linken Bewegung hätte werden können, das schlägt nicht um in die Qualität des Veränderns. Es haftet dieser Stadt ein erstaunlicher kontinuierlicher Mangel an; das Seltsame ist, daß Frankfurt durchaus politische und auch politisch intellektuelle Potenzen hervorbringt. Was in Frankfurt offenbar schwer möglich ist, ist Teamarbeit, die Bildung von Kollektiven, die sich ganz bestimmter Sachverhalte nachdrücklich annehmen und nach der Analyse auch eine Änderung vollbringen.

diskus: Es gibt in dieser Stadt viele Erfahrungen davon, daß einzelne Polizisten Helfershelfer des Unrechts und der Unordnung in diesem Land sind, und das hat die SPD-Führung und die Polizeiführung dazu veranlaßt, von der Feindbildfixierung der Frankfurter gegenüber der Polizei und der Polizei gegenüber den Frankfurtern, den Demonstranten zu reden.

Zwerenz: Es ist auf die Dauer selbstverständlich unhaltbar, daß die Polizei die Linken dieser Stadt, die Demonstranten als ihre Feinde ansieht. Aber sie sieht ja nicht nur die Linken und Demonstranten als Feinde an, sondern offensichtlich gibt es immer mehr Polizisten, die durch einen Stress, durch Überbeanspruchung und vielleicht auch durch falsche politische Einstellung immer mehr dazu kommen, überhaupt die Bevölkerung als Feind zu empfinden.

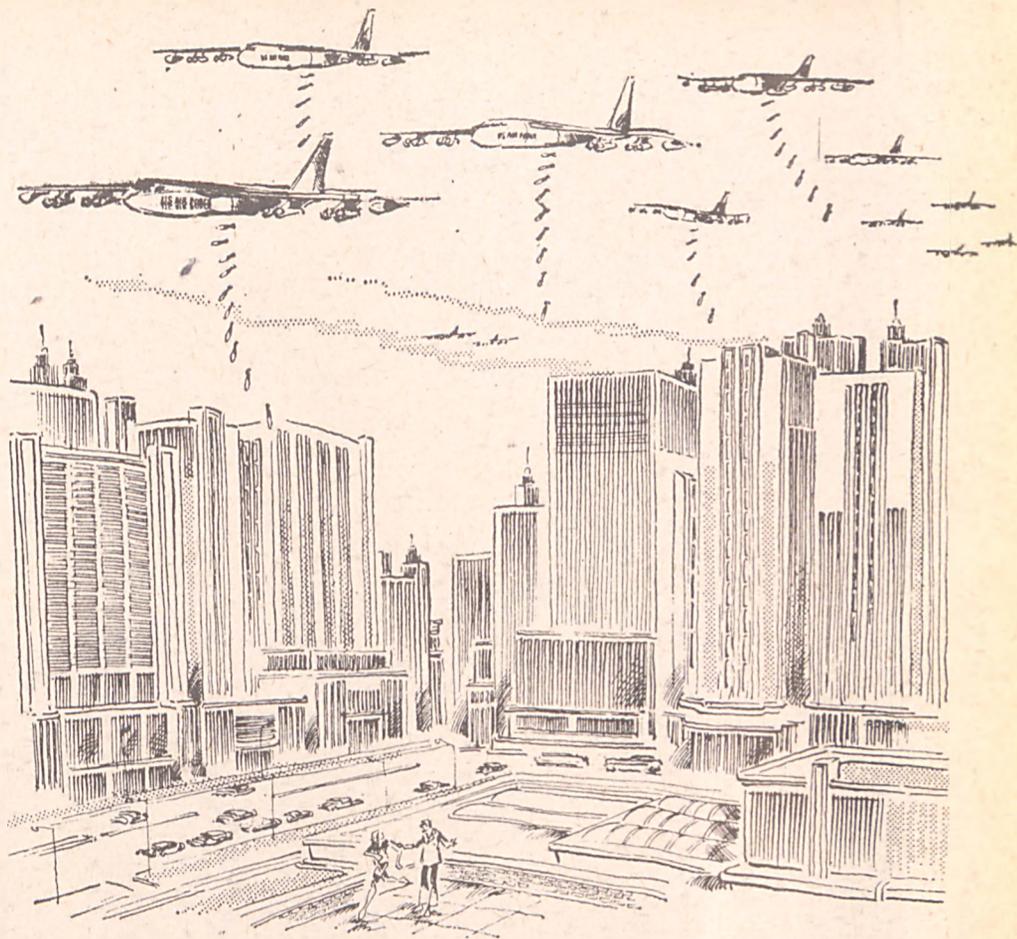
Nun könnten wir ja, wenn wir auch die beste und psychologisch am besten eingestellte Polizei hätten, immer noch nicht die wirklichen Verhältnisse, die Klassenverhältnisse ändern. Aber das eine ist die psychologische Einstellung der Polizei, daß ein Polizist, wenn er angesprochen wird, nicht denjenigen, der ihn anspricht, einfach zusammenschlägt, wie es zunehmend in Frankfurt geschieht. Was immer auch in Frankfurt geschieht, die hiesige Polizei - auch die Bereitschaftspolizei, die man von außerhalb hinzuzieht - neigt zur Überreaktion. Ich habe deswegen auch die größten Bedenken, wenn ich an die kommenden Fußballspiele um die Weltmeisterschaft denke. Ich habe auch hier wieder festgestellt, bei dem Ausscheidungsspiel Spanien-Jugoslawien ist wie-

der ein solcher Fall gewesen. Es kam zu ganz geringen Ordnungswidrigkeiten von Seiten des Publikums nach dem Spiel auf dem Fußballfeld, und es hat Polizei eingegriffen. Sie ist übermäßig hart, mit Überreaktionen eingestiegen, es ist sofort wieder zu häßlichen Übergriffen von Seiten der Polizei gekommen. Wenn wir das auch zu den Spielen der Weltmeisterschaft haben, dann muß ich sagen, es ist doch unverantwortlich, diese Polizei, so schlecht eingestellt, auf eine Weltmeisterschaft loszulassen.

4 Zwerenz

diskus: Jetzt haben wir über ein paar öffentliche Angelegenheiten, auch über den 'öffentlichen Zwerenz' gesprochen. Von dir findet man gelegentlich Sätze von dem Tenor: Dem Bürgertum behagt diese Ordnung, es will sie nicht ändern. Aber auch den Glauben der Marxisten, daß die Arbeiterklasse diese Gesellschaft in einer kraftvollen Anstrengung ändern wird, teilst du nicht. Das sagt einer, der in der DDR als Arbeiter aufgewachsen ist, als Arbeiter die Chance hatte zu studieren, der bei Bloch in Leipzig gelernt hat. Was für Bildungserfahrungen, gesellschaftliche Erfahrungen sind es, die dich zu einer solchen Äußerung bringen?

Zwerenz: Zunächst einmal sind es nicht in erster Linie Bildungserfahrungen als vielmehr "biologische" Erfahrungen. Ich altere, wie es in der Natur des Menschen liegt. Wenn man an die 50 herankommt und alles sehr komprimiert hinter sich gebracht hat, den Krieg als Soldat, vier Jahre Kriegsgefangenschaft, die Zeiten der Volkspolizei, die spätere Zeit in den Fabriken, an den Universitäten, dann in der Zwischenzeit auch zwanzig Jahre als freier Schriftsteller, dann hat man sein Päckchen Erfahrungen auf dem Rücken. Dazu gehört auch, daß immer wieder junge Generationen kommen, die einen unbändigen revolutionären Hoffungsglauben mit sich bringen. Wenn man älter wird, kann man auf diese verschiedenen Generationenwellen nur noch mit einer gewissen Melancholie zurückblicken. Und diese Generationen verschwinden auch. Ich erinnere mich noch sehr genau, daß ich den jungen SDS-ler Knut Müller, der damals, ich weiß nicht mehr, in Marburg oder Göttingen studiert hat und sich gegen das Establishment der SPD gewandt hat, damals unterstützt habe. Das war so ein junger, heißsporniger Revolutionär, den ich damals unterstützt habe - und was ist er heute? Ich würde ihn dem äußersten rechten Flügel der SPD, dem



„Bleiben wir doch ruhig und sehen die Sache objektiv: Ich bin sicher, Präsident Nixon wird schon seine Gründe haben, jetzt auch amerikanische Städte zu bombardieren.“

Zwerenz: Das gehört zu dem Doppelcharakter der Praxis, den ich versucht habe zu beschreiben. Als ich den Roman „Die Erde“ schrieb, hatte ich ganz bestimmte Erfahrungen hinsichtlich der Polizei, ich bin selbst geprügelt worden von der Frankfurter Polizei. Ich bin noch nie nirgendwo, in keiner anderen Stadt, in keinem Land, auch nicht in einem Land des Sozialismus physisch bedrängt worden, ich bin noch nie geschlagen worden. Ich bin das erstmal 1968 auf der Buchmesse, auf der sogenannten Polizeimesse, hier von einem hessischen Polizisten mit der Faust geschlagen worden. Nachdem so ein Interesse an den hiesigen Polizeiverhältnissen geweckt worden ist, habe ich mich diesem Gegenstand mit Interesse genähert. Ich habe noch mehrfach solche Erfahrungen machen müssen, bin beim Fotografieren und beim Beschreiben der Kämpfe mit der Polizei auch selbst wieder geschlagen worden, und das hat mich wach gemacht.

Diese Erfahrungen sind eingegangen in den Roman „Die Erde“. Daß ich, wenn ich so etwas beschrieben habe, vor der Realität, die sich bildet, nicht davonlaufen kann, das ist selbstverständlich. Damit habe ich mich selbst verpflichtet, diese Dinge auch in der konkreten Aktion zu verfolgen, d.h. der Roman hat mich einem gewissen Anspruch mich selbst verpflichtet, so etwas mit zu organisieren, wie es das Tribunal geworden ist.

Gerhard Zwerenz, Bericht aus dem Landesinneren. City - Strecke - Siedlung. 1972, 18,- (im Mai als Fischer-Taschenbuch 1408, 4,80)

Gerhard Zwerenz, Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist. 1973, Fischer-Taschenbuch 1360, 4,80.

Gerhard Zwerenz, Der plebejische Intellektuelle. Essays. 1972 Reihe Fischer F 26, 6,-.

Gerhard Zwerenz, Nicht alles gefallen lassen. Schulbuchgeschichten 1972, Fischer-Taschenbuch 1314, 2,80

Gerhard Zwerenz, Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond. 1973, 26,-

Gerhard Zwerenz, Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond, statt einer Rezension

Dieser Roman ist über den Juden Abraham, alte und neue Häuser in Frankfurt, die B-Ebene, den einäugigen Revolutionär Krahl und darüber, was die Menschen in dieser Stadt erleiden müssen. Hier wird von der urförmigen, unmenschlichen Stadt geschrieben, in einer Sprache, die hastig und atemlos ist wie diese Stadt. In diesem Buch kommt die Wirklichkeit Frankfurts der sechziger und siebziger Jahre vor. Diese Begegnung müssen wir nicht zahlen mit der Introversion der Romanfiguren. Sie stellen sich vielmehr der Wirklichkeit, breitbeinig, verkniffen oder trotzig, oft so verbaut, kaputt und häßlich wie jene. Die bürgerliche Dialektik der Städte ist nicht: These, Antithese, Synthese, sondern These, Antithese, Zerstörung. Und das Spektakel des sozialen Chaos der Städte bietet die Chancen der ungeheuren Bereicherung oder des unmenschlichen Wohnens, des Elends der Obdachlosigkeit. Es ist ein Buch über die Zerstörung des Lebens in den Städten, in diesem Land, in dieser Gesellschaft.

antirevolutionären, eigentlich auch schon, das würde ich riskieren zu sagen, antidemokratischen rechten Flügel der Partei zurechnen.

Und als vor-vorletzte Generation kamen eigentlich die Genossen von der RAF. Denen habe ich auch nicht folgen können in ihrem unerhörten großen revolutionären Anspruch, und denen bin ich von Anfang an entgegengetreten. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung in diesem Deutschland zeigen, daß man mit dem individuellen Terror nur sich selbst das Grab aufteilt.

diskus: Was du deine „biologischen Erfahrungen“ nennst, bringt dich das dazu, dich resigniert zu nennen, oder bringt dich das dazu, dir eine politische Kennzeichnung zu geben?

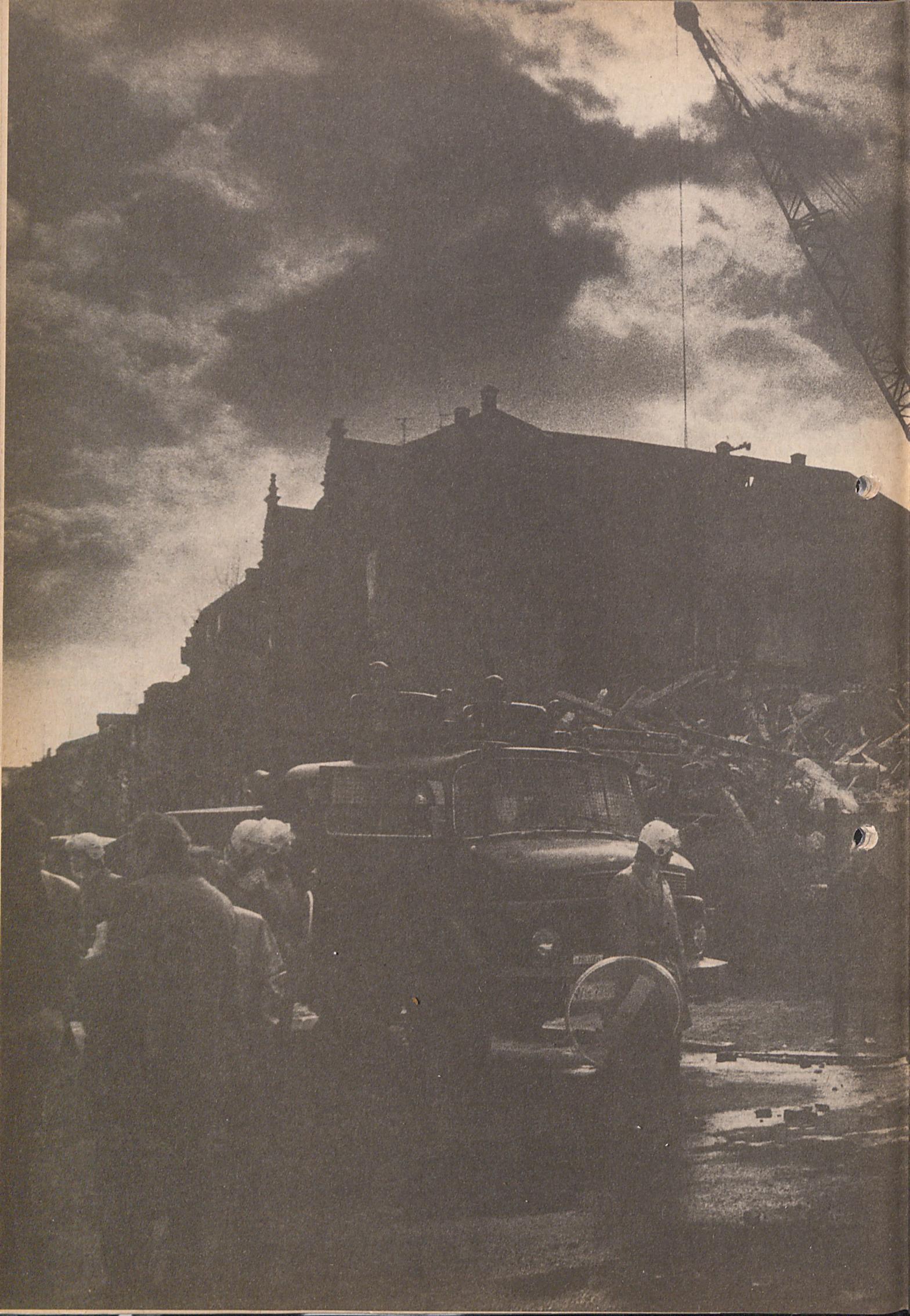
Zwerenz: Ich möchte mich nicht politisch kennzeichnen. Diese Resignation ist auch nur eine teilweise Resignation. Man kann nicht immer herumlaufen mit dem Schaum vor dem Maul und die Revolution am nächsten, spätestens am übernächsten Tag erwarten. Das habe ich mir einfach aus dem Fundus meiner Erfahrungen heraus abgewöhnt. Es gibt Revolutionen, aber sie kommen sehr selten.

Ich kennzeichne mich nicht. Ich bin ein kritischer Schriftsteller, ich sympathisiere mit den Linken, ich bekämpfe die Rechten. Aber ein kritischer Schriftsteller heißt eigentlich mehr, die Phänomene versuchen kennenzulernen, sie beschreiben und durch Beschreibung faßbar machen. Das ist die Art von Literatur, die ich anstrebe.

diskus: Hat nicht der Realismus des plebejischen Schriftstellers auch eine unerbittliche Konsequenz, nämlich die Praxis?

Zwerenz: Meine Praxis ist das, was ich leiste. Das sind meine Bücher, und das sind die Aktionen, die ich versuche zu bestehen. Das kann man nicht trennen. Eine solche Teilnahme, auch die am Tribunal, wird wieder auch Teil meiner literarischen Praxis werden. Das ist mein Praxisbegriff.

diskus: Es gibt auch die umgekehrte Beziehung, nämlich die Beziehung, daß „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ beschreibt, wie Menschen von der Polizei mißhandelt, gefoltert werden. Von diesem Buch und von der Folter, die sich in Frankfurt nach der Häuserschlacht ereignet hat, wird eine Herausforderung an dich gestellt, wenn man will, hast du sie selber gestellt.



Die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen...

Die Ereignisse in Frankfurt nach der Räumung der Häuser Bockenheimer Landstr./Schumanstr. sind den Fakten nach vom Informationsdienst (ID) zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten und der Sondernummer von "Wir wollen Alles" beschrieben und analysiert worden. Zum politischen Hintergrund wäre es nun sinnvoll gewesen, die sog. "Verfassungsdebatte" des Bundestages vom 18. Februar einzubeziehen, um die Ereignisse in bezug auf die politische Programmatik des sozialliberalen Kabinetts zu diskutieren und zu konfrontieren. Doch aus dieser Konfrontation kann nichts werden. Die Reden von Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher, "Auftrag und Verpflichtung des Grundgesetzes" sowie noch schöner "Das große Freiheitsangebot der Verfassung" sind absolut substanzlos und inhaltsleer. Das mag zuvor kurz gezeigt werden – Willy Brandt: "Das Grundgesetz garantiert die strikte Rechtsstaatlichkeit; dies ist ein hohes Gut. Wir dürfen es nicht antasten, geschweige denn zerstören lassen". Nun, was heißt denn "Rechtsstaatlichkeit"? Das ist Dreiteilung der Gewalten z.B. ... Jeder weiß, daß gerade in diesem Grundgesetz, im Gegensatz etwa zur amerikanischen Verfassung, Legislative und Executive praktisch nicht voneinander getrennt sind, gemeinsam gewählt werden

und daß die Legislative als Kontrollinstanz immer mehr an Boden verliert. Tatsache, die Wissenschaftler von Carl Schmitt über Eschenburg bis hin zu Habermas festgestellt haben. "Das Parlament wird zu einer Art Behörde, die in geheimer Beratung beschließt und das Ergebnis der Beschlußfassung in einer öffentlichen Sitzung in der Form von Abstimmung verkündet . . ." die wesentlichen Entscheidungen werden außerhalb des Parlaments getroffen." Diese Tatsache ist jedem politisch Involvierten bekannt. Rechtsstaatlichkeit ist ferner die Achtung der UN-Menschenrechtscharta. Das vor einem dreiviertel Jahr erschienene "Kursbuch 32" mit dem Thema "Folter in der BRD" wurde von keinem einzigen Staatsanwalt indiziert. Die Fälle Monika Berberich und Katharina Hammerschmidt sind in diesem Dossier nicht enthalten. Wenn das, was in diesem Kursbuch steht, stimmt, wird in der Bundesrepublik nicht nur das Prinzip der Gewaltenteilung mißachtet, sondern und das ist sehr viel wichtiger, das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Das heißt also nichts anderes, daß alles rechtens ist, was hierzulande Behörden erlauben. Das ist das "hohe Gut", von dem Willy Brandt redet. Wir sollten es uns in bezug auf die Frankfurter Ereignisse merken.

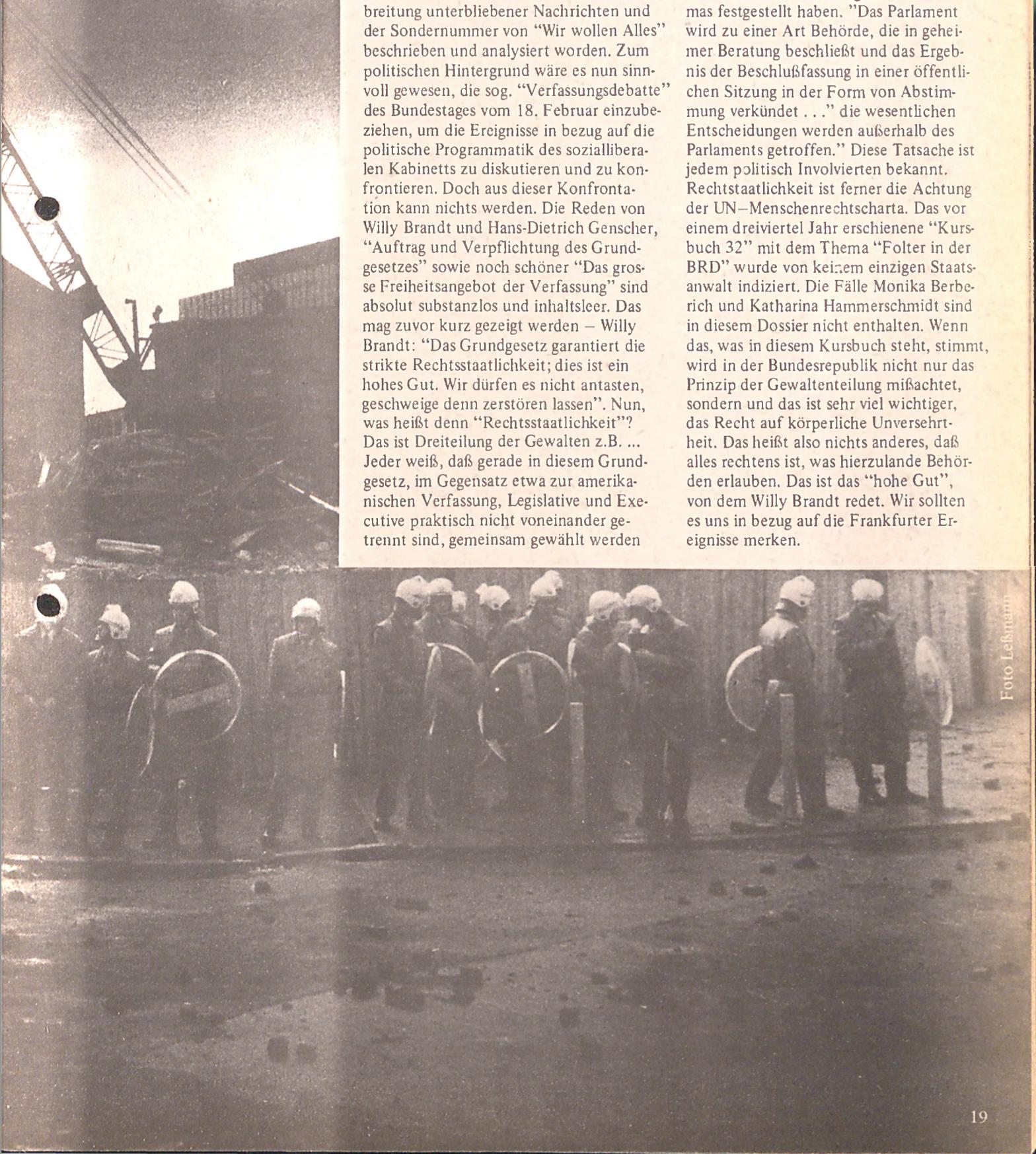


Foto Leßmann

Genschers Quintessenz in der Verfassungsdebatte des deutschen Bundestages lautet: "Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat durch nichts zu rechtfertigen. Auch hier gilt: Wehret den Anfängen! Das richtet sich nicht nur gegen die Anwendung von Gewalt, es richtet sich ebenso gegen die Aufforderung dazu, gegen die Verherrlichung der Gewaltanwendung wie gegen die Verniedlichung ihrer Folgen." Soweit Hans-Dietrich Genscher.

Der Trick bei der Angelegenheit ist, daß Gewalt nicht bestimmt wird. Terror, Schläge, auch Geschrei oder ein einfacher Zwischenruf – Gewalt wird durch seine unbestimmte Begrifflichkeit zu dem Kriterium, mit dem jeder zu widerlegen ist. Von der Gewalt des kapitalistischen Staates ist freilich nicht die Rede, auch nicht von der Gewalt, die in der Logik des Systems selber liegt. Wer nichts als seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, muß dieses System als Gewalt empfinden – wer möchte nicht lieber Goldbarren oder Häuser verkaufen, es würde mehr bringen? ! Gewalt in diesem Zusammenhang heißt nichts anderes als der einfache Gesetzesbruch. Auch auf diesen wird die Sprache noch zu bringen sein.

An anderer Stelle wird dies noch klarer: "Wer sie (die Sicherheitsorgane des Staates) herabsetzt oder ungerechtfertigt verdächtigt, trifft den Staat in seiner Substanz." Nach der "Substanz" dieses Staates zu fragen, wollen wir uns hier versagen. Zu Deutsch heißt das: Wer behauptet, der Verfassungsschutz arbeite mit bezahlten Spitzeln, höre Telefone von Demokraten und Sozialisten ab, wer behauptet, daß der BND früher mit SS-Männern durchsetzt war und wahrscheinlich sich inzwischen nicht geändert hat, wer behauptet, daß unsere heißgeliebte Polizei in hunderten von Fällen ohne Anlaß auf harmlose Demonstranten einprügelt, Verhaftete auf Revieren mißhandelt, Unbeteiligte z.T. mit Waffengewalt bedroht – wer irgendetwas von dem behauptet hat, der "trifft den Staat in seiner Substanz". Damit ist die gesamte kritische Intelligenz – denn diese behauptet so etwas – eine Vielzahl von Vertretern der verfasssten Studentenschaft und alles das, was man als liberale Öffentlichkeit bezeichnen könnte, zum potentiellen Staatsfeind geworden. Alle diese großen Worte von "Rechtsstaatlichkeit" und "Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung" fielen bevor zum ersten Male Demonstranten von sich aus zum Angriff gegen die Polizei übergangen, bevor das große Geheul wegen einer kleinen Strassenschlacht in Frankfurt losging. "Das Wort 'Rechtsstaat' kann soviel bedeuten wie das Wort 'Recht' selbst und außerdem noch soviel Verschiedenes wie die mit dem Wort "Staat" angedeuteten Organisationen. Es gibt einen feudalen, einen ständischen, einen bürgerlichen, einen nationalen, einen sozialen, ferner einen

naturrechtlichen, vernunftrechtlichen, historisch-rechtlichen Rechtsstaat. Es ist begreiflich, daß Propagandisten und Advokaten aller Art das Wort gern für sich in Anspruch nehmen, um den Feind als Gegner des Rechtsstaats zu diffamieren. Ihrem Rechtsstaat und ihrem Rechtsbegriff gilt der Spruch: "Recht aber soll vorzüglich heißen, was ich und meine Gevattern preisen."

Und so urteilte ein deutscher Dichter einst über eine deutsche Regierung: "Die Fresse von Cäsaren und das Gehirn von Troglodyten, die Moral des Protoplasmas und das Ehrgefühl von Hotelratten." Auf die gegenwärtige Regierung gemünzt, muß man diese Aussage freilich auf das schärfste verurteilen.

II

Die Bild-Zeitung vom 25. Februar ist museumsreif. Dieses Blatt ist zu beneiden um die Geschicklichkeit, mit der es hetzt; bewunderungswürdiger noch ist, wie dieses Blatt die passenden Interviews bekommt. Am 25. Februar nun war Frankfurts OB Rudi Arndt der Gewarnte daran. Bild: "Was sind das für Leute?" (Die Demonstranten, 5000 an der Zahl) Arndt: "Das sind Anarchisten, das sind Schlägertrupps der Horlemann-Semler-KPD, faschistoide Chaoten, die schlimmer sind als die SA und SS in der Nazizeit."

Interessant, nicht wahr? Einige Demonstranten haben Steine und eine einzige Nebelkerze auf behelmte und mit Schildern bewehrte Polizeibeamte geworfen, die in einer überaus provokanten Manier einen Trümmerhaufen, ehemals besetzte Häuser, bewachten. Sie haben die Sonderkommission-Bahnhof, die sich in bekannter Manier über einzelne hermachen wollte, blaue Flecken versetzt und ihnen ein paar ihrer Mordwaffen weggenommen. Keiner der Beamten war länger als 36 Stunden im Krankenhaus. Bei den Demonstranten gab es gebrochene Beine, schwere Platzwunden, bei Frauen mehrere Tage andauernde Atembeschwerden durch das Tränengas. Und diese harmlose Schlägerei, die weit bedeutungsloser war, als eine gewöhnliche Saalschlacht von 1930, wagt dieses Stadtobhaupt mit den Millionenmördern der SS zu vergleichen, ja sie noch für schlimmer zu erklären! Der Herr Oberbürgermeister von Frankfurt soll doch einmal bitte durch Ausschwitz marschieren und dann der Presse erklären: "Das ist alles nichts gegen die Politrockers von Frankfurt". Dann würde vielleicht auch einmal der Neuentdecker des "Rechtsstaats", Karsten Voigt, merken, was für eine Type hier regiert. Aber weiter im Interview: Bild: "Aber die Jusos und ein Großteil des linken Frankfurter SPD-Vorstandes haben das Vorgehen der Polizei oft mißbilligt."

Arndt: "Auch die Jusos werden nach dem blutigen Wochenende einsehen, daß diese Krawalle nichts mehr mit Demokratie zu tun haben. Und sie wären ganz gut beraten, wenn sie sehr schnell umdenken. Sonst werden sie sich eines

Tages in Gefängnissen und Konzentrationslagern wiederfinden."

Das ist doch ein Wort! Wer den jahrelangen Polizeiterror in Frankfurt, der aktenkundig und objektiv feststellbar ist, wie gelegentlich die Jusos kritisiert, dem wird mit Gefängnis oder KZ gedroht.

Seien wir objektiv. Rudi Arndt ist nicht der Mann, der KZ's baut und die Jusos nach Preungesheim verschubben will. Was Rudi Arndt MEINT, ist, daß solche Auseinandersetzungen den Faschismus provozieren würden, nach der alten Regel, daß fortschrittliches Handeln die Reaktion provoziere. Nach dieser Logik braucht man nur auf das fortschrittliche Handeln verzichten und der Faschismus bleibt aus. Das ist ungeheuer richtig, denn dann braucht man ihn nicht mehr! Aber selbst zu dieser Interpretation des Arndtschen Kalauers benötigt man höhere Schulbildung. Für den gewöhnlichen Bild-Leser bleibt der Eindruck, daß Frankfurts OB daran denkt, für Jusos KZ'S zu bauen. Sie sollten darüber nachdenken.

III

Karsten Voigt hat, so konnte man es in der Report Sendung verfolgen, eine neue Theorie. Die Theorie besteht darin, daß man Gesetze nicht übertreten darf, selbst wenn, so Voigt, diese als überfällig erkannt sind. Richter, qua Beruf Apologeten herrschender Repression, verurteilen Vergehen nach § 218 praktisch überhaupt nicht. Diese Richter sind fortschrittlicher als Karsten Voigt. Nach seiner Theorie ist die Abtreiberin eine Kindsmörderin ("ungeborenes Leben"). Tatsache ist vielmehr, daß Gesetze und Rechtsverhältnisse nur durch massenweise Übertretung – wie z.B. Abtreibung geändert werden können. Irgendwann zieht der Gesetzgeber die Konsequenzen aus einer soziologisch feststellbaren sozialen Tatsache und hebt das Gesetz auf. Normalerweise ist er der Letzte, der diese Konsequenz zieht, alle anderen haben schon vorher auf das Gesetz geschissen, eben weil es nichts taugt. Damit Gesetze eine Funktion haben können, müssen sie in den sozialen Wandel eingepasst werden. Frankfurts Sozialdemokraten merken das, aber nur sehr langsam. Ein himmlisches Ergebnis dieser Politik als Eiertanz ist die Resolution des Unterbezirksparteitages vom 3. März, der sich mit der Straßenschlacht befasst. (Veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau vom 5.3.74) Da wird erst die Misere der Bodenpolitik beklagt, Spekulation pipapo. Dann heißt es: "Mit den "Richtlinien zur Boden- und Wohnungspolitik der Sozialdemokraten in Frankfurt" vom 30. Juni 1973 ist die Abkehr von der alten Baupolitik und die Einleitung einer neuen Baupolitik deutlich geworden." Das ist richtig, aber auch lustig. Die Frankfurter Arbeiter, Studenten und Lehrlinge haben bereits im Jahre 1970, vor inzwischen fast vier Jahren angefangen, Häuser zu besetzen, 1970 allein drei Stück. Drei Jahre hat es gedauert, bis eine unerträglich

che Situation sich in "Richtlinien" dieser Partei niederschlägt! Wenn sich das Bewußtsein, das Karsten Voigt, Fred Gebhardt schon 1970 von der Situation gehabt haben, damals niedergeschlagen hätte — damals unter einem integren Bürgermeister — dann könnte mit einiger Wahrscheinlichkeit heute die Ecke Bokkenheimer Landstr./Schumannstr., noch stehen.

Im vierten Absatz der Resolution des Unterbezirksparteitages wird hervorgehoben, daß Hausbesetzungen keine "Lösung" des Boden- und Spekulationsproblems sind. Wer hat das denn in dieser Weise behauptet? Die Leute, die besetzten, die brauchten Wohnungen, die wollten das Problem nicht "an sich" oder für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lösen — die konnten die teuren Wohnungen nicht bezahlen, die es in dieser freihheitlichen Stadt gibt, die konnten sich nicht per Stadtverordnetenkungel eine Sozialwohnung besorgen, die hatten nicht den Tausender für die Kautions auf dem Konto (wie andere). Eine Alternative so heißt es in diesem Absatz, zu diesem Reformprozess — daß Reformen erst kommen, wenn die Gastarbeiterfamilien mit der TBC wieder in der Türkei ist und die Studenten ihre Berufspraxis ergriffen haben — gibt es nicht. Natürlich gibt es Alternativen, ab es SOLL SIE NICHT GEBEN. Das ist der Unterbezirk. Normative Aussagen sind keine faktischen.

Im 6. Abschnitt der Resolution heißt es, teilweise etwas schwammig, "die Abläufe um die zerstörten Wohnhäuser hatten einen gefährlichen Modellcharakter: Gruppen, die nicht identisch sind mit der Masse der Demonstranten, und deren offensichtliches politisches Ziel die Verhinderung sozialistischer Reformpolitik ist (Sprache ist authentisch) und die damit gegen eine erklärte politische Strategie der Frankfurter SPD auftreten, verlassten den Staat, seine Machtmittel einzusetzen. Insofern bilden solche Gruppen die Rolle von Provokateuren, die eine rationale Lösung gesellschaftlicher Probleme verhindern." Der Staat und der Unterbezirk werden getrennt. Insofern ist es auch logisch, wenn Knut Müller, Polizeipräsident und Sozialdemokrat, seine beiden Eigenschaften strikt trennt. (So geschehen im Löwenthal-Magazin am 6. März) Nun, wie war es zum Einsatz der Machtmittel des Staates gekommen?

Spätestens seit Anfang 1967 ist es in Frankfurt zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei gekommen, die ihren ersten Höhepunkt in den Osterunruhen 1968 fanden. Bei der Feier des deutschen Sportes, am 30. Januar 1969, an denen die Herren Abs, Neckermann und Erhard teilnahmen, war die gesamte Frankfurter Innenstadt ein Heerlager, um für zweihundert Prominente die Straße frei zu machen. Im Herbst 1970 fanden die ersten Hausbesetzungen statt, die von einer politischen momentan verunsicherten Polizei toleriert wurden. Es war Weih-

nachten 1970, als der damalige und heutige Polizeipräsident Knut Müller den Besetzern der Liebigstr. 20 drohte, sie hätten keine Chance, denn das Gebäude, in dem sie wohnten, sei ohnehin zum Abbruch bestimmt. Er hat den Besetzern danach gedroht, daß ihnen die Mauern auf die Köpfe fallen würden.

Im Frühherbst 1971 versuchten eine Gruppe von Leuten, das Haus Grüneburgweg zu besetzen. Nach zwanzig Minuten — als das Haus längst besetzt war — kam die Polizei und prügelte in sadistischer Weise Besetzer und Sympathisanten davon. Selbst nach dem polizeilichen Einsatz war das Haus in einem guten Zustand. Erst nach Monaten des Verfalls konnte von einem zerstörten Gebäude gesprochen werden. Aber die Hessische Landesbank hat zwei Millionen dafür hergeliehen, in einer Zeit, wo dieses ausgesprochen schöne Haus durch Selmis Hilfskräfte unbeachtet war und durch angeblich nicht feststellbare Personen nunmehr vollständig demoliert wurde. Der Effekt der Chose ist mittlerweile eingetreten: Selmi darf seine zweite Bank dort bauen.

Wer hat eigentlich, das sei inzwischen gefragt, den Staat veranlaßt, seine Machtmittel einzusetzen? Wer hat provoziert?

Provoziert haben Leute, die sich provozieren ließen. Die Rolle der Sozialdemokratie in den letzten hundert Jahren hat ja vor allem darin bestanden NICHT zu provozieren — die Ergebnisse sind ja bekannt — ist das, Genossen der SPD, der Auftrag des demokratischen Sozialismus? Ist es FASCHISTISCH, Polizeibeamte mit Steinen zu bewerfen, die einen Trümmerhaufen bewachen? Ist es provokant — sich provozieren zu lassen? Lebt eure Bodenpolitik der letzten drei Jahre nicht von unseren Provokationen?

Seit der Besetzung der Eppsteinerstr. 47 im Jahre 1970 haben die Gruppen der Hausbesetzer immer wieder zu erkennen gegeben, daß sie die Gewalt des Staates beantworten würden. Die Besetzung als gewaltsamer Akt war ein Teil dieser Strategie des "Sich-nicht-alles gefallenlassens". Die Polizei, allen voran ihr Präsident Herr Knut Müller, bei dem nur das bloße Stauen übrig bleibt, welche Bandbreite Sozialdemokraten in ihrer Partei dulden, von der NPD bis zur DKP, eine echte Volkspartei, hat Hausbesetzer und Demonstranten vom Augenblick ihres Erscheinens an als Feinde betrachtet und behandelt. Und es ist eine dreckige und üble Augenwischerei, wenn heute Sozialdemokraten behaupten, daß sich dieses Feinbild erst allmählich herangebildet habe. Es war von Anfang an vorhanden — aus der Polizei der fünfziger Jahre ist nicht allmählich ein Garant der Demokratie geworden, sondern die gesellschaftlichen Kräfte der letzten drei Jahrzehnte haben sich mit vollem Erfolg derselben Polizei bedient, die für jedes Regime — sei es nur autoritär — von 1944 bis 1974 den billigen Handlanger gespielt hat. Wenn in diesem Staat, der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deut-

schland, irgendwer sich undemokratisch autoritär und gewalttätig benommen hat, so war es die klassische staatliche Ordnungsmacht, die Polizei. Und daran können auch die „Genossen“ in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nichts ändern. Weiter wichtig in der Resolution des Unterbezirksparteitages ist der 9. Abschnitt.

"Die Gruppen, die Gewalt anwenden, repräsentieren auch an der Universität nur verschwindende Minderheiten und drücken in ihren Aktionen den theoretischen und praktischen Verfallsprozeß der Studentenbewegung aus. In Erfüllung ihrer jahrelangen unverantwortlichen Spielerei mit dem Begriff der Gewalt werden Minderheiten-Gruppen jetzt in Aktionen zu Gefangenen ihres eigenen Verbalradikalismus und ihrer zwanghaften Feindfixierung gerade auf eine sozialdemokratische Reformpolitik." Auf dem Unterbezirksparteitag weiß man Bescheid. Da wird nicht lange gefackelt und überlegt. Zwar geht aus allen Äußerungen der Polizei hervor, daß sie nicht weiß, wer da Gewalt angewendet hat, ihre 250 Verhafteten sind eingeständenermaßen nicht einmal der Öffentlichkeit gegenüber als Alibi zu betrachten, die Leute haben nichts gemacht, aber der Unterbezirk ordnet jene, von niemanden außer den Beteiligten Erkannten, der Studentenbewegung zu. Die Presse hatte da eine feineren Instinkt, wenn sie von "Politrockern" sprach, Rocker sind kein Bestandteil der "Studentenbewegung". Es ist an der Zeit, daß auch einmal die Sozialdemokraten begreifen, daß die Zeit, in der man glaubte, die linke Bewegung sei eine studentische, endgültig vorbei ist und vielmehr einzusehen, daß die Polizeibeamten teilweise eine durchaus "proletarische" Abreibung bezogen haben. Es gibt Stadtteilgruppen, Betriebsgruppen, es gibt Angestellte und Hausfrauen in den linken Gruppen und meistens mehr als in den kümmerlichen Ortsvereinen der bürgerlichen Parteien! Wer sich heute politisch engagiert, sichert entweder seine Karriere oder er ist links! Gewalt ist nicht so sehr eine Frage studentischer Sektierer, sondern sehr viel mehr eine Klassenfrage. Wenn der Prolet oder ausgeflippte Jungarbeiter sich politisiert, dann schlägt er hinterher zu. Und es gehört eine terroristische Polizei dazu, bis endlich ein paar hundert Studenten, sich nicht mehr auf die Provokationen einlassen, sondern angreifen, wenn sie stark sind. Mit solchen Redensarten wie dieser kommt die SPD nicht weiter. Es ist absehbar, daß diese Partei mit ihrem Kanzler abgewirtschaftet hat und in nicht allzuweiter Zeit werden Sündenböcke gesucht werden müssen. Man wird sie nicht in einer bankrotten Bundesregierung suchen, sondern bei den letzten noch integren Elementen der Sozialdemokratischen Partei. Diese werden dann feststellen müssen, daß ihnen ihr Idealismus nichts genützt hat, man wird sie hinauswerfen.

Ralf W. Scott/Daniel Georg/H. Gorter

Erklärung der Bewohner des Studentenhauses zum Polizeieinsatz am 23. Februar 1974 im Studentenhaus.



In den Presseberichten und den Massenmedien Rundfunk und Fernsehen wurde unser Studentenhaus unter anderem als "Widerstandsnest" bezeichnet, und die Festgenommenen wurden mit Unterstellungen wie "Rückert", "Aufführer", "Isenwalträter" angegriffen und kriminalisiert. Dagegen und gegen die Unterstellung der Hessischen Landesregierung, die bereits vom Mißbrauch des Studentenhauses spricht, ohne sich auf stichhaltige Unterlagen zur Richtigkeit dieser Behauptungen stützen zu können, verwahren sich die Bewohner des Wohnheimes "Studentenhaus" auf das Entschiedenste. Sie mißbilligen insbesondere, daß die Landesregierung bereits "Maßnahmen gegen Studentenwohnheime" angekündigt hat.

Der Polizeieinsatz im Studentenhaus und dem darin befindlichen Wohnheim am 23.2.1974 gegen 18 Uhr muß als rechtswidriger Akt bezeichnet werden, da weder Hausdurchsuchungsbefehl noch Haftbefehle vorlagen. Als Rechtsgrundlage wurde "Gefahr im Verzuge" genannt. Diese Begründung ist jedoch hinfällig, weil nach übereinstimmenden Aussagen bereits seit drei Stunden (also seit 15 Uhr) völlige Ruhe auf dem gesamten Universitätsgelände herrschte.

Das Vorgehen der Polizei war unkorrekt, da dem Hausverwalter keine Erklärung für die Aktion gegeben und ihm der Einsatzleiter nicht genannt wurde. Der Geschäftsführer als Hausrechtsinhaber wurde ca. 1 Stunde lang hingehalten, bis er ins

Haus und zum Einsatzleiter Herrn Panitz gelangen konnte.

Inzwischen war der größte Teil der 70 privaten Einzelzimmer bereits durchsucht. Von einer Verbarrikadierung der Räume — wie von Polizeipräsident Müller behauptet wurde — kann nicht die Rede sein, da die einzigen verschlossenen Türen Zimmertüren abwesender Bewohner waren oder aber zu Gemeinschaftsräumen und Nebenausgängen gehörten. Diese wurden zum Teil von der Polizei gewaltsam aufgebrochen, obwohl der Hausmeister und der Hausverwalter mit dem Generalschlüssel zur Verfügung standen.

Sämtlichen Bewohnern und deren Besuchern wurde verboten, ihre Zimmer zu



verlassen. Fünf Studenten, die sich im Gang und in der Küche befanden, wurden für ca. 30 Minuten in einen Gemeinschaftsraum gesperrt, in dessen Fenster während des Polizeieinsatzes auf dem Universitätsgelände gegen 14 Uhr Tränengassalven gespritzt worden waren. Obwohl die Luft noch unerträglich war, wurde den Betroffenen nicht erlaubt, in ihre Zimmer zu gehen.

Die Gegenstände, die Polizeipräsident Müller als Beweismittel für den kriminellen Charakter der Heimbewohner nannte, sind keineswegs für gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei benutzt worden oder bestimmt gewesen. Es handelt sich vielmehr um Gegenstände, die in vielen Haushalten vorhanden sind: Pfadfindermesser, Brieföffner, Werkzeuge, Ziegelsteine für den Bau von Regalen.

In den Fernseherklärungen des Polizeipräsidenten, des hessischen Ministerpräsidenten und des hessischen Innenministers fielen implizit oder explizit Formulierungen wie: "Ziegelsteine, Messer und Helme gehören nicht in die Betten von Studenten". Hierzu ist zu sagen, daß die Bettkästen in den Zimmern einziger Aufbewahrungsort für sperrige oder wenig benutzte Gegenstände sind.

In der Öffentlichkeit soll mit der Aufzählung der gefundenen Gegenstände einerseits der Eindruck erweckt werden, die Bewohner seien potentielle Straftäter, und andererseits soll der rechtswidrige Polizeieinsatz nachträglich legitimiert werden. Nach der Durchsuchung wurden die

Heimbewohner und deren Besucher fast ausnahmslos ohne Angabe von Gründen festgenommen und im Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt. Rechtliche Mittel wurden nicht gewährt.

Während der ganzen Aktion kam es zu Mißhandlungen: Eine blinde Heimbewohnerin, die ins Haus wollte, wurde zum Zweck der Untersuchung ihrer Schunfähigkeit mit einem Schutzschild gestoßen. Unsere Recherchen ergaben, daß wenigstens ein Bewohner (Name bekannt) von Polizisten getreten wurde und daß einer Studentin (Name bekannt) beim Aussteigen aus dem Gefangenentransporter das Bein gestellt wurde. Weiterhin wurde einem Bewohner (Name bekannt) in die Nieren geschlagen, einem anderen (Name bekannt) zuerst in den Magen geschlagen, sodas er sich vor Schmerzen krümmte; darauf folgte ein Schlag in Genick, und der Verhaftete wurde in den Aufzug gestoßen.

Die Festgenommenen wurden teilweise in überbelegte Transportzellen gepfercht. Weiterhin wurden in den Gefangenentransportwagen teilweise Licht und Belüftung nicht eingestellt, sodas es zu Kreislaufschwächen und Übelkeit kam.

Die Verhafteten wurden in überbelegten Zellen untergebracht. In vielen Fällen standen ihnen für die Nacht weder Dekken noch irgendwelche Schlafstellen zur Verfügung, sodas sie auf dem Fußboden liegen übernachteten mußten. Vielfach

gab man ihnen über 20 Stunden hinweg weder zu essen noch zu trinken, und die Benutzung der Toilette wurde ihnen stundenlang verweigert. (Zitat eines Beschließers: "Ihr pißt ja auch daheim in die Zimmer".)

Bei den Vernehmungen wurden vielen Bewohnern keine Rechtsmittelbelehrung gegeben, Beschwerden wurden nicht protokolliert und ebenso wie das wiederholte Verlangen nach einem Anwalt ignoriert.

Die betroffenen Bewohner wurden bis zu 22 Stunden festgehalten. Einige Frauen, die nachts entlassen wurden, mußten alleine nach Hause gehen.

Unser Heimsprecher Edil Tokmar, der seit 1967 im Heim lebt und sich seit zwei Jahren um politisches Asyl in der BRD bemüht, wurde erst nach einer Woche Haft entlassen, ihm droht die Abschiebung in die Türkei. Wir fordern alle Demokraten auf, seine zu befürchtende Abschiebung in die Türkei zu verhindern und die Bemühungen um seine Freilassung zu unterstützen.

Mit Empörung stellen wir fest, daß bei der dargestellten Aktion der Polizei im Studentenwohnheim elementare Rechte der einzelnen Heimbewohner mißachtet wurden!

Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist bei dem Polizeieinsatz in vieler Hinsicht auf eklatante Weise verletzt worden. Wir behalten uns alle rechtlichen Schritte vor.

Die Bewohner des Studentenwohnheimes "Studentenhaus", Jügelstraße 1

D

Informations-Dienst

zur Verbreitung
unterbliebener
Nachrichten

erscheint
wöchentlich

Abonnement
5 DM im Monat

6 Frankfurt am Main 1,
Homburger Straße 36
Tel. 0611/77 46 96

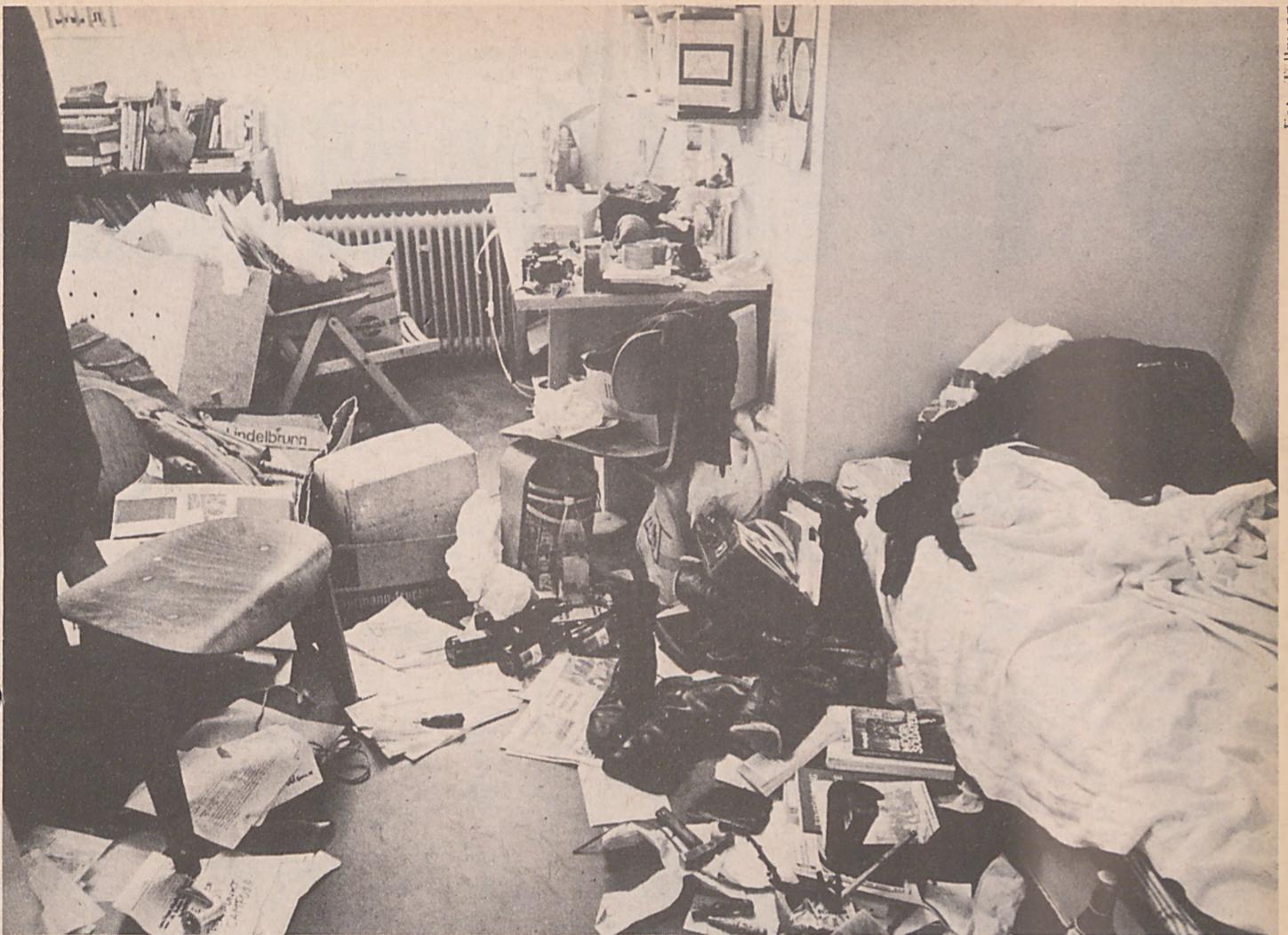
Postscheck Ffm.
52 52 28 - 602
Walter Spruck
6 Frankfurt 60

der INFORMATIONSDIENST (ID)
versteht sich als der erste baustein für eine sozialistische presseagentur.

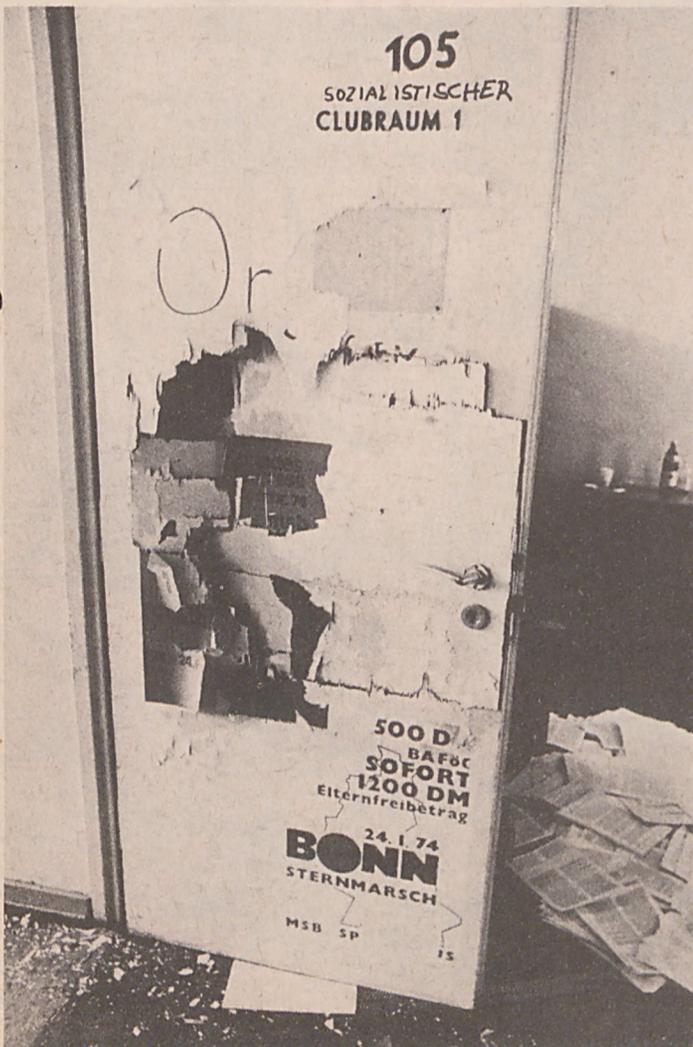
der INFORMATIONSDIENST bringt die NACHRICHTEN deren VERBREITUNG nicht im interesse des herrschenden systems liegt: repressionen, "unfälle", diskussionen in der arbeitswelt über inflation, streiks, betriebsunfälle, berichte aus gefängnissen, "irrenhäuser", umweltver-nichtung, subkultur und linke kultur und aus anderen bereichen.

aber UNTERBLIEBENE NACHRICHTEN bedeuten für uns nicht nur unterdrückte NACHRICHTEN, sondern auch NACHRICHTEN denen die bürgerliche presse keine beachtung schenkt, weil sie deren bedeutung nicht erkennt. der ID sucht die informationen an der basis; in den betrieben, bei bürgerinitiativen, in jugendzentren, von linken gruppen und auf der straße.

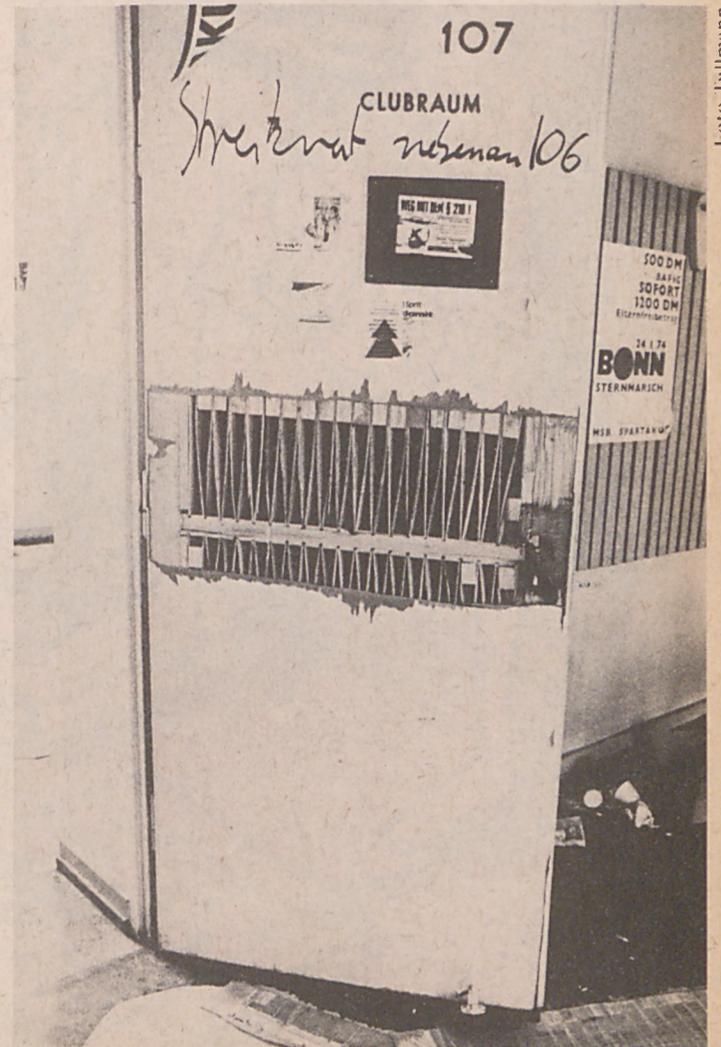
in der letzten zeit haben sich bei streiks und in stadtkämpfen neue widerstandsformen gegen die diktatur des eigentums entwickelt: diese ereignisse und die erfahrungen daraus müßten verbreitet werden und es ist nicht zu erwarten, daß diese ausgabe die bürgerliche presse übernimmt. die linken periodika sind entweder technisch noch nicht im stande die gesamtheit dieser NACHRICHTEN zu erfassen oder durch absolutistische ansprüche schließen sie sich selbst von der möglichkeit aus.



Eines der während des Überfalls auf das Studentenhaus von der Polizei durchwühlten Studentenzimmer.



Von der Polizei aufgebrochene Türen im Studentenhaus.



Das Tribunal.



Das Tribunal das heute abend stattfindet, hat primär die Aufgabe, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, mit welchen Methoden, Maßnahmen und Mitteln die Frankfurter Polizei, unterstützt durch die sogenannten "staatstragenden Parteien", mit welchen Methoden und Mitteln die Polizei in Frankfurt also während der letzten Auseinandersetzungen um die

Räumung der Häuser Schumann/Bockenheim Ldst. Demonstranten und Bürger terrorisierte. Terrorisiert: Das heißt, es wurden vorsätzlich und mit Bedacht in eklatanter Weise elementarste Grundrechte verletzt. Darüber wird es genügend Aussagen geben. Es wird auch klar werden, daß die Abwägungsversuche von Oberbürgermeister Arndt und Knut Müller, sowie

anderen Verfechtern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die geschilderten Fälle seien schließlich nur Einzelfälle – was sie natürlich bedauern – nicht akzeptiert werden können.

Die Fälle von Mißhandlungen und Folterungen sind typisch, charakteristisch für das Verhalten der Polizei gegenüber allen systemoppositionellen oder störenden

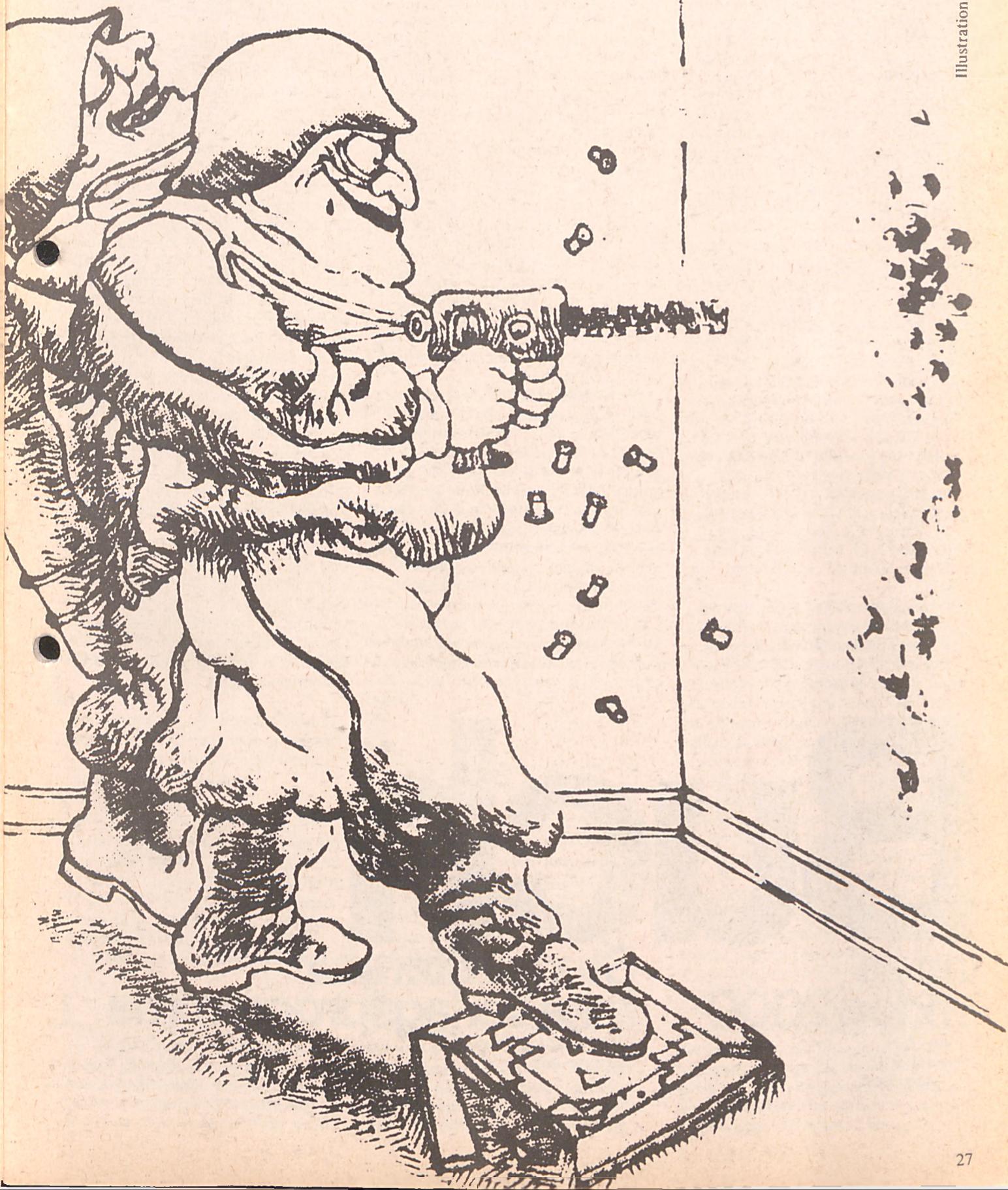


Illustration Wilson

Gruppen und Personen, die der "Ordnungsgewalt Polizei" Widerstand leisten – gleich welcher Qualität.

Das bedeutet, daß wir hier nicht sagen können, es gäbe nur Mißhandlungen gegenüber Demonstranten seitens der Polizei. Wahr ist: Schon seit mindestens 3 Jahren ist in Frankfurt ein Eskalation, ein planmäßiger Terror gegenüber Jugendlichen, Arbeitern, Proletarierkriminellen und Ausländern zu beobachten. Jugendrichter, Sozialarbeiter, Rechtsanwälte, Ärzte in Krankenhäusern, Personen also die soziale und gesellschaftliche Konflikte kanalisieren, klagen immer häufiger darüber, daß Ausländer und Jugendliche ohne jeglichen ersichtlichen Grund blutig zusammengeschlagen werden. Ein Jugendlicher wurde, um nur ein Beispiel herauszugreifen, auf einem Polizeirevier zusammengeschlagen, danach von einer Zivilstreife in einen Wald bei Bad-Vilbel gefahren, dort aus dem Auto geworfen. Die Zivilbeamten bedeckten zuvor das Nummernschild ihres Autos und lassen den Jugendlichen Kilometer von Frankfurt entfernt alleine zurück, um 3 Uhr morgens. Immer noch ungeklärt sind die Vorwürfe gegen die Polizei im Zusammenhang mit der Räumung des Kettenhofweges vom vorigen Jahr. Auch damals wurden erste Berichte veröffentlicht, daß gefoltert wird.

Polizeipräsident Knut Müller argumentierte, das seien ja Märchengeschichten. Heute zum Vorfall im Präsidium, als ein Jugendlicher sein Blut auflecken mußte, sagt er: absurde Vorwürfe. Erst läßt er

dementieren, dann überprüft er und dann stellt er die Überprüfungen ein.

Die Liste läßt sich unendlich lange fortsetzen. Dabei gibt es bestimmte Polizeireviere, vom Präsidium einmal ganz abgesehen, die sich durch derartige alltägliche Mißhandlungen auszeichnen sollen: Fechenheim, Höchst, Wiesenhüttenplatz und Hynspergstr.

Wie reagiert nun unsere Polizeiführung und unsere regierende Partei: Sie sagen: 1. Einzelfälle. 2. Das gibt es nicht. 3. Beweisen sie das erst einmal und 4. wie haben gar keine Strafanzeigen vorliegen. Dann folgt sofort das Dementi. Und schließlich wird Strafanzeige wegen Verleumdung, Beleidigung gegen diejenigen gestellt, die derartige Fälle öffentlich machten. Der Fall Hofmeister, seine Suspendierung und repressive Wiedereinstellung bietet genügend Anschauungsmaterial für diese Methode.

Die Mißhandlungen sind grundsätzlich in einer ohnmächtigen Situation. Sie haben keine Zeugen, aber dafür bezeugen mindestens 3 Polizeibeamten, der Geschlagene sei in seine eigene Faust gefallen, gestolpert oder habe gar die Hand erhoben, wodurch sein Widerstand "mit einfacher Gewalt" gebrochen werden mußte. Gerade deswegen werden keine Strafanzeigen gegen Polizeibeamte gestellt, weil sie bei unserer Klassenjustiz sinnlos, für die Betroffenen sogar gefährlich werden können. Zudem werden jegliche Versuche, die Identität des Polizeischlägers und seiner Kollegen herauszubekommen unmöglich gemacht.

Wir haben im Laufe unserer kurzen Ermittlungen genügend Fälle von Mißhandlungen, die blutig zusammengeschlagen wurden, aber aus Angst vor Repressalien, erneut zusammengeschlagen zu werden, nicht bereit sind, etwas öffentlich auszusagen oder Strafanzeige zu stellen. Das ist das Klima eines Polizeistaates.

Möglichkeiten, Einzelfälle dieses Terrors in Frankfurt aufzuklären, gibt es deswegen kaum. Aber dazu wird der heutige Abend beitragen, daß es danach nicht mehr möglich ist, so schnell und ungehindert zu terrorisieren. Nicht der Staat alleine kann sich durch mehr Polizei und mehr Gewaltmittel schützen, auch die Betroffenen können das. Es gilt aufzuzeigen, daß der berühmte Stein, der gegen einen Polizisten geworfen wird, ein Kieselstein gegenüber den Brocken staatlicher Gewalt ist, die momentan in Frankfurt jegliche demokratischen Aktivitäten zerstören und fundamentale Menschenrechte eliminieren. Denn und damit komme ich auf eine Presseerklärung unseres Oberbürgermeisters zurück: Er sagt, daß wir den Saal im Volksbildungsheim sowieso bekommen hätten, wörtlich: "eine Verweigerung des Volksbildungsheimes wäre einer Vorzensur gleichgekommen."

Frankfurt und der Terror der Staatsgewalt gegenüber Demonstranten und unbeteiligten Bürger hat partiell die Intensität übelster Übergriffe – wie wir sie aus Griechenland oder Chile kennen, erreicht. Der Zerstörungsprozeß demokratischer Rechte ist in Frankfurt schon am weitesten fortgeschritten.

Buch

laden
Verlag 2000

6 Frankfurt
Jügelstraße 1
Studentenhaus

Studienliteratur
linke Verlagsprogramme

Nicht vorrätige Bücher-
besorgen wir.

Das Tribunal. Dokumente.

Tonbandprotokoll der Strategie-Diskussion
im Frankfurter Volksbildungsheim

Karsten Voigt.

SPD-Politiker

Ich habe mir vorgenommen, in meinem Beitrag für die Diskussion diejenigen Punkte herauszustellen, und zwar in Fragen, die am umstrittensten sein dürften, weil ich meine, daß es überhaupt keinen Sinn hat und nicht Aufgabe der Diskussion sein kann, der Stimmung, die hier im Saal herrscht, nach dem Mund zu reden. Ebenso wie für die meisten hier im Saal die Voraussetzung meiner Argumentation, Konflikte im Zusammenhang mit der Lüftung des Hauses Bockenheimer Landstr. ohne eine profitorientierte Boden- und Wohnordnung und ohne der vom Kapital bestimmten Gesetze innewohnenden strukturellen Gewalt nicht erklärbar ist. Diese Erkenntnis setze ich voraus und meine, daß hiervon ausgehend zwei Fragenkomplexe besonders diskutiert werden sollten:

1. wie können gefährliche Entwicklungstendenzen in der Polizei gehemmt werden, wie können für eine sozialistische Strategie gefährliche Momente der Konflikteskalation der letzten Wochen vermieden werden.
2. Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Entwicklungstendenzen der Polizei bei Demonstrantengruppen und für eine sozialistische Reformpolitik, die ich unter den Bedingungen der Bundesrepublik für eine einzig realistische Perspektive halte. Ich werde dazu in acht Thesen Stellung nehmen.

1.

Die Information zum heutigen Abend hat meiner Meinung nach deutlich gemacht, daß Übergriffe von Polizisten auf Demonstranten stattgefunden haben.

2.

Diese öffentliche Veranstaltung hat den Zweck erfüllt, die Auffassungen und Informationen über solche Übergriffe von Betroffenen an die Öffentlichkeit zu tragen mit dem Ziel, daß sie untersucht werden und Rechtsverletzungen von Polizisten strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

3.

Im Rahmen meiner sozialistischen Reformstrategie ergibt sich auf der Basis meiner Argumentation, von der aus ich Rechtsverletzungen von Polizisten aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt sehen

möchte als Konsequenz, daß die Verfolgung aller Rechtsverletzungen während der Auseinandersetzung, d.h. auch die Verfolgung von Rechtsverletzungen von Demonstranten, für unausweichlich halte.

Die Haltung vertrete ich nicht aus Rechtsopportunisten, Rechtspositivismus, sondern weil ich es als logische Folgerung für nötig halte, das Gesetzesübertragungen nicht Bestandteil der Politik der SPD sein kann, wenn die Reformstrategie erfolgreich sein soll. Dies sage auch ich, obwohl ich weiß, daß in der Vergangenheit und in der Gegenwart, das zeigt sich ganz offensichtlich in der Frage des § 218. Regelverletzungen und demonstrative Gesetzesübertretungen wichtige Anstöße für eine sozialistische Reformstrategie gegeben zu haben.

4.

Über die Diskussion von Übergriffen hinaus muß versucht werden, gefährliche Entwicklungstendenzen in der Polizei zu beeinflussen. Dazu ist ein verstärkter Einfluß einer demokratischen politischen Führung auf die Polizei innerhalb der Ausbildung und Ausstattung der Polizei erforderlich. Hierzu ist erforderlich, daß man gegenläufige Entwicklungstendenzen in der politischen Führung in Land und Bund entgegenwirkt und zurückdrängt. Hierzu ist erforderlich, daß man sich ebenfalls offensiv mit denjenigen Aktionen und Strategien von außerparlamentarischen Gruppen, die dieser Entwicklung nach rechts Vorschub leisten, auseinandersetzt.

5.

Eine Feinbildfixierung auf Seiten der Polizisten steht in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zur Feinbildfixierung auf Seiten der Demonstranten. Sosehr diese Feinbildfixierung von einzelnen oder von Gruppen einen realen Kern haben mögen, so sehr ist dieses Feinbildfixierung gefährlich, ja geradezu feindlich im Verhältnis zu einer rationalen sozialistischen Strategie. Dazu gehört auch der Begriff des Bullen.

6.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß auch gerade mit Polizisten über diese Entwicklung innerhalb der Polizei und auch über die Einschätzung von linken Strategien diskutiert wird. Eine derartige Diskussion wird bestehende Konflikte

nicht beseitigen können, aber wohl eine Rechtsentwicklung auf Seiten der Polizei und eine zunehmende Irrationalität von Teilen der Demonstranten hemmen können.

In diesem Zusammenhang, wie merkwürdig dies für eine große Gruppe hier im Saal scheinen mag, appelliere ich an diejenigen Polizisten, die solche Rechtsübergriffe gesehen haben, sie nicht aus falsch verstandener Kameraderie zu decken, sondern sie im Sinne der Verfassungsordnung offen zu legen.

7.

Anfang der siebziger Jahre hat sich z.T. ein fahrlässiger Wortgebrauch und auch zunehmend eine gefährliche Strategie als Voraussetzung für ihre Wirkung reaktionärer Gewaltanwendung von Demonstrantengruppen entwickelt. Diese Provokation staatlicher Gewaltanwendung kann unter den Bedingungen der BRD mit dem ausgebauten Potential staatlicher Gewalt, Polizei, Bundesgrenzschutz und letztlich aus Bundeswehr- und US-Truppen in letzter Konsequenz nur zur Zerschlagung der ohnmächtigen linken Gruppen und zur Etablierung von reaktionärer rechter Gewalt führen.

8.

In dem Augenblick, wo außerparlamentarische Gruppen die Sozialdemokratie genauso oder stärker als Kapitalistengruppen oder als die CDU/CSU bzw. FDP angreifen, wie uns das heute exemplarisch von Vertretern des Häuserrates vorgetragen wurde, führt es in der Argumentation zu einer Ähnlichkeit zwischen außerparlamentarischen Gruppen und rechtskonservativen Gruppen. Sie führt auch in der Wirkung zu ähnlichen Ergebnissen insofern, als sozialistische Reformkräfte geschwächt werden. Die linke in der SPD wird deshalb, wie die SPD insgesamt, solange diese Gruppen diese Theorie, diese Praxis und diese Aktionsformen haben, ihr Verhalten zu den außerparlamentarischen Gruppen, wie ich es anstrebe, nicht als eine Ergänzung zwischen außerparlamentarischen Aktionen und sozialistische Reformstrategie begreifen können, sondern solange diese Strategie besteht, als ein gegenwärtig gegnerisches Verhältnis zwischen beiden bestimmen müssen. Dies ist meine Einschätzung. Ich sage das bewußt, weil ich es für verkehrt halte, uns hier gegenseitig Sand in die Augen zu streuen, sondern wir müssen unsere Positionen klarlegen.

Heinz Brandt.

Heinz Brandt hat bei den Nazis im KZ gesessen, in der DDR im Gefängnis, ist Mitglied der IG-Metall und Mitarbeiter der Zeitung "IG-Metall".

Liebe Genossen! Das nutzt ja nun alles nichts, wir müssen zunächst mal feststellen, wenn man in die junge Welt rings um den Campus, wenn man um sie herum den empirischen Anschauungsunterricht führt, von Chaoten, die den Wohnraum zerstören, von Chaoten, die dann die Trümmer, die sie herstellen, unter polizeilichen Denkmalschutz stellen, von Chaoten, die glauben, wenn sie den da notwendig sich erhebenden Widerstand, mit Tränengas, mit Keibelkörpern, mit Mißhandlungen und Folterungen, mit Androhung von Bundesgrenzschutz usw. dämpfen zu können, dann zeigt sich ja gerade heute hier, daß das Gegenteil erreicht worden ist. Eine ganz andere Frage ist die, wollen wir hier nur ein Empörungsschrei aufkommen lassen, wollen wir nur zeigen, daß uns das Kreuz nicht gebrochen ist, wollen wir nur beweisen, was geschehen ist oder wollen wir etwas ganz anderes: wollen wir die Verhältnisse ändern. Wenn wir allerdings die Verhältnisse ändern wollen, dann müssen doch wohl die Trümmersteine politisch auf ihre Urheber, ich meine die Bodenspekulanten, zurückfallen. Dann dürfen wir doch nicht glauben, daß die dreckigen Lohnabhängigen, die als Polizisten für dreckiges Geld für kapitalistische Dreckerarbeit eingesetzt werden, daß die unser Hauptfeind sind. Wenn wir schon nicht mit der Arbeit in der Polizei glauben fertig werden zu können, dann erzählt mir doch mal bitte, wie wollen wir mit der politischen Arbeit der Bundeswehr, und in der amerikanischen Besatzungstruppe fertig werden. Wenn wir darauf verzichten, Politik zu machen, auch Bündnispolitik zu machen, wenn wir uns ablenken lassen, in die Falle des Feindes laufen, dann dürfen wir uns doch nicht darüber wundern, daß wir erfolglos bleiben.

Hier ist gesagt worden von meinem Freund und Genossen Jürgen Roth, wir haben schon einen Polizeistaat. Meine lieben Genossen, wenn wir schon einen Polizeistaat hätten, dann wären wir alle, die wir hier versammelt sind, schon im Frankfurter Fußballstadion. Allerdings nicht zu einer Versammlung. Ich will damit daran anknüpfen, was die Mutter des Gefolterten gesagt hat: die Mutter

sagte nur für ihren persönlichen Fall und in persönlicher Vereinzelnung; es könnte sonst zu spät sein! Wenn wir hier also Anfänge, Genossen, recht beträchtliche, recht gefährliche Anfänge von Mißhandlungen, Polizeigewalt, Polizeiterror und Polizeifolter aufzeigen, dann ganz gewiß nicht, um uns schon selber die Niederlage zu bestätigen, die wir noch gar nicht erlitten haben.

Wir haben noch keinen Polizeistaat, wir haben noch keinen Neofaschismus, wir haben noch kein Chile und ich glaube, es kommt alles darauf an, und ist durchaus möglich, das alles zu verhindern, wenn man die richtige Strategie entwickelt. Es kommt nicht darauf an, noch so berechtigte Empörungsschreie, noch so berechtigte Schmerzensschreie hier anzustimmen, sondern es kommt darauf an, all das zu besiegen, was uns im Weg steht. Und da steht uns noch allerhand im Wege. Da haben wir noch allerhand Bundesgenossen zu gewinnen.

Ich denke vor allem daran, daß es Polizeieinsätze nicht nur hier gegen die unterprivilegierten Hausbesetzer, gegen die unterprivilegierten Studenten, gegen die unterprivilegierten ausländischen Arbeitnehmer, es hat bereits sehr beachtliche und sehr gefährliche Formen von Polizeiterror gegeben in Köln gegen die ausländischen Fordarbeiter, in Neuß gegen die Frauen von Pierburg, und gegen die ausgezeichnet kämpfenden spanischen, italienischen Frauen von den Hella-Werken, wir dürfen uns nicht allein den militärisch vorbereiteten Polizeieinsatz hier in Frankfurt ansehen. Wir müssen uns auch das ansehen, was bereits in der BRD begonnen hat und wir müssen uns fragen, haben wir nun den Campus zu gewinnen oder haben wir auch die Arbeiter zu gewinnen. Genossen, und jetzt muß ich euch etwas ganz anderes fragen: soll jener Polizist, der auf sein Schild geschrieben hat "ich solidarisiere mich mit dem Häuserrat", soll der eine verzweifelte Ausnahme bleiben, oder wollen wir in dieser Richtung auch in der Polizei allmählich Boden gewinnen. Wenn wir feststellen, daß wir geschlagen werden, und wenn wir feststellen, daß vielleicht morgen schon auf uns geschossen wird, dann müssen wir auch ein wenig auf die einwirken, die heute schlagen und morgen vielleicht schießen werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang keineswegs die Strategiediskussion heute vorwegnehmen, ich wollte hiermit nur einen kleinen Anstoß geben, daß wir alle zu mehr aufgefordert sind aufgrund der Frankfurter Er-

eignisse, als nur hier zusammenzuströmen, sondern daß wir uns tatsächlich außerordentlich ernst, kritisch und selbstkritisch überlegen müssen, wo stehen wir, und wohin der Weg geht und was wir zu tun haben.

Ich sage hier noch drei Sätze zu Gerhard Zwerenz. Gerhard Zwerenz hat in dem, jetzt gesehen, nach dem, was später eingetreten ist, abenteuerlichen Zusammenhang mit Solschenizyn, gegensolche Schriftsteller zu recht argumentiert, die Zyklopen, die einäugig Unrecht nur in dem einen oder in dem anderen Gebiet sehen. Allerdings sind solche Zyklopen immer noch Könige unter den Blinden, wie Knut Müller, die behaupten, man müsse besorgt sein über den geistigen Zustand von Gerhard Zwerenz. Wir sind um ganz andere Dinge besorgt. Wir sind besorgt über den politischen Geisteszustand der Polizeiführung, die, wenn derartig gravierende Vorwürfe von glaubwürdig zu nehmenden Zeugen und die dann, wenn wie von Gerhard Zwerenz Alarm gerufen wird, die Unverschämtheit haben, im Stil, wie es eigentlich bekannt ist als Fossil aus der wilhelminischen Zeit im Untertanenstaat, wie sie Gerhard Hauptmann im "Biberpelz" beschreibt, dann in einem derartigen Ton gegen Gerhard Zwerenz zu argumentieren, dann allerdings müssen wir etwas ganz anderes in Frage stellen: Wer ist überhaupt geneigt, das, was hier und doch wohl nur als Bruchteil zur Sprache gekommen ist, tatsächlich ernsthaft zu untersuchen.

Wer fühlt sich tatsächlich bedroht durch die Vorkommnisse, die hier geschildert worden sind, wer will es noch länger ertragen, daß solche Äußerungen, wie denen von Knut Müller, die Untersuchung ganz eindeutig unrechtmäßiger Tatbestände nicht nur verschleiert, sondern verhindert werden sollen. Wenn gefragt wird nach der Gesundheit des geistigen Zustandes von Menschen, die Alarm schlagen, dann kann diese Frage doch nur drei Bedeutungen haben: 1., daß es absurd ist, anzunehmen, daß so etwas passiert ist. Wer das behauptet, spielt ein Theaterstück in einem absurden Theater. Es gibt eine zweite Möglichkeit, alle einzuschüchtern, alle zu erschrecken, die meinen, sie könnten wegen ihrer geistigen Gesundheit in Frage gestellt werden, wenn sie es wagen, Tatsachen offen beim Namen zu nennen. Diese zweite Variante ist bei uns noch nicht praktiziert, wohin aber eine solche Gedankenrichtung, wohin eine solche Polizeiführung führt, können wir daran sehen, daß politi-

sche Gegner in anderen Staaten bereits im Irrenhaus landen. Das ist die endgültige Konsequenz einer solchen Geisteshaltung, wie sie hier von Müller exerziert wurde, die es bereits zu einem Risiko macht, im Fernsehen bloß einen Alarmruf abzugeben. Das ist bereits im Fernsehen ein Risikofaktor geworden.

Die Frage an die Öffentlichkeit ist also vielmehr eine Frage an uns. Wie gedenken wir angesichts der bedrohlich sich verändernden Lage zu handeln? Sind wir hier nur empört spielende, romantische Widerstandskämpfer oder überlegen wir uns, daß wir vor einer sehr opferreichen, sehr gefährlichen, Kaltblütigkeit erfordernden strategischen Aufgabe stehen.

Joschka Fischer

Revolutionärer Kampf

Ich will hier für den Häuserrat reden, für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrockers bezeichnet wurden, für die Genossen, von denen Karsten Voigt gemeint hat, daß sie reaktionäre Gewalt ausgeübt- oder hervorgerufen haben bei der Verteidigung der Häuser. Die Frage, die sich doch stellt, und die der Karsten Voigt vorhin hier angeführt hat, das ist die: Wie ist unser Verhältnis zur Sozialdemokratie und wie das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Gewalt, genauer zur Gewalt des Kapitals.

Zum ersten Punkt, unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie: Karsten Voigt fühlt sich irgendwo auf den Schlipps getreten und mit ihm seine Genossen, da wir angeblich die Sozialdemokratie als Hauptfeind noch schlimmer angreifen würden als wir es mit der CDU/CSU getan haben. Die Sozialdemokratie ist für uns doch nicht der Hauptgegner, sondern die Frage, die sich uns doch stellt, ist: wer setzt hier in Frankfurt Spekulantinteressen gegen die Bevölkerung durch und wenn man sich dagegen wehrt, mit wem wird man dann konfrontiert. Da wird man nicht unmittelbar konfrontiert mit Franz Josef Strauß oder einer anderen politischen Repräsentation, da wird man konfrontiert mit einer Politik, die hier seit 20 Jahren von Sozialdemokraten vertreten wird. Es gab sogar eine Zeit, in der versucht wurde, eine Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie zum Nutzen deren, die unter der Spekulation leiden, durchzusetzen, und ich meine, da ist interessant, daß der Karsten Voigt hier in keinem Punkt darauf eingegangen ist.

„Vor dem Kettenhofweg ist der Berkenmeier, linker Fraktionskollege von ihm, aufgetaucht, und hat noch verhandelt, während gleichzeitig die Bullen aufmarschiert sind und total geräumt haben. Das selbe Spiel hat wieder stattgefunden im Zusammenhang mit der Bockenheimer. Die Frage also, die sich stellt, ist nicht die, daß wie die Sozialdemokratie als Hauptfeind betrachten, sondern daß die Sozialdemokratie hier faktisch als politische Vertretung von Spekulationsinteressen gegenüber denen, die darunter leiden, auftritt.

Der zweite Punkt, der sich hier ganz zentral stellt, in Zusammenhang mit dem, was hier an Bodenspekulation, was hier an Wucherei, was hier an Wohnraumzerstörung, kurz, was an spätkapitalistischer Großstadtentwicklung praktiziert wird, ist die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Gewalt. Der Karsten Voigt meinte vorhin in seinem Beitrag, wir würden reaktionäre Gewalt hervorrufen. Nun stell ich die Gegenfrage: Wer bedient sich denn existenter reaktionärer Gewalt? Wer setzt den agitatorische Mittel, die des „Stürmers“ würdig sind, in der kommunalen Zeitung, in dem Schmierblatt ein, wo wissentlich Lügen durch Steuergeld finanziert wurden, die angeblich von den Hausbesetzern auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in vorenthaltenen Mieten nicht gezahlt wurden. Ich meine, das sind doch alles Tatsachen.

Wer legitimiert denn - es ist doch dein Genosse, es ist doch deine Partei, die du hier vertrittst - den Einsatz der Polizei. Ich finde sehr interessant, was der Genosse Brandt vorhin gesagt hat: Knut Müller hat gesagt, der Genosse Zwerenz würde spinnen, er sei um Grunde nicht mehr zurechnungsfähig. Gleichzeitig zetert das ganze Bürgertum, von Löwenthal bis zur Sozialdemokratie von einem bestimmten Punkt aus, daß, wer dagegen aufschreit, wie Grigorenko und andere ins Irrenhaus gesteckt wird. Das ist die Schwäche des Systems drüben, und da liegt ein Kern von Wahrheit drin; gleichzeitig äußert ein sozialdemokratischer Polizeipräsident hier Gedanken, die in die selbe Richtung zielen. Wenn hier das Beispiel Chile angebracht wurde, dann war es nicht so, daß wir gesagt haben, es existierten hier Verhältnisse wie in Chile. Das wäre absurd. Santiago ist Frankfurt, das ist absurd. Aber die Bullen, und das ist ein Faktum, was hier heraus kam, und daß es zum erstenmal so massenhaft rauskam ist wahnsinnig wichtig, - wir haben das schon



Genossen, der Häuserrat braucht Geld, besonders für die Agitation der nächsten Zeit.
Kleine Spenden massenhaft,
Grosse möglichst auch!
Sonderkonto
Winfried Hamman
Postscheckamt Frankfurt
Nr. 351294-606

seit der Studentenbewegung erfahren, wie man zusammenschlagen wird - die Bullen haben für sich subjektiv und in ihrer Verhörpraxis Santiago auf die Tagesordnung gesetzt.

Die liberale Presse, ich weiß nicht mehr, in welcher Zeitung es stand, aber es ist erwiesen, daß in Nato-Manövern, daß bei den Nato-Truppen, auch bei der Bundeswehr und teilweise auch beim Grenzschutz, systematisch geübt wird, was zum 1 x 1 des Militärs im Kapitalismus gehört, und wogegen teilweise auch Offiziere protestiert haben: Folter. Und Folter wird deswegen so relevant, weil das Militär im Spätkapitalismus wesentlich Bürgerkriegsarmee ist, Brasilien, die Vereinigten Staaten, Vietnam, das sind alles Beispiele, die übertragen werden auf eine Situation - ja, Nordirland nicht zu vergessen. In Nordirland, im Musterland der Demokratie, wie uns in der Schule vorgehalten wurde, im demokratischen Mutterland Großbritannien; in Nordirland, in Long Kesh und anderen Konzentrationslagern, wird gefoltert. Und daß da gesagt wird, wir würden reaktionäre Gewalt provozieren, ist insofern Augenwischerei: es ist nicht die Gewalt, die wir provozieren, diese Gewalt ist da.

bockenheimer bücherwarte

direkt an der Universität:
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 7710 88/89

Ihre Buchhandlung
für Universitätswissenschaften
bietet Ihnen auch ständig
neue Bücher aus dem Ausland
und aktuelle Literatur

Man kann doch nicht immer darüber streiten, der Voigt hat es vorhin getan, daß wir uns dieser Gewalt beugen und versuchen müssen, auf dem parlamentarischen Weg hier entscheidende Reformen durchzusetzen. Gleichzeitig, finde ich, sollten wir mal den Blick auf Frankfurt werfen. Die Situation, aus der die Konfrontation heraus entstanden ist, so wird uns gesagt, war eine Gewaltanwendung der Hausbesetzer. Nun frag ich mich, was ist bei einer Hausbesetzung Gewalt. Man geht rein, man hat erstmal keine Wohnung, viele Leute hier in Frankfurt haben keine Wohnung. Es sind Tausende seit Jahren wohnungslos. Und jetzt sind Genossen, Studenten, junge Arbeiter in ein Haus reingegangen, das von einem Großspekulanten seit Jahren teilweise schon leer stehen gelassen wurde, um dort zu wohnen. Die sind da rein gegangen, da war keine Gewalt, da war gar nichts. Die versuchten einfach, darin zu wohnen, das ist ein ganz elementares Recht, das im Grunde jedem Vieh zugesprochen wird. Wo liegt da die Gewalt? Die Gewalt liegt doch im wesentlichen darin, daß Eigentum, Privateigentum, nicht Eigentum zum eigenen Nutzen, sondern Privateigentum, mit dem Profite gemacht werden, mit dem auf Armut spekuliert wird, direkt angegriffen wurde. Daß man hinnahm, was da existierte, daß man petitionierte, wie das der alte SDS tat, daß man versuchte, in Diskussionen zu überzeugen, mit exemplarischen Aktionen, mit Go-ins und sonst etwas, das alles hat keine Wohnung hergeschafft. Es war einfach die Tatsache, man hat sich die Wohnung genommen.

Jetzt kam die Reaktion der Sozialdemokratie, jetzt kam die Reaktion der Polizei. "Gewalt", war der allgemeine Aufschrei, und der Karsten Voigt reiht sich in diesen Aufschrei ein.

Für uns ist die Polizei nicht der Haupt-

gegner, da hat der Genosse Brandt vollkommen unrecht, denn wir wissen, daß sich viele Kollegen in nichts von ihren Lebensvoraussetzungen unterscheiden; ja, daß die Polizei überhaupt nicht der Gegner ist, genauso wie für ihn der proletarische SA-Mann nicht der Hauptgegner war, der ihn im KZ geprügelt hat. Aber dort, wo er ihn geprügelt hat, dort, wo er Genossen aufgehängt und zu Tode gefoltert hat, dort wo er sich auf die Seite der Konterrevolution gestellt hat, dort war er für dich der Gegner. Und genauso ist für uns der Polizist nicht grundsätzlich der Gegner, sondern dort, wo er mit der Waffe droht, wo er Kapitalinteressen materiell durchsetzt, der Film hat es gezeigt - dort muß er zum Gegner werden. Und da steht der Karsten Voigt dann auf und sagt: "Ich bin gegen die Übergriffe von oben, ich bin gegen die Übergriffe von unten." Das ist der Jargon von Machthabern. Nach links verteilt, nach rechts verteilt!

Nur vor einem, Genosse Voigt, kannst du die Augen nicht verschließen, und das hat sich auch am Beispiel Chile gezeigt: Chile wurde uns jahrelang als Musterbeispiel einer Demokratie in einem Entwicklungsland dargestellt. Als das Volk sich mehr und mehr organisierte, als die Unidad Popular an die Macht kam, war es für alle reformistischen Bewegungen hier ein exemplarisches Beispiel für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus. Und dieser friedliche Übergang zum Sozialismus, er hat in Tausenden, in Zehntausenden von Toten unter der Arbeiterklasse geendet. Warum? Die Frage, die sich da gezeigt hat, ist, daß das Kapital zwar bereit ist, auf politischer Ebene zu reformieren, Mitbestimmung, Partizipation im Parlament, und was es da alles noch gibt, daß es aber nicht bereit ist, dort, wo das Eigentum selber angegriffen wird, das Privateigentum, das Kapital, wo versucht wird,

von Arbeitern, von Angestellten, von Studenten, die Organisation der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen, wie es in Chile in den cordones der Fall war, da wird das Kapital unmittelbar gewalttätig.

Und da stellt sich ja hier für uns die Frage, wenn wir sagen, die reaktionäre Gewalt, wir provozieren sie. Es ist die Frage; provozieren wir sie sinnlos, gibt es keine Perspektive oder was ruft dieses reaktionäre Gewalt hervor. Diese reaktionäre Gewalt, die hier in Frankfurt aufgetreten ist, diese reaktionäre Gewalt, wurde hervorgerufen durch Widerstand. Durch Widerstand, den die Jusos, den die Sozialdemokratie nicht verhindern konnte durch ihre Politik, sondern, die sie gerade provoziert haben durch ihre Politik und das ist doch die Logik dieser Geschichte, die sich gegen sie wendet. Entschuldige, eine reaktionäre Politik, die mit Selmi paktiert. Wer Absprachen macht, wer Wohnraum zerstört und sich an diese Absprachen gebunden fühlt, und zweieinhalb Millionen würde es kosten, da rauszukommen und gleichzeitig in der Koalition in Wiesbaden und Bonn 7 1/2 Millionen bar zum Ausbau der Polizei auf den Tisch blättert

Genossen, was im Häuserkampf so wichtig war, das ist der eine Punkt, daß das der Ausdruck eines Massenbedürfnisses war, das von der Sozialbürokratie, was vom Spätkapitalismus hier in Frankfurt produziert worden war. Wir hatten organisatorische Schwächen, wir hatten politische Schwächen; die Ansätze, uns mit anderen Klassen zu verbinden, waren nur sehr sporadisch, sind zum großen Teil gescheitert an Bedingungen, die wir offen diskutieren und diskutiert haben und die wir verändern müssen. Da würde ich dem Genossen Brandt voll zustimmen. Die Frage aber, wo wir uns nicht drumrumdrücken können, ist, was dieser Häuserkampf gezeigt hat: es gibt an dem praktischen Punkt der Konfrontation nur zwei Alternativen, nämlich: nimm ich es ernst mit dem Kampf gegen den Spätkapitalismus, gegen die Baulöwen, gegen einen Selmi, der hier die Bodenspekulation und gleichzeitig diesen Schah repräsentiert, den man nicht mal mehr einen Mörder nennen darf hier in der Bundesrepublik; ich meine, da stellt sich doch die Frage der Alternative, geh ich auf die Seite des Kapitals, der Banken, in deren Aufsichtsräte Sozialdemokraten sitzen und Kredite vergeben oder geh ich auf die Seite derer, die unter diesen Umständen leiden, die da ausgebeutet werden durch Wuchermieten, die da zusammengeschlagen werden von faschistischen Schlägertrupps und ähnliches mehr?

Diese praktische Frage wurde am Samstag gestellt. Heute zu diskutieren, ob am Samstag angegriffen wurde oder nicht: da ist ganz einfach zu sagen: am Samstag wurde deswegen angegriffen, weil es die Genossen nicht verwunden haben, hinzunehmen, daß hier ein Haus zusammengeschlagen wurde, daß der Müller wirklich mit einem obszönen Grinsen im Gesicht Terrormethoden, die gestapoartig waren,

noch als die große Taktik ausgegeben hat, daß demonstriert werden sollte, daß ein Widerstand von unten unmöglich ist. Deswegen sind Steine geflogen gegen jene, die dieses System dort an dem Haus re-präsentiert haben.

Und auf dieser Seite, Genossen, steht die ganz klare Alternative - und deswegen ist wichtig, daß der Karsten Voigt sich hier auch artikuliert - es ist die Alternative zwischen einem Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt - in Frankfurt haben wirs konkret erlebt - oder dem, was als Politrockler diffamiert wird, was in Wirklichkeit heißt: Massenwiderstand gegen die reaktionäre Gewalt zu organisieren.

Daniel Cohn-Bendit.

Die Schwierigkeiten der Diskussion ist, und ich glaube, deswegen sollte man darauf eingehen, daß der Karsten Voigt nicht nur die Sprache der Machthaber gesprochen hat, sondern wir müssen uns damit auseinandersetzen, - da hat der Heinz Brandt völlig recht, - daß Karsten Voigt eine reelle Massenbewegung in der BRD repräsentiert. Wir sind keine Sozialromantiker, obwohl man uns das immer unterschieben will. Sozialromantik ist es nicht, wenn Genossen hier sagen; "Jawohl, wir stehen zu dem, was am Samstag geschehen ist", das ist keine Sozialromantik, sondern das ist gefährlich, dafür kann man in den Knast kommen. Und ich glaube, daß wir uns unsere Gedanken dazu gemacht haben, wenn wir sagen: "Ob wir es gemacht haben oder nicht, ob wir es im Einzelnen waren oder nicht, wir sind solidarisch, unterstützen und wir finden richtig, was am Samstag geschehen ist." Dann müssen wir uns aber die Frage stellen, warum der Karsten Voigt diese Massenbewegung innerhalb der Arbeiterklasse, innerhalb der Massen noch repräsentiert. Es wäre einfach Augenwischerei, zu leugnen, daß die SPD noch das reformistische Bewußtsein, das herrschende Bewußtsein bei den Massen ist, ob wohl es bei uns es nicht mehr ist.

Die kommunistischen Sekten - und sie sind Sekten, weil sie inhaltlich nichts repräsentieren - sind hier in Frankfurt als erstes aufgetreten und sagen: Wir sind gegen Spekulation, aber wir haben mit diesen Anarchisten nichts zu tun. Sie hatten eine Spaltung in unserer Bewegung bewirkt. Der erste Schritt in der Woche danach: Wir haben diese Spaltung wieder aufgehoben, wie haben die Spaltung so aufgehoben, daß die Masse derjenigen, die auf der Straße waren, auch dahinter stehen, was am Samstag geschehen ist. Die zweite Frage ist natürlich wichtig, daß wir nicht sagen können, daß die Massen hinter uns stehen. Aber es gibt Anzeichen: es ist interessant, wie verschämt die FAZ eine Befragung aus der letzten Zeit in Frankfurt zitierte, wo gesagt wird, was die

Frankfurter am meisten ärgert. Da hätte jeder geglaubt, nach dem, was geschehen ist, die Linksradikele ärgern die Frankfurter am meisten, nachdem die Presse so getobt hat, nachdem alle so getobt haben. Nein, was ärgert die Frankfurter am Meisten? Ärgern tut sie Mietwucher, ärgern tut sie Bodenspekulation. Die Frage, die uns trennt, Karsten Voigt, ist diejenige: Im Moment sind wir eine Minderheit, das waren revolutionäre Bewegungen immer. Das Problem ist nur an einem Punkt: die leidvolle Geschichte der linken Sozialdemokratie zu überprüfen an ihrem Verhältnis zur Gewalt, an ihrem Verhältnis zur Bewegung, die zur wirklichen Emanzipation der Menschheit stand. Da möchte ich ein paar internationale Beispiele geben, weil wir nicht glauben, daß wir Sozialromantiker sind.

Wer hat im Algerienkrieg, der von seiten der Algerier ein legitimes Recht, nämlich sich vom Kolonialismus zu befreien, darstellt, wer hat in diesem Kreis die französische Armee nach Algerien geschickt? Die Gaullisten, die Rechten? Nein, Gy Mollet, ein linker Sozialdemokrat hat dies gemacht, im Dienste des Kapitals. Karsten Voigt wird sagen, "wir sind nicht diejenigen". Aber noch weiter: Du sagst, das sind Übergriffe von der Polizei, du sagst, was hier in Frankfurt geschehen ist, könnte man politisch beeinflussen. Das ist eine klare Lüge. Ich gebe ein paar Beispiele, wo es nicht ging. Die Schwarzen, die in Amerika von der Polizei ermordet wurden, Jackson und andere, wurden nicht ermordet, weil es die Übergriffe der amerikanischen Polizei gab, sondern weil sie eine Bewegung repräsentierten. Und deswegen mußte sie das Kapital ermorden. Sagen wir anders: Nicht nur Chile (na ja, das sind Südländer, na ja, das ist weit, das sind ja noch unterentwickelte Länder), nehmen wir Italien: wir sprechen von Polizeiübergriffen? Nein, was in Frankfurt passiert ist, der nächste Schritt kann sein, daß, wie der Genosse Pinelli, einer von uns aus dem Fenster fliegt, und das sind nicht südamerikanische Zustände, das ist Europa, Genosse Karsten Voigt.

Und das ist eine Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten in Italien, so eine Koalition seid ihr auch eingegangen. Ich war zufällig vorne, und da hat die Genossin Dorothee Vorbeck gesagt: "Wie's der Joschka (vom Häuserrat) gemacht hat, das bringt's nicht, der macht's sich zu einfach. Hier im Saal hat er die Mehrheit." Ja, das ist richtig, ja das ist einfach, hier im Saal auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite haben wir - und das kommt daher, daß wir die Gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden haben - keine Wahl. Wir haben leider keine Wahl, denn die Alternative, und das zeigt die Geschichte der Sozialdemokratie, ist nicht zwischen Reform und Nichts, sondern die Alternative ist zwischen Barbarei und revolutionärer Veränderung dieser Gesellschaft, dazwischen gibt es nichts. Ja, du sagst hier doch, daß es einen Weg gibt,

und da meine ich einfach, daß es einem weh tut, daß ihr noch daran glaubt. Denn wenn es in diesem Saal Sozialromantiker gibt, dann seid ihr es. Jede revolutionäre Bewegung hat mit Blut, Knast, mit Terror bezahlen müssen. Aber eines ist sicher, daß man dem Genossen Arndt endlich sagen muß: Es ist traurig, es ist furchtbar, daß sein Vater von der SA und SS ermordet worden ist. Wir sind mit seinem Vater solidarisch. Aber die meisten Toten haben die revolutionären Bewegungen gehabt und nicht die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus. Die Nester des Widerstandes gegen den Faschismus kamen aus dieser Ecke, und ein für alle mal muß der Rudi Arndt entscheiden: Entweder ist er real empört über den Faschismus, dann muß er gesehen haben, daß das Gesicht des Knut Müller in der ZDF-Sendung das Gesicht von Machthabern war, die uns verprügelt haben und nicht umgekehrt. Und deswegen muß ich zu dem Schluß kommen: Es ist ein Trick, es ist ein billiger politischer Trick von Arndt, den er immer anwendet, wenn er sagt, seine Eltern sind vom Faschismus getötet worden. Es stellt sich als Frage, Genosse Karsten Voigt, nicht nur heute abend, sondern im politischen Kampf um die Interessen der Bewegung. Drei Beispiele: Es wurde gesagt, es gab Polizeieinsätze gegen Arbeiter. Das ist nicht das, was mich interessiert: Die Jungsozialisten und die linke SPD in Frankfurt haben Erklärungen gemacht, die protestieren gegen die Zerschlagung eines Streikes. Diese Erklärungen nützen aber nichts, ihr Sozialromantiker!

Sondern man muß mit den Streikenden auf der Straße sein gegen die Polizei, dann wird man etwas erreichen. Und wenn ihr das machen würdet, wenn du das machen würdest, Karsten Voigt, während der Weyer direkt Kontakt zum Willy Brandt zur Repression des Ford-Streiks hat, wenn du mit den türkischen Kollegen auf deren Seite bei Ford gestanden hättest, weißt du, wo du dann heute wärst? Auf alle Fälle nicht mehr in der SPD.

Deswegen ist es wichtig, daß der Karsten Voigt gesprochen hat und deswegen ist es wichtig, daß wir in Zukunft mit den Jungsozialisten sprechen müssen, denn ich glaube, daß die Jungsozialisten potentiell in sozialrevolutionäre Bewegungen umschlagen können. Daß dieser ideologische Kampf von uns mit allen Mitteln geführt werden muß, in der Weise, daß wir auf der Straße, angeleitet durch die Inhalte unserer Bewegung, keine Kompromisse schließen. Daß wir in den Saaldiskussionen mit allen diskutieren, weil wir da Schritt für Schritt zu dem kommen werden ... Karsten Voigt und Dorothee Vorbeck und all die anderen, ihr seid in Komitees gegen die Folter, irgendwann müßt ihr euch entscheiden. Entweder seid ihr auf der Seite derer, die foltern, oder auf der Seite derer, die gefoltert werden. Irigendwann wird dich die geschichtliche Entscheidung für euch stellen.

A black and white photograph showing riot police in a line. They are wearing helmets and holding large, dark shields. The scene is dimly lit, with some light reflecting off the shields and helmets. The overall mood is serious and confrontational.

**ZUM VERHÄLTNIS VON
BÜRGERLICHEM STAAT,
STAATLICHER GEWALT
UND FASCHISMUS.**

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die Tatsache, daß die Grundlage des bürgerlichen Staates Gewalt ist. Damit ist zunächst gemeint die Gewalt des Besitzes von Produktionsmitteln, über die Verkäufe von Arbeitskraft, die unmittelbare und unmittelbar erfahrbare Gewalt am Arbeitsplatz.

Diese unmittelbare Gewalt hat ein doppeltes Gesicht: sie tritt reformistisch und philanthropisch maskiert auf, zugleich aber als offener Fabrik- oder Büroterror, der nach wie vor seinen Ausdruck und seine Symptome findet in steigenden Arbeitsunfällen, Frühinvalidität, funktionellen Erkrankungen, psychischer und physischer Zerrüttung.

Absesichert und verteidigt wird die unmittelbare Gewalt am Arbeitsplatz durch die Institutionen der staatlichen Gewalt, durch Justiz, Polizei, Gefängnisse und Militär. Wird das ökonomische Gewaltmonopol der Produktionsmittelbesitzer durch diejenigen, die ihm ausgeliefert sind, infrage gestellt, tritt das staatliche Gewaltmonopol "friedentiftend" mit Polizei oder Militär auf den Plan. Dieser Zusammenhang, das Bündnis zwischen staatlichen und ökonomischem Gewaltmonopol, ist zwangsläufig und notwendig. Ohne ihn würde der bürgerliche Staat sich selbst und damit die kapitalistische Produktionsverhältnisse preisgeben.

Staatliche Gewalt tritt als offene repressive Gewalt und gleichzeitig als strukturelle Gewalt, als alltäglicher Terror im geregelten Funktionieren der Institutionen auf. Offene und strukturelle Gewalt sind keine Randerscheinungen oder Betriebsunfälle der bürgerlichen Gesellschaft, sie sind ihre Lebensbedingungen und alltägliche Praxis. Man hat so viel Barbarei als zur Aufrechterhaltung barbarischer Zustände erforderlich ist. (Brecht)

Der dialektische Zusammenhang zwischen ökonomischer und staatlicher Gewalt ist der Schlüssel für die politische Analyse jeder revolutionären oder reaktionären Tendenz innerhalb des kapitalistischen Systems. Faschismus kann so gesehen werden als der umfassendste und brutalste Versuch, die bürgerlichen Produktions- und Gewaltverhältnisse angesichts der Bedrohung durch potentiell revolutionäre Massen zu retten. Mit offener Gewalt durch Polizei, Militär und Konzentrationslager, mit der subtileren Gewalt durch propagandistische und organisatorische Korruption und Atomisierung der Massen. Faschismus kann nicht ausschließlich von seiner Funktion her definiert werden. Auch die parlamentarische Form bürgerlicher Herrschaft hat ihr Ziel in der Aufrechterhaltung der bestehenden Produktions- und Gewaltverhältnisse. Entscheidendes Merkmal der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft sind vielmehr seine spezifischen Herrschaftsinstrumente oder vielmehr *ein* spezifisches Herrschaftsinstrument. Offene staatliche Gewalt wird zum primären Mittel der Regelung aller gesellschaftlichen Beziehungen. Faschismus heißt permanente präventive Konterrevolu-

tion. Im faschistischen Terror ist die bürgerliche Gesellschaft auf ihren Begriff gebracht. Gegen den Faschismus auf den Liberalismus sich zu berufen, heißt deshalb, wie Horkheimer richtig gesehen hat, an die Instanz zu appellieren, durch die er gesiegt hat.

Was bedeuten diese Überlegungen für die Analyse des Verhältnisses von bürgerlichem Staat und staatlicher Gewalt in der BRD. Anders als etwa in Italien oder Frankreich gelang der BRD bis Mitte der sechziger Jahre eine nahezu bruchlose Rekonstruktion des Kapitalismus einschließlich der Anpassung des politischen Systems an die sich verändernden Produktivkräfte. Gleichzeitig erreichte das System durch die Ausschaltung der kommunistischen Opposition, die Disziplinierung der lohnabhängigen Massen durch die Gewerkschaften und das Einschwenken der Sozialdemokratie auf eine reaktionäre Politik, eine politisch ideologische Stabilisierung, die als Festlegung der Massenloyalität auf reine Verteilungspolitik und auf ausschließlich parlamentarische Formen der politischen Auseinandersetzung beschrieben werden kann. Damit war – auf der Basis fortdauernder Widersprüche des Systems – eine politische Integration der Massen gelungen, die in ihrer Wirkung der offenen terroristischen Integration im Faschismus durchaus vergleichbar war.

Daß das kapitalistische System zwangsläufig seine eigenen Krisen produziert, Krisen, die schließlich zu seiner Beseitigung führen müssen, wurde seit der Rezession von 1966/67 in der BRD wieder sichtbar. Restauration und Stabilisierung des Kapitalismus erwiesen sich als brüchig. Mit der ersten ernsthafteren ökonomischen Krise, mit dem Auftritt militanter Systemopposition von der Studentenbewegung bis zur Roten Armee-Fraktion, die den antiimperialistischen Kampf in die Metropolen trug, mit dem Anwachsen wilder Streiks seit September 1969, wurden sowohl die ökonomische Systemstabilisierung als auch die Massenloyalität gefährdet. Bei realistischer Betrachtung der neuen Situation zeigte sich, daß es sich noch nicht um eine umfassende Loyalitätskrise handelte, wohl aber darum, daß *erstens* lokale Konfliktherde – auch innerhalb der Betriebe – aufbrachen, in denen nicht mehr systemkonforme Bedürfnisse artikuliert wurden, z.B. Forderungen der Arbeiter, die ohne die Gewerkschaften aufgestellt wurden und sich somit gegen die systemstabilisierende Funktion und Politik der Gewerkschaften richteten, *zweitens* bestimmte Formen militanter Gegengewalt als Mittel politischer Kämpfe praktiziert wurden. Beide Symptome sind die Keime zukünftiger politischer Krisen des kapitalistischen Systems in der BRD.

Der bürgerliche Staat reagierte mit ökonomischen und politischen Maßnahmen auf die neue Situation. Ökonomisch vollzog er mit einer Reihe neuer Instrumente des Krisenmanagements (Stabilitätsgesetze, mittelfristige Finanzplanung, konzertierte

Aktion etc.) den Übergang von der antizyklischen Konjunkturpolitik alten Stils zur ökonomischen Globalsteuerung. Politisch standen vor allem drei Reaktionen im Vordergrund.

1. Da die Träger der neuen außerparlamentarischen Opposition zunächst Studenten und Intellektuelle waren, wurden anfänglich umfassende Reformen des Bildungssektors versprochen. Das Schicksal dieser Reformen spricht für sich. Die Versuche einer Liberalisierung des Hochschulsektors werden mittlerweile allenthalben einer restaurativen Revision unterzogen. Von den vorgesehenen infrastrukturellen Investitionen ist kaum etwas übriggeblieben (wie etwa die Geschichte der Entwürfe der Bund-Länder-Kommission zeigt). Übriggeblieben ist jedoch, was den kapitalistischen Verwertungsbedürfnissen entspricht: Reglementierung, Disziplinierung, Straffung des Studiums. Auch andere Reformprojekte, etwa die geplante Reform des Bodenrechts, sind im Sumpf konservativer Interessen steckengeblieben. Diese erste Reaktion wäre mit Reformrhetorik zu charakterisieren.

2. Die Antizipation der politischen Krise führte zur Schaffung einer politischen Krisenreserve, eines Instrumentariums zur politischen Krisenbekämpfung. Mit neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen, Erlassen und Vereinbarungen einschließlich der entsprechenden realen Vorkehrungen wurde Vorsorge für den Fall getroffen, daß der "soziale Friede" von den lohnabhängigen Massen gestört wird (z.B. Notstands- und Sicherheitsgesetze). Gleichzeitig soll die linke Opposition bereits im Vorfeld sozialer Wirksamkeit ausgeschaltet werden (z. B. Beschlüsse gegen sogenannte Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst). Gegen wen Notstands- und Sicherheitsgesetze gerichtet sind, zeigen die zahlreichen Übungen von Bereitschaftspolizei und Grenzschutz gegen sogenannte subversive, streikende Elemente mit eindringlicher Klarheit. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Polizei auf paramilitärische Einsätze gedrillt wird – auf undifferenzierte Gewaltmaßnahmen, wie es selbst der GdP-Vorsitzende Kuhlmann formuliert. Die neueste Entwicklung auf diesem Gebiet stellen die sogenannten Anti-Terrorkommandos der Polizei dar, wobei unter Terror selbstverständlich all das verstanden wird, was sich gegen das bestehende kapitalistische System richtet. Zur großen Premierschau des nordrhein-westfälischen Terrorkommandos am 15.11.73, dessen innenpolitisch präventiver Zweck von den Verantwortlichen offen formuliert wird, schreibt die FAZ unter dem Titel "Mit Karate und Panzerwagen gegen Terroristen": "Sie können im gepanzerten Schützenwagen mit großen Baggerschaufeln Barrikaden wie Streichhölzer abräumen und in ihrer martialisch wirkenden Uniformierung mit Schutzschilden, Stahlhelmen, kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen selbst den gewalttätigsten Demonstern noch Lebensangst einjagen." (FAZ 15.11.73)

pupille

Mai

- Do 2 Fellini: Julia und die 8 Geister (Film Allianz)
Di 7 Skolimowski: Herzbube (Constantin) **Erstaufführung!**
Mi 8 Sarafian: Fluchtpunkt San Francisco (Fox-MGM)
Do 9 Visconti: Ludwig II (Gloria)
Di 14 Noelte: Das Schloß (Cinema Service) **Erstaufführung!**
Mi 15 Newman: Sie möchten Giganten sein (CIC)
Do 16 Miller: Die Legende vom Killer Tom (Fox-MGM) **Erstaufführung!**
Di 21 Morrissey: Andy Warhols Frankenstein (Cinerama)
Mi 22 Sidney: Die drei Musketiere (MGM 16 mm)
Do 23 Hiller: Love Story (CIC)
Di 28 Fleischer: Che! (Fox-MGM)
Mi 29 Visconti: Die Verdammten (Warner)
Do 30 Pontecorvo: Schlacht um Algier (CIC)

Juni

- Mi 5 Potter: Hellzapoppin (CIC 16 mm)
Do 6 Parks: Shaft (Fox-MGM) - Auflage ohne Reklame
Di 11 Yanne: Die große Masche (Gloria) **Erstaufführung!**
Mi 12 Roeg: Performance (Warner)
Di 18 Lester: Drei Musketiere (Cinerama)
Mi 19 Yates: Vier schräge Vögel (Fox-MGM) **Erstaufführung!**
Do 20 Eastwood: Ein Fremder ohne Namen (CIC)
Di 25 Kazan: Das Arrangement (Warner)
Mi 26 Russel: Das Milliarden Dollar Gehirn (UA)
Do 27 Eastwood: Sadistico-Wunschkonzert für einen Toten (CIC)

„pupille“ ist eine Einrichtung der Frankfurter Studentenschaft

6 Frankfurt am Main
Jügelstraße 1, Studentenhaus
Festsaal im ersten Stock
Beginn: 13.45 Uhr, 16.15 Uhr, 20.15 Uhr
Studenten, Schüler, Lehrlinge 2,50 DM
andere Gäste 3,00 DM
Straßenbahnlinien 8, 19, 23, 24
Haltestelle Bockenheimer Warte

3. An der Peripherie der in ihrer Mehrheit sich noch immer diszipliniert verhaltenden Massen übt der Staat den Terror ein. Juristisch drückt er sich in der allmählichen Aufweichung bzw. Liquidierung bestehender Rechtsnormen aus. Konkret tritt er in Erscheinung in brutalen Prügelorgien der Polizei bei Demonstrationen, Hausbesetzungen, Go-ins etc., in menschenunwürdigen Haftbedingungen für politische Gefangene (insbesondere in einer wissenschaftlich perfektionierten Isolationsfolter), in der physischen Liquidierung wirklicher oder vermeintlicher Systemgegner (Petra Schelm, Thomas Weißbecker, Georg von Rauch u.a.). Eine besondere Dimension politischen Terrors drückt sich in der Abwicklung der derzeitigen politischen Prozesse aus, in der mit Beweisvereinfachung, der Verwendung fiktiver Beweismittel, der Unterbindung freier Kommunikation zwischen Verteidigern und Angeklagten bis hin zur vollständigen Ausscheidung politisch engagierter Verteidiger gearbeitet wird. Die bürgerliche Presse, die nicht so naiv ist, wie naive Linke oder Liberale glauben mögen, hat diese Sachverhalte sehr genau beobachtet. Nach kurzem Zurückschrecken hat sie sich darin geübt, wofür sie bezahlt wird und was auch ihre Funktion ist: nichts hören, nichts sehen, totstellen.

Die gängigen Überlegungen, ob die BRD ein Polizeistaat ist oder wird, ob Tendenzen in Richtung dieser oder jener Spielart des traditionellen Faschismus konstatierbar sind oder nicht, gehen meines Erachtens deshalb an der zentralen Frage vorbei, weil die konkrete politisch-ökonomische Situation in der BRD unzureichend berücksichtigt wird. Das entscheidende Problem ist, daß auf Grund der immer tiefer werdenden Risse im politisch-ökonomischen System der BRD an der Peripherie des Systems Tendenzen staatlicher Gewaltanwendung sich abzeichnen, die in einer Weise sich akkumulieren können, daß sie zu einem dem faschistischen Terror vergleichbaren Phänomen werden. Das faschistische Potential tobt sich derzeit noch an der Peripherie gegen relativ vereinzelte revolutionäre und radikale Demokraten aus, weil es im Zentrum der Gesellschaft zur Zeit noch nicht benötigt wird, weil die Lohnabhängigen in ihrer Masse noch immer diszipliniert, die Klassegegensätze heute erst an einigen Stellen aufgebrochen sind.

Die Analyse dieser Tendenzen des politisch-ökonomischen Systems der BRD läßt folgende vorläufige Schlußfolgerung

zu: Obwohl die Masse der Bevölkerung ihren Protest gegen das kapitalistische System erst zu artikulieren beginnt, obwohl der Kapitalismus hierzulande noch immer so viel Profit abwirft, daß er sich soziale Konzessionen leisten kann, kam es zu Gefährdungen des sozialen Friedens, die in einzelnen Fällen von der Peripherie auf das Zentrum der Gesellschaft übergriffen, d.h. auf die Sphäre der Produktion und Realisierung des Mehrwerts. Der Staat reagierte prompt mit Reformrhetorik, mit der Vorbereitung des Klassenkampfes von oben, mit terroristischer Gewalt. Die Entwicklung zu einem neuen Faschismus wird sich deshalb nicht durch einen spektakulären qualitativen Bruch vollziehen sondern durch die Verschärfung und Akkumulation terroristischer Maßnahmen. Für die Kennzeichnung einer derartigen Entwicklung eignet sich der Begriff struktureller Staatsfaschismus, weil die faschistischen Tendenzen nicht aus einem Komplott zwischen Staat und faschistischer Organisation resultieren, sondern aus einer strukturellen vom Staat selbst vorangetriebenen Transformation des Systems. Struktureller Staatsfaschismus entsteht nicht als Reaktion auf eine manifeste politisch-ökonomische Krise wie der Faschismus alten Stils, sondern aus der *Antizipation* der Krise und der Entwicklung kombinierter „friedlicher“ und terroristischer Techniken der Kriegsbewältigung. Struktureller Staatsfaschismus ist ebenso wie der alte Faschismus permanente präventive Konterrevolution, aber im Rahmen der formell zunächst noch beibehaltenen parlamentarischen Herrschaftsform und der ihr entsprechenden Verfassungs- u. Rechtsnormen. Struktureller Staatsfaschismus wäre somit eine kapitalistische Herrschaftsform zur Umgehung des risikobeladenen offenen Faschismus; er wäre jedoch eine Herrschaftsform, die beim Scheitern in ihrer zentralen Aufgabe dem antizipativen Krisenmanagement jederzeit die Möglichkeit des Umschlags in Faschismus bereithält. Die bestehenden Tendenzen einer staatsfaschistischen Transformation des Systems gilt es zu erkennen und zu bekämpfen, ein Ziel, für das eine Einigung zwischen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten erreicht werden muß. Das Anwachsen der Barbarei verhindern wir freilich nicht durch neue Faschismusinterpretationen, durch Resolutionen oder Parteiprogramme, sondern nur durch kollektiven solidarischen Kampf für die objektiven Interessen der Massen hier und heute.

Manfred Clemens



GL 405

Wer auch ohne Auto mobil bleibt. Wer sich durch
eigenen Antrieb Auftrieb verschafft.

Wem Tempo 6 zum Erlebnis wird.

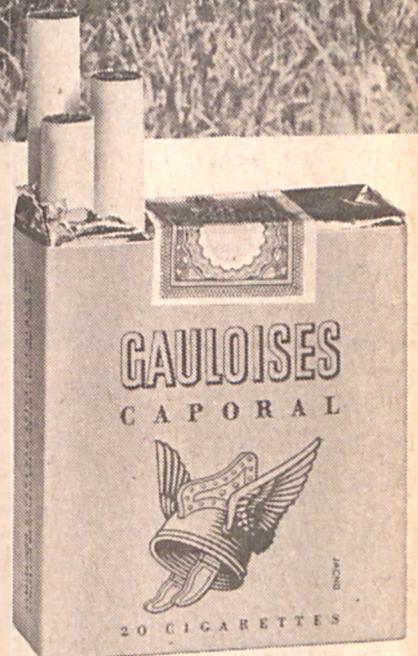
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.

Die Echten aus Frankreich. Würzig und rein im Tabak. Unverwechselbar.

20 Stück DM 2,10. Im Automaten 19 Stück DM 2,-.

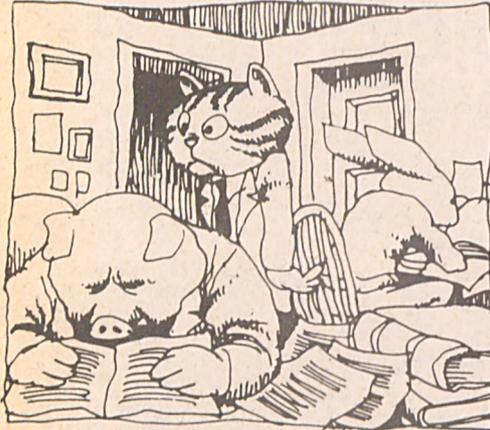
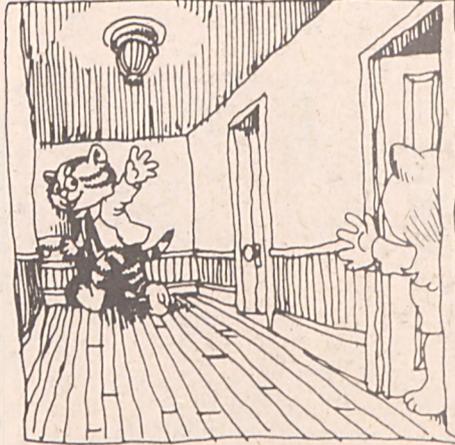
Gauloises mit Filter in der weiß-blauen Packung 20 Stück DM 2,20.

GAULOISES



Organisation und Emanzipation.

Organisation heißt die Kontinuität der Erfahrungen der Kämpfe zu erhalten, zu verarbeiten und in die neuerlich sich entfaltenden Kämpfe einzubringen.



Die Zahl derer, die aus der politischen Arbeit ausflippen, stellt eine gewaltige Herausforderung für alle sozialistischen Gruppen und Organisationsansätze dar. Aus verschiedenen Gründen wird das Problem der Arbeitsschwierigkeit sozialistischer Intellektueller jedoch nicht als eine solche Herausforderung zu kritischer und selbstkritischer Reflexion verstanden, sondern entweder als billiges Schießpulver für spontiistischen und zentristischen Anti-Leninismus oder als zu heisses Eisen, weil "die intensive Be-

schäftigung mit ihren eigenen psychischen Konflikten" vor allem studentische Gruppen" nicht aus der Depression hinaus, sondern tiefer hineinführt" ¹⁾.

Zugegebenerweise dürfte die Zahl der Ausgeflippten aus rigiden ML-Gruppen offensichtlicher sein, weil sich die Mitglieder dieser Gruppen nicht nur im Widerspruch zwischen bürgerlicher Psychostruktur und politischen Anforderungen befinden, sondern die politischen Anforderungen durch realitätsfernen politischen Anspruch noch höher werden und den

Widerspruch verschärfen. Weiter dürften gerade Mitglieder der ML-Tendenz dadurch in besonderer Weise bedroht sein, weil diese Organisationsansätze – selber aus der Intellektuellenbewegung kommend und immer noch ein Teil von ihr – ihre gesamte Politik gegenüber ihrer eigenen sozialen Basis – und somit gegenüber ihren eigenen Mitgliedern – auf einer Theorie des "Klassenverrats" oder besser der "Verdrängung" der eigenen Emanzipationsbedürfnisse und -interessen aufbauen ²⁾.

Aber an dem entscheidenden Kriterium der Intensität und Effektivität revolutionärer politischer Arbeit gemessen, wird deutlich, daß das Problem der psychischen Konflikte als Hemmnis für politische Arbeit nicht nur ein Problem der ML-er ist. Ob eine Gruppe am Widerspruch zwischen der bürgerlichen Psyche ihrer Mitglieder und den politischen Anforderungen zerbricht oder mit ihm lebt, ohne diesen Widerspruch in Richtung der Intensivierung politischer Arbeit behandeln zu können (Konfliktverarbeitung), sondern sich tiefer darin verstrickt, ändert nichts gemeinsamen Problem.

Obwohl D. Duhm den entscheidenden Anstoß, seine "Angst im Kapitalismus" zu schreiben, in der oben zitierten Tatsache sah, "daß immer mehr Genossen aus der politischen Arbeit ausfielen, weil sie mit ihren psychischen Konflikten nicht fertig werden konnten"³⁾, hat er doch nicht versucht, eine "Psychopathologie der politischen Arbeit" zu schreiben. Nur allzu oft bleibt er dabei stehen, er passiert darauf hinzuweisen, daß auch unter den Linken "der ganze bürgerliche Psycho-dreck mit seinen zwanghaften Verstrickungen und Wechselwirkungen von irrationaler Autorität und infantiler Angst" virulent ist⁴⁾, daß der Zusammenhang zwischen individueller Angst, kollektiver Grausamkeit und gegenseitiger Identifizierung" im Sektenhickhack der Linken seine Wirkung hat⁵⁾. . .

Für den Konflikt in revolutionären Gruppen politisch arbeitender Intellektueller zwischen bürgerlicher Psychostruktur und politischen Anforderungen, den D.D. erst auf der letzten (!) Seite seiner Arbeit erwähnt, bietet er eine begriffliche, d.h. theoretische Lösung, die über die berühmte 3.These von Marx über Feuerbach⁶⁾ nicht hinausgeht – und jedem halbwegs gebildeten Marxisten bekannt sein dürfte.⁷⁾

Anhand des Entfremdungsbegriffs von Marx, der "sowohl objektives gesellschaftliches Sein als auch dessen subjektive Reflexe in sich vereint"⁸⁾, entwickelt D.D. einen entsprechenden Emanzipationsbegriff, der in sich "die sich an objektiven Maßstäben messende politische Tätigkeit mit den subjektiven Kategorien der Befreiung aus dem individuellen Leiden" vereint⁹⁾. "Die Trennung in persönliche und politische Emanzipation ist entdültigt aufgehoben."¹⁰⁾ D.D. vergißt dabei deutlich herauszuarbeiten: "aufgehoben" im Begriff aktiv zu nutzender historischer Möglichkeiten. Aber ebensowenig wie die

Mehrwerttheorie die kapitalistische Ausbeutung "aufhebt", so der Duhmsche Emanzipationsbegriff die Arbeitsschwierigkeiten sozialistischer Intellektueller. Nach D.D. ist die "Emanzipation(. . .) nicht so sehr ein Zustand und ein Ziel, sondern vielmehr eine Tätigkeit, ein aktiver Prozeß", in dem der sich emanzipierende Mensch die Gesellschaft, sein verlorenes Subjektsein, durch bewußt gesellschaftliche Praxis aneignet, mit der er verändernd in die Gesellschaft eingreift¹¹⁾.

Gerade an dieser Stelle ist das Problem der Arbeitsschwierigkeiten sozialistischer Intellektueller einzuordnen. Gerade ein Begriff der Emanzipation als Prozeß impliziert das Problem des Auf und Ab, Hoch und Tief, kleiner Erfolge und "niederschmetternder" Niederlagen und Stagnation in der politischen Arbeit. Hätte sich D.D. eingehender mit der "Psychopathologie" der politischen Arbeit beschäftigt, wäre er darauf gekommen, daß psychische Konflikte weniger stark sind oder zumindest nicht als Arbeitsschwierigkeiten erscheinen in Phasen des Aufschwungs der politischen Arbeit, der gesellschaftlichen Kämpfe, der Identität von subjektiver Radikalität und "Radikalität" der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Identität von Aktion und Organisation, als in Phasen der Reaktion, Stagnation der gesellschaftlichen Kämpfe, in denen gerade die Notwendigkeit der Organisation und Kontinuität der Erfahrungen zentral wird¹²⁾.

Daß D.D. selbst seinen Emanzipationsbegriff nicht als eine Lösung der hier diskutierten Problematik auffaßt, bezeugen seine Hinweise auf die Notwendigkeit der Ich-Stärkung als Voraussetzung und Bedingung emanzipatorischer Praxis. Wenn er auch Ich-Stärke und Emanzipation (=gesellschaftliche Subjektwerdung) als gemeinsamen Prozeß vorschlägt (a la "Aus der Krankheit eine Waffe machen"), kann er nicht umhin einräumen, das Subjektwerdung nur via politische Praxis möglich ist und politische Praxis ein Mindestmaß an Ich-Stärke voraussetzt und bedingt¹³⁾.

D.D. begeht den Fehler, der "Außenstruktur" des Menschen (nach D.D. das Feld des "theoretischen Marxismus") mechanisch die Binnenstruktur" des Menschen (nach D.D. das Feld der Psychoanalyse) gegenüberzustellen und letztere "als subjektiven Niederschlag der Außenstruktur" aufzufassen¹⁴⁾. Darin sieht D.D. den theoretischen Zusammenhang von Marxismus und Psychoanalyse, eine Sackgasse, die nie zu einer wirklichen marxistischen

Lösung dieser Problematik führt. Das, was D.D. "Aussenstruktur" nennt, ist das, was sie ist, nur zusammen mit der "Binnenstruktur", die deren materiellen Existenz entspricht¹⁵⁾.

Er faßt das Individuum daher als "der Mensch", also anthropologisch, im Sinne der Psychoanalyse, und nicht als "die Menschen", als "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse"¹⁶⁾.

Die wirkliche Basis in der politischen Arbeit sozialistischer Intellektueller auftretender Arbeitsschwierigkeiten scheint mir in der – für die bürgerliche Gesellschaft konstituiven – Doppelung von l'homme und citoyen zu bestehen, die in den meisten arbeitenden Gruppen reproduziert wird. Marx hat diese Doppelung bereits in den Frühschriften – z.B. in "Zur Judenfrage" – analysiert und konnte sie später nach Entfaltung der Warenanalyse aus der Doppelform der Ware (Gebrauchswert und Tauschwert) ableiten, in der als "allgemeinste und unentwickelteste Form der bürgerlichen Produktion" (Marx) "alle Widersprüche (resp. Keime aller Widersprüche) der modernen Gesellschaft" angelegt sind (Lenin)¹⁷⁾.

In der bürgerlichen Gesellschaft "führt der Mensch nicht nur im Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der Wirklichkeit, im Leben ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen, worin er als Gemeinwesen gilt, und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird."¹⁸⁾ Die Differenz zwischen l'homme und citoyen "ist die Differenz zwischen dem Kaufmann und dem Staatsbürger, zwischen dem Tagelöhner und dem Staatsbürger, zwischen dem lebendigen Individuum und dem Staatsbürger"¹⁹⁾. "Wer ist der vom citoyen unterschiedene homme? Niemand anders als das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft . . . d.h. des egoistischen Menschen, des vom Gemeinwesen getrennten Menschen"²⁰⁾. "Der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, der unpolitische Mensch, erscheint aber notwendig als der natürliche Mensch . . . Der egoistische Mensch ist das passive, nur vorgefundene Resultat der aufgelösten (=feudalen, O.S.) Gesellschaft . . . Die politische Revolution (=bürgerliche, O.S.) löst das bürgerliche Leben in seine Bestandteile auf, ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren und der Kritik zu unterwerfen"²¹⁾.

Internationale Marxistische Diskussion

Nicos Poulantzas

Zum marxistischen Klassenbegriff

DM 3,-

CGIL / CISL

Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945.

2 Bände

(Mit einem Nachwort des Redaktionskollektivs Gewerkschaften von "Probleme des Klassenkampfes")

je Band

DM 7,-

Marcel Liebmann/Rita di Leo

Zur Lenin-Diskussion

DM 3,-

Galvano della Volpe

Für eine materialistische Methodologie

Mit einer Einleitung von Nicola Merker

DM 8,-

Mostafa Vatankeh

Historischer Materialismus und Revolution in nichtindustrialisierten Ländern. Am Beispiel Rußlands und Chinas.

DM 16,-

Nicos Poulantzas

Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat

DM 3,-

A. Hegedüs / M. Markus u.a.

Die Neue Linke in Ungarn

DM 9,-

Arbeitervertreter in den Betriebsrat!

Dokumentation der Auseinandersetzung um eine außerordentliche Betriebsratwahl 1973 bei KRONE/Westberlin

DM 3,20

Marx' Lösung: "Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den *Menschen selbst*. Die politische Emanzipation (=bürgerliche Revolution, O.S.) ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das *egoistische unabhängige Individuum*, andererseits auf den *Staatsbürger*, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine 'force propre' (=eigene Kräfte) als *gesellschaftliche* erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht⁽²²⁾.

Wenn ich also behaupte, daß diese Doppelung in den meisten politisch tatsächlichen arbeitenden Gruppen und Organisationen reproduziert wird, so heißt das einerseits, daß diese Gruppen lediglich den *citoyen* organisieren, die Statuen beispielsweise oft nicht über die *droits du citoyen* der formalen Gleichheit, der formalen Diskussionsfreiheit hinausgehen, der *l'homme* nicht als wirkliche materielle Basis des notwendigen "langen Atems", der Transformation von spontaner Rebellion und existenzieller Radikalität in langfristige politische Arbeit oder : proletarische Radikalität⁽²³⁾ in diese Struktur einbezogen wird, obwohl er mehr oder minder total vom *citoyen* absorbiert wird, dies schließt aber andererseits andere Aspekte nicht aus, z.B. daß in den Gruppen die auf Isolation des Einzelnen beruhenden Verkehrsformen, Hierarchien und Ängste reproduziert werden. Es geht um die zentrale Kategorie, die *differencia specifica*, bei der Analyse auftretender Arbeitsschwierigkeiten. Und dabei ist herauszuarbeiten, daß auch beim besten "Emanzipationsbegriff" diese Arbeitsschwierigkeiten auftauchen, daß der *citoyen* nicht vom gegebenen *l'homme* der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur vom bereits veränderten Menschen zurückgeholt werden kann, daß der Zusammenhang von Emanzipation und politischer Arbeit nicht von jetzt auf nachher – auf Abruf – deutlich wird, sondern auch unter optimalen Bedingungen erst unter einem langfristigen historischen Gesichtspunkt. Die von Marx angegebene und bereits hier zitierte Lösung ist keine mechanische, von

einer Gruppe zu jeder Zeit willkürlich nachvollziehbaren Lösung: sie setzt gerade die Verschmelzung der bestehenden, vom realen gesellschaftlichen Prozeß noch weitgehend abgehobenen Gruppen und Organisationsansätze mit der einzig wirklichen gesamtgesellschaftlichen Kraft, nämlich mit der Arbeiterklasse, voraus. Auch wenn sich Marx in der zitierten Schrift noch in den philosophischen, durch den gefühlmäßigen, humanistischen, anthropologischen Materialismus eines Feuerbach definierten Grenzen bewegt, so ist er doch kein Kleinbürgerlicher Revolutionarist und erkennt bereits innerhalb der zitierten Grenzen: "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift... Wo ist also die *positive* Möglichkeit der deutschen Emanzipation? Antwort: In der Bildung einer Klasse mit *radikalen Ketten*, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist . . . Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das *Proletariat*."⁽²⁴⁾

Dies alles sei nicht gesagt, um die realen Gefahren, die in der, in den meisten Gruppen reproduzierten Doppelung von *l'homme* und *citoyen* keimen, vom Tisch zu wischen oder herunterzuspielen, sondern, um auf die Komplexität der Problematik aufmerksam zu machen. Diese Doppelung ist eine wesentliche Basis für die Herausbildung einer bürokratischen Charakterstruktur des politischen Funktionärs, der politische Arbeit und Organisation nicht mehr als Funktion des proletarischen Emanzipationskampfes, sondern als Selbstzweck begreift. Aber weniger das, die Herausbildung bürokratisch verknöchelter Apparate, die die Arbeiterklasse unter neuen Vorzeichen kontrollieren, ist im gegenwärtigen Zustand der jungen kommunistischen Bewegung aktuelle Gefahr, als die Unfähigkeit sich wirklich mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verschmelzen: nicht die bürokratische Partei, sondern die sterile Sekte ist die Hauptgefahr.

Die Behandlung des Widerspruchs zwischen bürgerlicher Psychostruktur ihrer Mitglieder und den politischen Anforderungen in den revolutionären Gruppen muß von zwei Grundvoraussetzungen ausgehen, wenn sie überhaupt Funktion im historischen Emanzipationsprozeß der Arbeiterklasse beansprucht:

Die auftretenden Widersprüche und

Merve Verlag
Berlin 15
Postfach 327

Konflikte können nicht einfach individuell oder willkürlich von einer Gruppe überwunden werden.²⁵⁾ Wahrnehmung emanzipatorischer Möglichkeiten hängt nicht von der eigenen Theorie, dem eigenen "Emanzipationsbegriff" ab, sondern vom Stand der gesellschaftlichen Kämpfe selber und dem Niveau der Verankerung der sozialistischen und kommunistischen Gruppen und Organisationsansätze in diesen Kämpfen.

Um diese Widersprüche und Konflikte überhaupt auch nur der historischen Möglichkeit nach lösen und überwinden zu können, bedarf es der Organisation und der Disziplin, der Intensivierung und Effektivierung der politischen Arbeit . . . Organisation heißt, die Kontinuität der Erfahrungen der Kämpfe zu erhalten, zu verarbeiten und in die neuerlich sich entfaltenden Kämpfe einzubringen. Organisation ist gerade in den Phasen von Bedeutung, in denen die Identität und Radikalität der Massenkämpfe in Nichtidentität übergeht oder mit anderen Worten: in Phasen, in denen der Widerspruch von bürgerlicher Psyche und politischer Notwendigkeit überhaupt zu Arbeits-schwierigkeiten und -hindernissen sich zuspitzt. Die Priorität der politischen Arbeit steht also bei allen Reflexionen und "Strategien" zur Konfliktverarbeitung. Das Leben innerhalb einer Gruppe ist der Arbeit nach außen, dem Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Kämpfen, aus dem eine politische Gruppe überhaupt ihre Legitimation bezieht, funktional untergeordnet. Dies haben weder die Gruppen begriffen, die die "Auseinandersetzung mit sich selbst, den eigenen Problemen ihrer Mitglieder zur Hauptaufgabe machen – und scheitern, weil aus den Gruppen selbst heraus eine Lösung nicht möglich ist, noch die Gruppen und Genossen, die zwar verbal an der Priorität der politischen Arbeit festhalten (z.B. der Heidelberg SHB/SF und auch D.D.), aber bereit sind, "retardierende Phasen" in Kauf zu nehmen²⁶⁾, ohne dies tatsächlich aus einer konsistenten Theorie der Konfliktverarbeitung ableiten bzw. einordnen zu können oder sich zu der These versteigen: "Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution" (so der sicherlich provokatorisch gemeinte Titel einer Broschüre von D.D.).

Wenn auch in der Marx'schen Theorie die Revolution immer als die Form der Emanzipation der Arbeiterklasse gefaßt wurde, so kann das doch im konkreten historischen Prozeß zu Ungleichzeitigkeit

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre Betriebswirtschaftslehre Rechtswissenschaft

ten kommen zwischen Revolution und Emanzipation, besonders in zurückgebliebenen Ländern, in denen die Revolution nicht nur möglich, sondern unausweichlich, die Emanzipation, ohne Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Metropolen, jedoch nicht möglich war. Auch dann gilt es, die Bedingungen und Möglichkeiten der Emanzipation der Arbeiterklasse aufzuspüren, statt sich kleinbürgerlich empört doch für die bürgerliche Gesellschaft zu entscheiden.

Eine Reflexion über die Möglichkeiten einer Konflikt- und Problemverarbeitung und die Entwicklung einer konkreten "Strategie" muß m.E. am Problem der Ich-Stärkung ansetzen. Dabei spielt die Überlegung eine wichtige Rolle, daß – auch wenn es innerhalb der Gruppen gelingt, hierarchische Strukturen, Angst und Angstabwehrfassaden aufzubrechen – die Revolutionäre außerhalb ihrer Gruppen, im konkreten Kampf, mit den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert werden, die ja in den sozialistischen Gruppen nicht produziert, sondern nur reproduziert werden – und diese Strukturen können nur langfristig, im langen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse beseitigt werden. Die "Revolutionierung der Revolutionäre" kann also nicht bedeuten, aus den politisch-arbeitenden Gruppen und Organisationen "kommunistische Inseln" zu machen, Ziel muß es jedoch sein, aus den Organisationen wirklich effektive Instrumente der Revolutionierung der Revolutionäre ebenso wie der

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräfrstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683

Gesellschaft zu machen.

Lösungsansätze für unsere Problematik gibt es bisher kaum. Einen diskussionswürdigen Ansatz, (diskussionswürdig, weil realitätsnah und daher weiterentwickelbar) liefert R. Reiche in seinem Buch "Sexualität und Klassenkampf". Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß R.R. an das Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse in der Tradition der "Kritischen Theorie" herangegangen ist, und daß er seine Ansätze zu der hier diskutierten Problematik unter der Fragestellung der Abwehr "repressiver Entsublimierung" macht, der – wie er selbstkritisch im Vorwort vermerkt – "wohl nur zur Analyse eines klassenspezifischen Vorgangs innerhalb des kulturellen Überbaus und innerhalb der kollektiven Form der Triebmodellierung des Bürgertums" tauglich ist²⁷⁾ und der vom "Trauern um den Tod des bürgerlichen Individuums" (Krahl) getragen ist. An der Aktualität der von R.R. formulierten Ansätze ändert sich darum nichts, weil er – wie er selbst erkennt – seiner eigentlichen Aufgabenstellung nicht gerecht wurde: "Wahrscheinlich ist dieses Verfahren auch nicht sehr fruchtbar für die Lösung der infragestehenden Probleme der Abwehr repressiver Entsublimierung. Deshalb sollen hier nur einige konkrete politische und psychologische Abwehrmodelle besprochen werden..."²⁸⁾

Ist es noch nötig anzudeuten, warum R.R. seiner Aufgabenstellung nicht entsprechen konnte? Der "Tod" des "bürgerlichen Individuums" ist nicht rück-

gängig zu machen, die Trauer muß nach vorwärts, in den Kampf um die Individualität der Massen transformiert werden²⁹).

Uns interessiert hier weniger die Transformation selbst, als die Komplikationen, die bei dieser Transformation beim bürgerlichen Intellektuellen auftauchen. Ein nicht unwesentlicher Faktor beim Entstehen von Arbeitsschwierigkeiten dürfte darin zu suchen sein, daß beim Einzelnen *Verdrängung*, statt *Sublimierung* in der politischen Arbeit stattfindet:

“Man wird z.B. Individuen begegnen, die ihre ganze Kraft in den Dienst der “Gemeinschaft” stellen (=Absorbierung des l’homme durch den citoyen bei der politischen Arbeit, O.S.), also scheinbar eine Sublimierung des Triebes zu sozialen Tätigkeiten vorgenommen haben; und doch wird man bei ihnen feststellen, daß die sexuellen und aggressiven Triebanteile nicht sublimiert, sondern nur verdrängt sind; mit dem Resultat, daß die betreffenden Individuen unter ihrem “Altruismus” oder “Idealismus” leiden, die dann in Wirklichkeit nur die neurotische Ausflucht verdrängter, aggressiver und analastischer Triebanteile sind.”³⁰)

Während die Verdrängung vom Ich im Dienste des Über-Ich vorgenommen wird, “das diesem im Zweifelsfall keine Rechenschaft über seine Forderungen schuldig ist” und der Trieb also ins Es abgeschoben wird, “mit dem Resultat, daß er sich ein neues Betätigungsfeld suchen muß, das für gewöhnlich vom Ich nicht mehr kontrolliert wird und u.U. schädlicher für es ist als der ursprüngliche Trieb es war”, erfolgt bei der Sublimierung die endgültige Umwandlung des Triebzieles und des Triebes. “Die Betonung bei der Sublimierung liegt darauf: Triebverschiebung wohin und mit welchem Resultat für das Individuum”.³¹)

R.R. sieht eine wichtige Abwehrmaßnahme im revolutionären Sinn in einem *starken Ich*, das – orientiert an einem flexiblen *Ich-Ideal*, welches das Ich stärkt – Sublimierung vornimmt. Eine auch individuell befriedigende Praxis im Spannungsfeld zwischen individuellen Bedürfnissen und politischer Notwendigkeit “kann nur aufbauen auf einem hohen Maß an disziplinierter Arbeit und flexibler Spontaneität, an Triebsublimierung und Triebfreiheit an utopischem Bewußtsein und harter Realitätstüchtigkeit.”³²) Nach R.R. entspricht der politischen Vermittlung zwischen aktuellen Kämpfen und der permanenten Repräsentanz einer poli-



KFZ-REFERAT im Studentenwerk

Wir verleihen
zu unerhört
günstigen Preisen:
5 VW-Pritschen
5 VW-Reisebusse
1 Renault R 4

Kfz-Referat
im Studentenwerk
6 Frankfurt/Main
Jügelstraße 1, Zi. 34
Telefon 79 83 048

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9-12
und 13-17 Uhr

tischen Bewegung (Gruppe, Partei) eine psychologische Vermittlung, “welche mit einem psychoanalytischen Begriff (nämlich Ich-Ideal, O.S.) gekennzeichnet werden kann, der die psychologische Dimension der politischen Abläufe entfaltet.”³³) “Das Bewußtsein der Arbeiterbewegung und der Rückhalt, den sie in den Massen hatte, die nicht permanent und aktiv in ihren Organisationen engagiert waren, sind nur der “bewußte” Ausdruck dieses Ich-Ideals.”³⁴) Beispiele für kollektive Ich-Idealbildungen in der Arbeiterbewegung sind nach R.R.: “*Solidarität*, durch die die autoritäre Abhängigkeit überwunden werden soll . . . *Disziplin*, die dem, als einzelnen, noch schwaches Ich kollektiv auferlegt wird; . . . *Bewußtsein des Sieges*, dem kollektiven Ausdruck des Strebens nach Vollkommenheit; . . . Utopie des *Kommunismus*, dem konkreten Modell der Vollkommenheit.”³⁵) Diese Ich-Idealbildungen gaben den fortgeschrittenen Arbeitern “die Möglichkeit, die Differenz zwischen ihrer eigenen Unterdrückung, den immer wieder konkret erfahrenen Niederlagen und den politischen Ansprüchen und Versprechen der marxistischen Theorie als Trotz, als Stärke und

als Solidarität zu realisieren und nicht als Resignation.”³⁶)

Das Ich-Ideal darf nicht mit dem, den Parteiapparat verinnerlichten, Über-Ich des bürokratischen Funktionärs gleichgesetzt werden. Das Ich-Ideal ist eine Funktion des Über-Ichs und hat seinen Ursprung in der frühkindlichen Bewunderung der elterlichen Vollkommenheit, die das Kind den Eltern zuschrieb. Diese Bewunderung “ist in der frühen Kindheit ein adäquates und rationales Verhalten, sie gibt die dauernden Anreize für das kindliche Autonomiestreben ab . . .”³⁷)

Wenn diese infantile Bewunderung der Eltern im späteren Leben nicht bloß auf erweiterte Autorität übertragen wird, sondern wenn diese Übertragung zu qualitativ neuen und dem erwachsenen Individuum entsprechenden Idealbildungen verarbeitet wird, hat das Über-Ich, das diese Idealbildung formuliert, eine positive Funktion für die persönliche und soziale Orientierung des Individuums . . .”³⁸), “Das Ich-Ideal formuliert, . . . unmittelbar die Funktionen, die das Ich auszuüben hat: Bewußtseinsleistungen, Realitätskontrolle, Triebkontrolle, Triebverteilung etc.”³⁹)

Ich-Stärke und Ich-Idealbildung bedingen sich gegenseitig.⁴⁰⁾ Ich-Idealbildung und -stärke stehen also zur Emanzipation wie Taktik zur Strategie (von daher dürfte die Emanzipationsdebatte Funktion bei der Ich-Idealbildung haben).

Welche Veränderungen in den bestehenden Gruppen und Organisationen sind notwendig, damit diese tatsächlich zur Ich-Stärkung ihrer Mitglieder beitragen? Es kann dabei nicht darum gehen, "Rezepte" zu entwickeln, sondern es geht darum, erste, vorwärtstastende Vorschläge zu machen:

1. Der Schritt für eine richtige Behandlung der auftretenden Widersprüche und Konflikte ist, sich ihrer bewußt zu werden. Diese, bereits aufgebrochenen Konflikte können nicht durch weitere "Verdrängung", sondern nur durch Offenheit, solidarische Kritik und Zusammenarbeit bewältigt werden. Dazu gehört als Voraussetzung Abbau der Angst vor sog. "Psychologen". Die Diskussion der Erfahrungen und der Arbeitsprobleme der einzelnen Genossen gehört genauso auf die Tagesordnung einer Gruppensitzung wie z.B. Finanzen: Die Arbeitsfähigkeit jedes Genossen ist genauso materielle Basis der Gruppe wie sein monatlicher Beitrag.

2. Den Mitgliedern einer sozialistischen Gruppe muß der Zusammenhang zwischen den eigenen Emanzipationsbedürfnissen und ihrer politischen Arbeit in Hinsicht auf den proletarischen Emanzipationskampf bewußt werden. Dies erfordert das Abklopfen so mancher politischer Kampagne auf ihre Realitätsnähe, Funktionalität und Effektivität.

3. Der einzelne Genosse muß als widersprüchliche Einheit von l'homme und citoyen aufgefaßt werden, statt nur auf der Ebene des citoyen argumentierend den ganzen Menschen zu absorbieren. Gerade die Einbeziehung der Gesamtpersönlichkeit in die politische Arbeit erfordert einen Begriff ihrer Widersprüchlichkeit.

4. Politische Arbeit und "individuelle", "kulturelle Reproduktion" dürfen nicht mechanisch voneinander getrennt werden, sondern müssen sich gegenseitig durchdringen. Dies wird dadurch gefordert, daß die eigene Gruppe in nicht-sektiererischer Weise, zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen zum Wiederaufbau einer tendenziellen proletarischen Gegengesellschaft beiträgt.

5. Zur Ich-Stärkung muß die Ausbildung theoretischer und praktischer Fähig-

keiten bei den Mitgliedern beitragen, damit wir es lernen, uns in dieser Gesellschaft zu bewegen als Menschen, denen diese Gesellschaft gehört, denen sie nur verweigert wird durch die bestehende Macht und Herrschaftsstruktur des Systems.⁴¹⁾

6. Die Konsistenz der Theorie und die Klarheit der Politik ist für den einzelnen Genossen ebenso ein wesentlicher Faktor wie für das Schicksal seiner Gruppe: "Ob ich Hoffnung habe oder nicht ist keinesfalls nur eine Frage meiner charakterlichen Dispositionen, meines subjektiven Optimismus oder Pessimismus, sondern weitgehend auch eine Frage einer richtigen oder falschen Theorie."⁴²⁾

O. Sauer GIM

1) D. Duhm, Angst im Kapitalismus, S. 141

2) Von H.J.Krahl wurde dieser Zusammenhang einst als gefährliche Entwicklung diagnostiziert und mit der warnenden Prognose verbunden, "das die wissenschaftliche Intelligenz . . . eine leninistische Ersatzpartei wird, die niemals auch irgendwie nur einen einzigen Proletarier im Sinne von Befreiung und glücklichem Leben mobilisieren wird" (Konstitution und Klassenkampf, S. 322)

3) D. Duhm, a.a.O., S. 8

4) D. Duhm, a.a.O., S. 124

5) D. Duhm, a.a.O., S. 124

6) Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden." MEW 3, S. 5 f.

7) Ich gehe im Folgenden weder auf D. Duhms Position zum Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse ein noch auf seine dadurch bedingte Marx-Rezeption, beispielsweise zur Entfremdungsproblematik.

8) D. Duhm, a.a.O., S. 151

9) Ebenda

10) ebenda

11) D. Duhm, a.a.O., S. 150

12) Nebenbei sei hier folgendes historisches Beispiel zitiert, um das soeben Gesagte zu verdeutlichen: Als der seelisch labile Joffe, der in seiner Wiener Emigrantenzeit bei Alfred Adler in psychotherapeutischer Behandlung war, während der Oktoberrevolution als Mitglied des ZK der Bolschewistischen Partei zu einem der energischsten Wortführer und Organisatoren des Oktoberaufstandes wurde, notierte Trotzki, daß die Revolution Joffe von seinen "Komplexen besser heilte als die Psychoanalyse". Joffe wurde nach der Revolution einer der großen bolschewistischen Diplomaten und beging 1927, nach dem Ausschluß der Linken Opposition, der er angehörte, Selbstmord. S.I.Deutscher, Trotzki 1921-1929, S. 365 ff.

13) D. Duhm, a.a.O., S. 154 ". . . konsequent

kann wohl nur der sein, der bereits ein Mindestmaß an Ich-Stärke besitzt", a.a.O., S. 148

14) a.a.O., S. 154

15) Vgl. dazu Jakobowski, Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung, S. 52 ff.

16) K. Marx, 6. Feuerbachthese; nach vollzogener Überwindung von Hegel und Feuerbach spricht Marx nicht mehr von "dem Menschen", sondern nur noch von "den Menschen", die "in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens . . . bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse" eingehen.

17) Beide Zitate nach Pg zur Kritik der Polök, Zur Logik des Kapitals, S. 50

18) K. Marx, MEW I, S. 355

19) ebenda

20) ebenda, S. 363 f.

21) ebenda, S. 369

22) ebenda, S. 370

23) Siehe zu existenzielle und proletarische Radikalität Krahls Marcusekritik, a.a.O., S. 106 ff.

24) Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW I, S. 395 und 390

25) Dem wird von anarchistischen und putschistischen Gruppen entgegengesetzt, "die politischen Probleme werden sich dann "schlagartig" lösen, wenn die Revolutionäre die Revolution nur individuell-existenziell radikal genug vorwegnehmen. Das Scheitern fast aller putschistischen und anarchistischen Gruppen . . . ist beschreibbar als Scheitern an den inneren Widerständen, die derputschistische und anarchistische Rebell den Forderungen entgegenbringt, die er sich selbst auferlegt hat. R. Reiche, Sexualität und Klassenkampf, S. 152 f.

26) SHB/SF-Zeitung, Heidelberg, Juli 1973

27) R. Reiche, a.a.O., S. 8

28) R. Reiche, a.a.O., S. 140

29) Vgl. Trotzki, "Die Revolution aber bedeutet zu allererst das Erwachen der menschlichen Persönlichkeiten in den Massen, in jenen Massen, denen man keine Persönlichkeit mehr zubilligt." Zit. bei I. Deutscher, Trotzki 1921-1929, S. 167

30) R. Reiche, a.a.O., S. 136 f.

31) Während die Verdrängung vom Ich im Dienste des Über-Ich vorgenommen wird, "das diesem im Zweifelsfall keine Rechenschaft über seine Forderungen schuldig ist" und der Trieb also ins Es abgeschoben wird, "mit dem Resultat, daß er sich ein neues Betätigungsfeld suchen muß, das für gewöhnlich vom Ich nicht mehr kontrolliert wird und u.U. schädlicher für es ist als der ursprüngliche Trieb es war," erfolgt bei der Sublimierung die endgültige Umwandlung des Triebziels und des Triebes. "Die Betonung bei der Sublimierung liegt darauf: Triebverschiebung wohin und mit welchem Resultat für das Individuum.", R. Reiche, a.a.O., S. 136

32) R. Reiche, a.a.O., S. 160

33) ebenda, S. 124

34) ebenda, S. 124

35) ebenda, S. 126

36) ebenda, S. 124

37) ebenda, S. 125

38) ebenda

39) ebenda, S. 126

40) ebenda, S. 148 und S. 125

41) R. Dutschke, in Rebellion der Studenten, S. 77

42) D. Duhm, a.a.O., S. 141

Thesen über Bedürfnis.

I. Bedürfnis ist eine gesellschaftliche Kategorie. Natur, der "Trieb", ist darin enthalten. Aber das gesellschaftliche und das natürliche Moment des Bedürfnisses lassen sich nicht als sekundär und primär voneinander abspalten, um danach eine Rangordnung von Befriedigungen aufzustellen. Hunger, als Naturkategorie begriffen, kann mit Heuschrecken und Mückenkuken gestillt werden, die viele Wilde verspeisen. Zur Befriedigung des konkreten Hungers der Zivilisierten gehört, daß sie etwas zu essen bekommen, wovon sie sich nicht ekelnd, und im Ekel und in seinem Gegenteil wird die ganze Geschichte reflektiert. So verhält es sich mit jedem Bedürfnis. Jeder Trieb ist so gesellschaftlich vermittelt, daß sein Natürliches nie unmittelbar, sondern stets nur als durch die Gesellschaft produziertes zum Vorschein kommt. Die Berufung auf Natur gegenüber irgendeinem Bedürfnis ist stets bloß die Maske von Versagung und Herrschaft.

II. Die Unterscheidung von Oberflächenbedürfnissen und Tiefenbedürfnissen ist ein gesellschaftlich entstandener Schein. Die sogenannten Oberflächenbedürfnisse spiegeln den Arbeitsprozeß wider, der die Menschen zu "Anhängseln der Maschine" macht und sie nötigt, außerhalb der Arbeit sich auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu reduzieren. Jene Bedürfnisse sind die Male eines Zustandes, der seine Opfer zur Flucht zwingt und zugleich so fest in der Gewalt hält, daß die Flucht stets in die krampfhaft wiederholte Wiederholung des Zustandes ausartet, vor dem geflohen wird. An den sogenannten Oberflächenbedürfnissen ist das Schlechte nicht ihre Oberflächlichkeit, deren Begriff den selber fragwürdigen der Innerlichkeit voraussetzt. Sondern schlecht ist an diesen Bedürfnissen — die gar keine sind —, daß sie auf eine Erfüllung sich richten, die sie um eben diese Erfüllung zugleich betrügt. Die gesellschaftliche Vermittlung des Bedürfnisses — als Vermittlung durch die kapitalistische Gesellschaft — hat einen Punkt erreicht, wo das Bedürfnis in Widerspruch mit sich selbst gerät. Daran, und nicht an irgendeiner vorgegebenen Hierarchie von Werten und Bedürfnissen, hat die Kritik anzuknüpfen.

III. Die sogenannten Tiefenbedürfnisse sind ihrerseits zu einem weiten Maße Pro-

dukte des Versagungsprozesses und erfüllen eine ablenkende Funktion. Sie gegen die Oberfläche auszuspielen, ist schon darum bedenklich, weil unterdessen längst das Monopol die Tiefe ebenso in Besitz genommen hat wie die Oberfläche. Die von Toscanini dirigierte Beethovensymphonie ist nicht besser als der nächste Unterhaltungsfilm und jeder mit Bette Davis ist schon die Synthese. Gerade dieser Synthese gebührt das äußerste Mißtrauen.

IV. Die Theorie des Bedürfnisses sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Auf der einen Seite vertritt sie den gesellschaftlichen Charakter des Bedürfnisses und darum die Befriedigung der Bedürfnisse in ihrer unmittelbarsten, konkretesten Form. Sie kann sich keine Unterscheidung von gutem und schlechtem, echtem und gemachten, richtigem und falschem Bedürfnis a priori vorgeben. Auf der anderen Seite muß sie erkennen, daß die bestehenden Bedürfnisse selber in ihrer gegenwärtigen Gestalt das Produkt der Klassengesellschaft sind. Menschlichkeit und Repressionsfolge wäre an keinem Bedürfnis sauberlich zu trennen. Die Gefahr einer Einwanderung der Herrschaft in die Menschen durch deren monopolisierte Bedürfnisse ist nicht ein Ketzerergläube, der durch Bannsprüche zu exorzieren wäre, sondern eine reale Tendenz des späten Kapitalismus. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit der Barbarei nach der Revolution, sondern auf die Verhinderung der Revolution durch die totale Gesellschaft. Dieser Gefahr und allen Widersprüchen im Bedürfnis muß die dialektische Theorie standhalten. Sie vermag das nur, indem sie jede Frage des Bedürfnisses in ihrem konkreten Zusammenhang mit dem Ganzen des gesellschaftlichen Prozesses erkennt, anstatt das Bedürfnis im allgemeinen sei's zu sanktionieren, sei's zu reglementieren oder gar als Erbe des Schlechten zu unterdrücken. Heute, unterm Monopol, ist entscheidend, wie die einzelnen Bedürfnisse zu dessen Fortbestand sich verhalten. Die Entfaltung dieses Verhältnisses ist ein wesentliches theoretisches Anliegen.

V. Die Bedürfnisse sind nicht statisch. Die Statik, die sie heute scheinbar angenommen haben, ihre Fixierung auf die Reproduktion des immer Gleichen, ist selber bloß der Reflex auf die materiel-

le Produktion, die mit der Eliminierung von Markt und Konkurrenz bei gleichzeitigem Fortbestand der Klassenherrschaft stationären Charakter annimmt. Mit dem Ende dieser Statik wird das Bedürfnis völlig anders aussehen. Die Lösung des Widerspruchs der Bedürfnisse ist selber widerspruchsvoll. Wenn die Produktion unbedingt, schrankenlos sogleich auf die Befriedigung der Bedürfnisse, auch und gerade der vom Kapitalismus produzierten, umgestellt wird, werden sich eben damit die Bedürfnisse selbst entscheidend verändern. Die Undurchdringlichkeit von echtem und falschem Bedürfnis gehört wesentlich zu der Klassenherrschaft. In ihr bilden die Reproduktion des Lebens und dessen Unterdrückung eine Einheit, dessen Gesetz zwar im Ganzen durchschaubar, deren Einzelgestalt jedoch selber undurchdringlich ist. Wenn es einmal kein Monopol mehr gibt, wird es sich rasch genug zeigen, daß die Massen den Schund, den die Kulturmonopole, und die jämmerliche Erstklassigkeit, die die praktischen ihnen liefern, nicht „brauchen". Der Gedanke etwa, das Kino sei neben Wohnung und Nahrung zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig, ist „wahr" nur in einer Welt, die die Menschen auf die Reproduktion der Arbeitskraft zurichtet, und ihre Bedürfnisse zur Harmonie mit dem Profit- und Herrschaftsinteresse der Unternehmer zwingt. Selbst in dieser Welt setzte die Probe aufs Exempel bereits deren radikale Veränderung voraus. Der Gedanke aber, daß eine revolutionäre Gesellschaft nach der schlechtesten Schaulusterei von Hedy Lamarr oder den schlechten Suppen von Campell schrie, ist absurd. Je besser die Suppe, um so lustvoller der Verzicht auf die Lamarr.

VI. Es ist nicht einzusehen, warum in einer klassenlosen Gesellschaft der ganze Kulturbetrieb von heutzutage weitergehen soll. Wohl ist es eine Absurdität, daß die kapitalistische Krise Produktionsmittel vernichtet, die dem Bedürfnis dienen, aber die Vorstellung, daß in der klassenlosen Gesellschaft in weitem Maße Kino und Radio stillgelegt werden, die wahrscheinlich jetzt schon kaum einem dienen, wird dadurch keineswegs zu einer absurden. Denn der in sich widerspruchsvolle Charakter zahlreicher Bedürfnisse wird zu deren Zerfall führen, wenn sie nicht mehr durch direkten oder indirekten Terror von oben her angedreht werden.

Der Gedanke, daß der Stand der technischen Produktivkräfte als solcher dazu nötige, Bedürfnisse weiter zu befriedigen und zu reproduzieren, deren Schein mit der kapitalistischen Gesellschaft zergeht, ist fetischistisch. In der Rätedemokratie müssen nicht alle Räder laufen: die Forderung selber impliziert die Furcht vor dem Arbeitslosen, der mit der kapitalistischen Ausbeutung verschwindet.

VII. Die Frage nach der Sofortbefriedigung des Bedürfnisses ist nicht unter den Aspekten gesellschaftlich und natürlich, primär und sekundär, richtig und falsch zu stellen, sie fällt zusammen mit der Frage nach dem Leiden der gewaltigen Mehrheit aller Menschen auf der Erde. Wird produziert, was alle Menschen jetzt, hier am dringendsten brauchen, so ist man allzu großer sozialpsychologischer Sorgen wegen der Legitimität ihrer Bedürfnisse enthoben. Diese Sorgen entstehen vielmehr erst, wenn sich boards und bevollmächtigte Kommissionen etablieren, die Bedürfnisse zu klassifizieren und unter dem Ruf, der Mensch lebe nicht vom Brot allein, ihm einen Teil der Brotration, die als Ration immer schon zu klein ist, lieber in Gestalt von Gershwinplatten zuteilen.

VIII. Die Forderung nach Produktion lediglich zur Befriedigung von Bedürfnissen gehört selber der Vorgeschichte an, einer Welt, in der nicht für Bedürfnisse, sondern für Profit und Etablierung der Herrschaft produziert wird, und wo deshalb Mangel herrscht. Ist der Mangel verschwunden, so wird die Relation von Bedürfnis und Befriedigung sich verändern. In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Zwang, fürs Bedürfnis in seiner durch den Markt vermittelten und dann fixierten Form zu produzieren, eines der Hauptmittel, die Menschen bei der Stange zu halten. Es darf nichts gedacht, geschrieben, getan und gemacht werden, was über diese Gesellschaft hinausginge, die sich weitgehend durch die Bedürfnisse der ihr Ausgelieferten hindurch an der Macht hält. Es ist unvorstellbar, daß der Zwang zur Bedürfnisbefriedigung in der klassenlosen Gesellschaft als Fessel der produktiven Kraft fortbesteht. Die bürgerliche Gesellschaft hat den ihr immanenten Bedürfnissen weithin die Befriedigung versagt, dafür aber die Produktion durch

WIR WOLLEN ALLES

Die Zeitung ist ein Kampfblatt.
Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind.
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.
Ein Ausdruck der Diskussion darüber.
Ein Ausdruck unserer Arbeit, unserer Fehler.

An dieser Zeitung arbeiten mit in Frankfurt, Rüsselsheim, Offenbach der REVOLUTIONÄRE KAMPF, der Häuserrat Frankfurt, verschiedene Stadtteilgruppen. In München/Arbeitersache, in Hamburg und Bremen die Proletarische Front, in Köln/Arbeiterkampf und andere Gruppen. Zu erhalten u.a. in Buchläden, Kneipen, Jugendzentren oder WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz, Postfach 12

Preis 1 DM

den Verweis eben auf die Bedürfnisse in ihrem Bannkreis festgehalten. Sie war so praktisch wie irrational. Die klassenlose, die die Irrationalität abschafft, in welche Produktion für Profit verwickelt, und die Bedürfnisse befriedigt, wird ebenso den praktischen Geist abschaffen, der noch in der Zweckferne des bürgerlichen Antagonismus von Produktion und Konsum, sondern auch deren bürgerliche Einheit auf. Daß etwas unnützlich sei, ist dann keine Schande mehr. Anpassung verliert ihren Sinn. Die Produktivität wird nun erst im eigentlichen, nicht entstellten Sinn aufs Bedürfnis wirken: nicht indem das unbefriedigte mit Unnützem sich stillen läßt, sondern indem das gestillte vermag, zur

Welt sich zu verhalten, ohne sie durch universale Nützlichkeit zuzurichten. Wenn die klassenlose Gesellschaft das Ende der Kunst verspricht, indem sie die Spannung von Wirklichem und Möglichem aufhebt, so verspricht sie zugleich auf den Anfang der Kunst, das Unnütze, dessen Anschauung auf die Versöhnung mit der Natur tendiert, weil es nicht länger im Dienste des Nutzens für die Ausbeuter steht.
1942

Th.W. Adorno: Ges. Schriften 8, Soziologische Schriften 1. Seite 392 ff. Mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp Verlages, Frankfurt.

Mit diesem Aufsatz wird „Die Geschichte des Emanzipationskampfes der Germanistik ist eine Geschichte der Niederlagen“ aus diskus 5/73, S. 15, fortgesetzt; er scheint noch immer für die gegenwärtige Diskussion der Germanisten nützlich, solange sie von der revolutionären Phraseologie der K-Gruppen ruiniert wird. Die Ansätze, den Aufsatz im Uni-Streik bei den Germanisten zu diskutieren, versuchen die Offiziallinken (KSV u.a.) mit dem Verdikt zum Scheitern zu bringen „der Mosler, das ist doch ein Bürgerlicher“. Ich bin bereit, über den Gegenstand des Aufsatzes, die Kritik des gegenwärtigen status quo des Faches, an Diskussionen teilzunehmen. Den Sprechern der Offiziallinken werde ich ihren Vorwurf erst zurückgeben, wenn sie in einer derartigen Diskussion in ihren Beiträgen dazu hinreichend Anlaß gegeben haben. Freilich gibt es bei den Offiziallinken eine Berührungssangst vor der theoretischen Kritik. Mir ist noch keine Stellungnahme bekannt, in der sich der KSV zu den Vorwürfen der Marxistischen-Gruppe-Erlangen-Nürnberg geäußert hätte (in „Kapitalistische Hochschulreform“, Teil 4 „Zur Einschätzung der Hochschulreform in der Politik linker Gruppen in der BRD“), sondern die Flugblätter der Gruppen sind noch immer voll von den einfältigen Vorstellungen vom Staat, dem Handlanger der Monopole. Solange der Vulgärmarxismus seinen Kopf erheben darf, wird die Stagnation der linken Bewegung andauern. – Die Kampf Bewegung der Germanisten in Frankfurt, Gießen und Heidelberg und in anderen Universitäten, hat aus den Streikerfahrungen der letzten Monate den Schluß ziehen können, daß sich die Germanisten selbst befreien und selbst organisieren müssen und daß ihnen dies nur gelingt, wenn sie sich von der lehrerhaften Maßregelung der Offiziallinken befreien. Das Interesse der Organisationen ist meist die Organisation selbst und nicht das Kampfbedürfnis der Betroffenen. Im Unterschied des Streiks vom Februar 1974 „gegenüber der Studentenrevolte 1968/69

wird deutlich: es existiert keine handlungsfähige studentische Führung, keine politische Perspektive, die mehr wäre als ein Katalog allbekannter Phrasen; abgegriffene Parolen ersetzen die Theorieleitung, die unentwegt für die Praxis gefordert wird“ (H. Schnädelbach in FR vom 14.2.74).

Der Aufsatz leistet nicht mehr als die Richtung des Denkens und des Kampfes bei den Germanisten anzugeben. Es ist Aufgabe der Studenten der Revolte, sich in der kollektiven Theorie und der kollektiven Praxis Klarheit über die Absichten der Bourgeoisie in ihrem besonderen Fach zu verschaffen und diese Pläne zu zersetzen, soweit es die Bedingungen der Unterdrückung, der Herrschaft toter überlebende Arbeit, zulassen. Dazu brauchen wir nicht die Vormundschaft, nicht die eines einzelnen und nicht die einer Organisation.

Der Staat nutzt die Entmischung der antiautoritären Bewegung zu einem Roll Back

1968, 1969 wurde die Begeisterung der antiautoritären atemlos, und rigide-disziplinäre Organisationen nahmen den Platz der Selbstorganisation der Kämpfenden ein. Die Bewegung 'entmischte' sich in die Zersplitterung zahlreicher Sekten, die mit ihren Ikonenbildern Lenin, Trotzki und Stalin den Anspruch führten, die wahren Vertreter der Orthodoxie zu sein. Die Kampfbewegung wurde nicht mehr als Einheit der Kampfinteressen der Betroffenen gedacht, sondern als Einheit der 'richtigen Linie.' Die Schwächung der Bewegung durch die Entmischung versuchte der Staat zu einem roll back gegen die Kampferfolge der Revolte zu nutzen: Urteil des Bundesgerichtshof gegen die Drittelparität, Reaffirmation des Neo-Analphabetismus und der Entpolitisierung aus der Zeit vor der Revolte.

In Anlehnung an Janossy (34) hat die linke Bildungsökonomie lange den motorischen Effekt der Entwicklung der Wissenschaft auf die Entwicklung der Wirtschaft konstatiert, bis zur Stilisierung der Wissen-

schaft als Produktivkraft (weswegen J.-J. Krahl auch in den „Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein“ die Intelligenz dem produktiven Gesamtarbeiter zuschlagen konnte). „Der Motor der Veränderung (ist jedoch) nicht eine sich selbst bewegende Wissenschaft, sondern das Kapital als sich selbst verwertender Wert“³⁵). Baethge bestreitet den Automatismus der Konvergenz der Verbesserung der Produktionsmittelstruktur und der Höherqualifizierung der Arbeit, die der Theorie des „Stamokap“ und der Politik der Moskau-orthodoxen Kommunisten an der Hochschule unterliegt. Tatsächlich gibt es eine relative Stagnation der Qualifikationen, denn „die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden, was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital“³⁶).

Die Reformvorstellung des BDA³⁷) meint die Flüssigkeit und Variabilität in der Anwendung der Arbeit. Sie dienen der Realisierung der Flüssigkeit des Arbeitsvermögens. Damit das Kapital sich progredierend verwerten kann, müssen die Arbeitskräfte über Kenntnisse in der Technik, den Naturwissenschaften, im Rechnen, Lesen, Schreiben, aber auch in den Kommunikationstechniken verfügen. Die Absicht der Entwicklung dieser Fähigkeiten liegt nicht in der Entwicklung menschlicher, emanzipatorischer Produktivkräfte, sondern Entwicklung von Fähigkeiten, die eine dem Stand der Produktionsmittelstruktur adäquate Ausbeutung erlauben. Die Ware Arbeitskraft soll so mobil gemacht werden wie das Kapital selbst. Die Höherqualifizierung als Spezialisierung andererseits (als Bornierung der Anwendungsfähigkeit der Arbeit) betrifft nur wenige Teile der Produktion: im „Entwicklungs-, Arbeitsvorbereitungs- und evtl. Wartungsbereich.“³⁸) Aus diesen kapitallogischen - und den empirischen! - Gründen wird man auch nicht der Reformillusion der Gesamt-

Die Germanistik.

Die Geschichte des Emanzipationskampfes der Germanistik ist eine Geschichte der Niederlagen.

schule glauben dürfen, dem Versprechen der Höherqualifizierung, so wenig wie sie vorrangig das legitimatorische Versatzstück des Staates gegenüber den Forderungen der Revolte nach 'Chancengleichheit', 'Bildung als Bürgerrecht', 'Aufhebung des Bildungsdualismus' ist. In der Gesamtschule geht es dem Kapital nicht darum, gleichberechtigte Individuen zu produzieren, sondern gleichgültige, denn "die Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Beziehungen - beide verschiedene Seiten des gesellschaftlichen Individuums - erscheinen dem Kapital nur als Mittel, und sind für es nur ein Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren".³⁹⁾

Unter den Bedingungen der Steigerung der Kapitalintensität, der kapitalintensiven Produktion seit Anfang der sechziger Jahre stellte sich die Frage nach der Funktionalität, genauer: der Funktionalisierung der Germanistik. Die Dysfunktionalität der Germanistik wird gegenwärtig aufgehoben durch die Herstellung eines Bezugs zur Funktion des Auszubildenden, dem Bezug zum Beruf und der Erwartungshaltung der Produktionsmittelstruktur gegenüber der Anwendungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Nicht mehr 'Bildung' ist der verstiegene Anspruch der Hochschule und der Schule, sondern Aneignung verwertbarer Fertigkeiten und Kenntnisse. Das pädagogische Ethos, "Das (dem Studierenden) mit den anderen Lehrern gemeinsam sein muß und ihm das Gefühl für die Innere Einheit der Erziehungsaufgabe unseres Volkes wachruft"⁴⁰⁾, nötigt den staatlichen Erziehungsplanern nur noch ein Lächeln ab. Die ersten Maßnahmen betreffen die Teilung der Germanistik in Literaturwissenschaft und Sprachwissenschaft und die Gewichtsverschiebung zugunsten der letzteren. "Die Funktionen des Faches Deutsch sind . . . im wesentlichen Sprachbildung und methodisches Verstehen. Demgegenüber treten die literaturhistorischen Funktionen zurück; sie werden stärker eine Sache individueller Wahl und des speziellen Interesses"⁴¹⁾

Realistisch und mit allen Reformillusionen warten die Ausarbeitungen für "Unterrichtsziele im Sprachunterricht der differenzierten Gesamtschule" auf: "Ein linguistisch orientierter, induktiv entwickelter, 'ungefächerter' Sprachunterricht wird vorgeschlagen, um das Begreifen der Sprache als Struktur und System propädeutisch zu ermöglichen und damit gleichzeitig einen Beitrag zum Ausgleich sprachlich vermittelte Ungleichheit zu leisten"⁴²⁾. Die Literatur- und Sprachwissenschaft hat einen "Bezug zur gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion nicht mehr allein als ein ideologischer, sondern als ein technologischer"⁴³⁾. Diese Umgestaltung vollzieht sich wissenschaftstheoretisch unter den Direktiven des Positivismus. Im Positivismus konvergiert die Gleichgültigkeit in der Ausbildung der Gleichgültigkeit in der Funktionserwartung der arbeitenden Tätigkeit der Ausgebildeten. Diese Gleichgültigkeit soll der Ware Arbeitskraft inhärent sein. Im Verfahren der Textwissenschaft sollen hermeneutische "Sinnverstehensakte" auf die Zerstörung der Dysfunktionalität vom Begriff der 'Bildung' und die Herstellung eines Bezugs zur variablen Funktionalität der Verwertung hinauslaufen. Der Positivismus der Sprachwissenschaft soll "nur noch die Erscheinungen an der Oberfläche (Empirie) ordnen und in operationalisierbare Aussagen überführen"⁴⁴⁾. In der Sprachwissenschaft - und in der Literaturwissenschaft! - sollen die Schriften hermeneutisch verfolgt werden als "Wissenschaft von Texten", mit dem Ziel der Entdeckung von Aussageintentionen in den Textstrukturen. Diese Methode fragt: WAS MEINT DER TEXT? Sie fragt nicht: WEM NÜTZT DER TEXT?⁴⁵⁾ Im Unterricht können "die zweckrationale Erlernung technischer Fertigkeiten und Verfahren"⁴⁶⁾ an einem revolutionären Flugblatt wie an einer Parlamentsrede der Deutschnationalen geübt werden, wie um in einer sprachwissenschaftlichen Konvergenztheorie rhetorische Strukturen der

politischen Überredung herauszuarbeiten. Die "Neusprache" Orwells aus dem Buch "1984" soll mit der Aufgabe betraut sein, widersetzliche Denkmöglichkeiten, Sprechakte und Tätigkeiten auszuschalten. Den Einwohnern Ozeaniens soll die Chance des widersetzlichen Verhaltens selbst potentiell genommen werden, nicht einmal das "Gedankenverbrechen" soll möglich sein, nur noch die Denkmöglichkeit der Unterwerfung unter das herrschende System der Unterdrückung. Schon heute ist die Sprache "zu einem bloßen Werkzeug in der allmächtigen Produktionsapparatur der modernen Gesellschaft (geworden). Jedes Wort, das nicht Rezept für ein (vorgeplantes) Verfahren . . . dient, gilt als mythisch und sinnlos" (Horkheimer). Der Angriff der kritischen Germanisten gegen den positivistischen Reduktionismus muß als ein Angriff gegen die Chronique scandaleuse des Positivismus geführt werden. Der positivistische Agnostizismus behauptet, "daß die Lehre von der geschichtlichen Notwendigkeit der reinste Aberglaube ist und bleibt, wie sehr sie sich auch 'wissenschaftlich' gebärden mag, und daß man den Lauf der Geschichte nicht rational voraussagen kann"⁴⁷⁾. Dieses Maxime ist der Fluchtpunkt des rollback gegen die Theorie des Marxismus bei den Sprach- und Literaturwissenschaftlern geworden, noch bei Benno von Wiese, der Marx und den Marxisten "Geschichtslosigkeit" vorwirft. Gegen die Machbarkeit der Geschichte setzen die alten Positivisten die Reduktion des Erkenntnisprozesses auf die Logik, die Neopositivisten den Ausgang von der Erkenntnis des Tatsächlichen der 'sense-data' (Russell), des 'Positiven'. Nach Wittgenstein sind die "Resultate der Philosophie... nicht philosophische Sätze, sondern das Klarwerden von Sätzen"⁴⁸⁾. Marxisten geben sich jedoch nicht mit der Erkenntnis des 'Tatsächlichen' zufrieden; das Tatsächliche soll erkannt werden, damit es zu einer menschlichen Ordnung umgestaltet werden kann⁴⁹⁾.

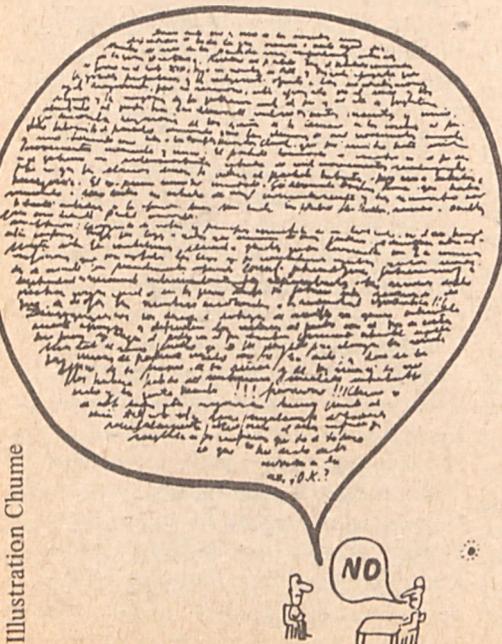


Illustration Chume

Die materialistische Wissenschaft muß das Selbstverständnis der Bourgeoisie mit der Säure des Geschichtsmaterialismus zerfressen und die Interessen und die Interessen bloßlegen.

Nach Wygotski⁵⁰⁾ sind Denken und Sprechen prozessuale, auf die Aneignung der Natur gerichtete Tätigkeiten, Denk- und Sprachakte sind damit nicht nur Akte der Widerspiegelung der Natur, sondern sie schaffen sie auch, im Erfahrungsraum und im Interesse der Klasse der Unterdrückter oder der Klasse der Unterdrückten. "Auf einem gewissen Niveau der . . . Entwicklung, nachdem inzwischen die Bedürfnisse der Menschen und ihre Handlungsweisen, mit deren Hilfe jene befriedigt werden, sich vervielfacht und weiterentwickelt hatten, legten die Menschen ganzen Klassen dieser Gegenstände, die sie auf Grund der Erfahrung schon von den übrigen Gegenständen der Außenwelt unterschieden, Namen bei . . . Diese Benennung ist . . . der vorstellungsmäßige Ausdruck dafür, was die wiederholte Handlung in Erfahrung umgewandelt hat, nämlich, daß für die Menschen, die schon in gewissen gesellschaftlichen Verbindungen leben . . ., gewisse äußere Gegenstände zu Befriedigung dienen"⁵¹⁾.

Wie die offiziellen Sprachwissenschaften tragen die Literaturwissenschaften an der Universität das Kennmal der Geschichtsentleerung. Das gilt noch für die Literatursoziologie, die nach der Revolte als historische Legitimationswissenschaft Zutritt in die Germanistik erhielt. Die literatursoziologische Frage ist nicht die nach richtig oder falsch, nach den Elementen von dem Bild der Befreiung in der Literatur, sondern:

— wie stellt sich die literarische Kommunikation als soziale Institution dar?

— wie ist in der literarischen Gestaltung die Realitätseinstellung vermittelt?

Kommt Geschichte in den Blick, so immer als Blick zurück. Die Literatursoziologie wirft sich nicht zu dem Anspruch auf, Geschichte als 'Blick nach vorn' zu verstehen, als Transzendierung der Grenzen der Immanenz der gegenwärtigen herrschenden Zustände. Dialektische Materialisten kennen aber "nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte"⁵²⁾, das heißt, jede materialistische Betrachtung muß mit dem Sprengsatz der Dialektik begabt sein, also die Verhältnisse im Visier ihrer Geschichtlichkeit und ihrer Veränderbarkeit haben, als "offene utopische Tendenz". "Die Dialektisierung aller Kategorien des Denkens ist unvermeidlich, und von jedem Gebiet aus, das dialektisiert ist, kommt man, wenn nur die politische Komponente gezogen wird, zur Revolution."⁵³⁾

Formalismus der Literaturtheorie der KPD

Fortschritte der Erkenntnis und Fortschritte der Verkehrsformen konnten noch rückgängig gemacht werden. Die Intellektuellenbewegung hatte über ihre eigene widersprüchliche Gemischtheit

(der Stellvertretungsanspruch für die proletarische Bewegung mit den Momenten kleinbürgerlicher Asozialität) zu geringer Klarheit, als daß es die Einladungen der "Partei alten Typs" zurückgewiesen hätte, die als traditionalistische Organisationsform schließlich den ganzen Traditionalismus der gesellschaftlichen Verkehrsformen und der politischen Kommunikation reaffirmierte. Der Traditionalismus dieser Organisationen brachte einen Formalismus in der Politik (und der Literatur) hervor; sie vermittelten ihre Organisationsform in transzendentalisierten Kategorien, statt sie aus den "Form- und Realisierungsbestimmungen der wertsubstantiellen arbeitsteiligen Verkehrsbasis"⁵⁴⁾ zu gewinnen. Damit geht eine Altersklerose der politischen und der Literaturtheorie zusammen. Die Identifikationssehnsucht der "Partei alten Typs" mit ihrer Angst vor Traditionsverlust orientiert sich an der revolutionären Geschichte, wie auf der 'Suche nach der verlorenen Zeit' - wie wenn man nicht bereits Marx 1852 die unfreie Bewegung in historischen Formen erklärt hätte: "... in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung die ... (Farce einer neuen) Weltgeschichtsszene aufzuführen"⁵⁵⁾. Die Identifikation für politische Identität nehmen, hat bei den Orthodoxen eine lange Vorgeschichte: 1970 schreibt die Rote Zelle Germanistik Berlin (ROTZEG), später ein Teil der Studentenorganisation der KPD/AO, "theoretische Prinzipienfestigkeit kann nur erreicht werden, wenn sich die Mitglieder der Roten Zelle *bewußt mit der Arbeiterbewegung identifizieren*, das heißt, Theorie in einer jeweiligen historischen Anwendung als Anleitung zur Praxis begreifen"⁵⁶⁾. Die 'Vermassung der Theorie' im SDS soll durch Schulung unter richtiger Anleitung ersetzt werden, die alle Tendenzen vom geheimen Wunsch nach Kontrolle befördert. Wie der Formalismus in der Politik der "Partei alten Typs" von der Anerkennung der Gültigkeit der orthodoxen revolutionären Verkehrsformen geprägt ist, so ist der Formalismus in der Literaturtheorie dieser Gruppe an der Anschauung von Georg Lukács orientiert. Genossen der Gruppe verwarfen sich gegen Autoren wie "Proust, Joyce, Beckett, Genet", bevorzugten dagegen "fortschrittliche realistische bürgerliche Autoren wie Heinrich Mann, Thomas Mann und Fallada und die bürgerlichen Realisten des 19. Jahrhunderts." Im nächsten Satz wird noch enger an die Realismustheorie und den Dekadenzvorwurf eines Georg Lukács angeschlossen: "Die Perspektiven von Joyce (Flucht in den inneren Mololog), Proust (Suche nach der verlorenen Kindheit und Jugend), Kafka (Vergeblichkeit allen verändernden Handelns) und Beckett (Position des vergeblichen Wartens) sagen nichts über

die Realität der Bourgeoisie in der Phase des Imperialismus aus"⁵⁷⁾. Hier wird NICHT DIE FRAGE NACH DER RICHTIGEN WIDERSPIEGELUNG, SONDERN NACH DER WIDERSPIEGELUNG DES RICHTIGEN gestellt. Das läuft darauf hinaus, die Literatur und die Literaturwissenschaft 'marxistisch' zu halbieren.

Marcuse zitiert in einem Buch den philiströsen Satz, daß die Kulturrevolution in den westlichen Metropolen nur dann sinnvoll werde, "wenn sie die sehr reale kulturelle Bedeutung beispielsweise einer Waschmaschine für einen Arbeiter mit kleinen Kindern im Wickelalter zu begreifen beginnt"⁵⁸⁾. Hier wird nicht ein utopisches Bild der Erschließung neuer Denkmöglichkeiten und Umgangsformen verlangt, nämlich die Abschaffung von Waschmaschinen für eine Arbeiterfamilie, sondern die Planung von Erleichterungen in unmenschlichen Lebensverhältnissen. Das ist nicht das subversive Kalkül des nonkonformistischen Denkens, der Sprache und der Gestaltung, sondern der Gedanke läuft im ruhigen Flußbett der gewohnten, geplanten Denkgewohnheiten. Die revolutionäre Kunst und Literatur muß die Dimension einer möglichen Befreiung freigeben, zu der auch die Ablehnung der ästhetischen Form gehört, wie sie der 'Anti-Kunst' eigen ist. Auch das ist Schein, "aber der Schein, worin sich eine neue Wirklichkeit kundtut." Die revolutionäre Kunst muß in einer 'offenen utopischen Tendenz' das Bild der Möglichkeit anzielen, das eine totale Negation der bestehenden Zustände ist, in denen das Leben von Menschen nicht der kreative Gebrauch von Zeit sein kann, sondern der Gebrauch von abhängiger Zeit, nicht ein Leben zur Äußerung von menschlichen Fähigkeiten, sondern ein Leben unter Polizisten. Revolutionäre Kunst ist die Gestaltung der Negation des herrschenden Lebens. Eine Mai-Parole aus Paris heißt: DIE KUNST IST AUF DER STRASSE. Das meint: die Kunst ist die Umkehrung des Lebens. Wir nehmen uns das Leben als Umkehrung der Kunst. — Außer der Zerstörung der traditionellen Form brauchen wir die Zerstörung der Verkehrsformen der bürgerlichen Kultur, die Veränderungen von Produktionsbedingungen von Kunst: **Das Verhältnis von Produktion und Rezeption muß gewandelt werden wie das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in unserer Gesellschaft.**

Die Aufgabe der revolutionären Kunst ist "permanenter ästhetischer Umsturz"⁵⁹⁾, aber dennoch bleibt bestehen, daß "die Beziehung zwischen Kunst und Revolution . . . eine Einheit von Gegensätzen (ist), eine antagonistische Einheit. Kunst gehorcht einer Notwendigkeit, und sie hat eine eigene Freiheit, die nicht die der Revolution ist. Kunst und Revolution sind vereint in der 'Veränderung der Welt' - beide treten ein für Befreiung. Aber deshalb verzich-

tet die Kunst in ihrer Praxis nicht auf ihre eigentlichen Erfordernisse und ihre eigene Dimension: sie bleibt nicht-operational. In der Kunst erscheint das politische Ziel allein in der Transfiguration mittels der ästhetischen Form⁶⁰). Es gibt eine Antinomie der Kunst und Revolution, die sich im Anspruch auf Genuß durch Schönheit, Erfahrung, Denkbilder äußert. Ist dieser Anspruch ruiniert, ist das Kunstwerk nur noch ein Transportmittel für die politische Aussage, vermag es selbst diese nicht mehr zu transportieren. Eine neue Erfahrung der Wirklichkeit wird dadurch nicht mehr vermittelt, denn "Revolutionäre arbeiten nicht um der Revolution willen für die Revolution, sondern um der Zukunft der Menschen willen. So dient auch die Kunst nicht nur der Revolution, sondern der Entfaltung des Menschen, dem Kampf gegen die Entfremdung und der Abstumpfung und auch der Instandhaltung, Ermutigung, ja Provokation der Menschen bis zur Revolution"⁶¹).

Der Status quo der Intellektuellen politisieren⁶²)

Als uns nach den Springer-Aktionen, ihrer vermeintlichen Niederlage, die Angst von Besiegten ergriff, erwarteten uns bereits die Stellvertreterorganisationen der Avantgarde des Proletariats, die Studentenparteien. Von da an wurde die Politik an der Universität unter der Parole des 'Klassenverrats' geführt (seine Klasse verlassen, das intellektuelle Kleinbürgertum als Bündnispartner des Proletariats, Führung durch die proletarische Klasse). Viele Studenten gingen zu der Aufnahme der proletarischen Erfahrungsweise und der proletarischen Lebensform in die Fabrik, vollzogen dort die "Verpuppung als unmittelbare Produzenten" (Brückner) mit dem schlechten Gewissen der aufgeklärten Intellektuellen. Die "häufig zutage getretene Ansicht, es sei nötig, im Proletariat unterzutauschen, ist konterrevolutionär. Nur Evolutionäre glauben an eine Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung durch 'Mittun' . . . Das Interesse des Proletariats am Klassenkampf ist klar und eindeutig, das Interesse der Intellektuellen, das ja historisch feststeht, ist schwerer zu erklären. Die einzige Erklärung ist, daß die Intellektuellen nur durch die Revolution sich eine Entfaltung ihrer (intellektuellen) Tätigkeit erhoffen können. Ihre Rolle in der Revolution ist dadurch bestimmt: es ist eine intellektuelle Rolle"⁶³). Die Verpuppung des Linksinellektuellen in unmittelbare Produzenten hat nie einen Proletarier aus ihm gemacht, "weil ihm die Bürgerklasse in Gestalt der Bildung von Kindheit auf ein Produktionsmittel mitgab, das ihn auf Grund des Bildungsprivilegs mir ihr, und das, vielleicht noch mehr, sie mit ihm solidarisch macht. Diese Solidarität kann sich im Vordergrund verwischen, ja zersetzen; fast immer bleibt sie stark genug, den Intellektuellen von der ständigen Alambereitschaft, der

Frontexistenz des wahren Proletariats streng auszuschließen"⁶⁴).

„Wozu braucht die Revolution die Intellektuellen?

1. Um die bürgerliche Ideologie zu durchlöchern. Durch die Säure der materialistischen Geschichtsauffassung werden die nackten Interessen der Bourgeoisie reingewaschen. Die "ideellen" Mitläufer werden lahmgelegt. Der Klassenkampf wird verschärft.

2. Zum Studium der Kräfte, die 'die Welt bewegen'. Hauptsächlich in den nichtrevolutionären Situationen kann eine revolutionäre Intelligenz die Revolution in Permanenz halten.

3. Um die reine Theorie weiterzuentwickeln. Durch die Notmaßnahmen, zu denen ihre Isolierung die russische Partei zwang, konnte sich eine Theorie bilden, die ein natürlicher Überbau der ökonomischen Basis wurde. Die Basis aber ist krankhaft.⁶⁵) Der Intellektuelle "muß und will durch die Wahrheit zur Praxis gelangen"⁶⁶). Das ist die revolutionäre Motivation der Intellektuellen. Die Verfolgung der Rationalität, das Suchen nach Wahrheit haben aber eine unerbittliche Konsequenz: den Radikalismus und die Praxis, die Waffe der Kritik muß der Kritik der Waffen weichen. Das ist die Konsequenz von Regis Debray gewesen, von Frantz Fanon, von Amilcar Cabral und von den Militanten der Metropolen.

Wie bereitet sich der Intellektuelle auf seine Bündnisfähigkeit mit anderen Klassen der Revolution vor? Durch die Politisierung seines status quo. Das heißt: Politisierung seiner Stellung im Beruf und die Politisierung seiner alltäglichen Verkehrsformen. Der revolutionäre Intellektuelle muß ein Motor in der gegenkulturellen Bewegung des Landes sein, daran beteiligt, den Terror der Alltäglichkeit unter den Bedingungen der Unterdrückung zu zersetzen: die Stärken des Kollektivismus, der Kooperation und der subversiven Öffentlichkeit zu gewinnen. In Heidelberg hat sich bei den Germanisten eine Gruppe herausgebildet ("Germanisten-Spontis"), die versucht, die Stärken der Revolte wieder zu gewinnen: die Beteiligung der Betroffenen am Kampf über ihr eigenes Interesse, das Innein der revolutionären Politik und der subjektiven Emanzipation, die revolutionäre Phantasie, die Lust am Denken, den Witz der Aktion und die Absperrung gegen die Fachbornierung – aber sie trägt auch an den Schwächen der Revolte: die lockere, unwillige Beziehung zur Gruppe, das Disziplindefizit, die Unlust zur theoretischen Fachkritik. Wir brauchen für unsere Kämpfe **Die Spontaneität, den Mut zum offenen Radikalismus, den Ungehorsam gegenüber der Gruppe, den tendenziellen Fall der Autorität, die revolutionäre Disziplin, die Zerstörung der alten Verkehrsformen und die revolutionäre Rationalität.** Peter Mosler

34) Franz Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt 1966

35) Martin Baethge, Abschied von den Reformillusionen, in: betrifft: erziehung Nr. 11/1972, S. 23

36) Karl Marx, Kapital I, MEW Bd. 23, S. 382

37) vgl. S. 5 ff, Fn. 23

38) M. Baethge, Abschied . . . , S. 22

39) K. Marx, Grundrisse, S. 593

40) Helmut Kittel, Selbstbehauptung der Lehrerausbildung, zit. nach: Kapitalistische Hochschulreform, Erlangen 1972, S. 21

41) Empfehlungen des Bildungsrates, zit. nach Dieter Richter, Ansichten einer marktgerechten Germanistik, in: Das Argument, 72/1972, S. 317

42) zit. nach: Kapitalistische Hochschulreform, S. 119 ff.

43) ebd., S. 64

44) ebd., S. 112

45) vgl. Richter, Ansichten . . . , S. 322

46) ebd., S. 319

47) K.R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. VII

48) Wittgenstein, Tractatus Logico-Philosophicus, S. 112

49) Brecht schreibt in 8 Überlegungen "Über das Ding an sich" "Erkenntnistheorie muß vor allem Sprachkritik sein" (aw 20, S. 140), damit man äußern kann, wie das Erkenntnisinteresse durch das Interesse an der Verwertung, Aneignung und Konsumtion des Dings bestimmt ist.

50) L.S. Wygotski, Denken und Sprechen, Frankfurt 1972

Der Band 2 ("Linguistik") der Reihe Sozialistisches Studium der Roten Zelle Germanistik München kritisiert die Grundlagen der modernen Sprachwissenschaft (Saussure und Noam Chomski). Der letzte Teil äußert sich nur zur "kapitalistischen Produziertheit des Vorgehens der bürgerlichen Sprachwissenschaft" und wagt sich nicht daran, die Überlegungen von L.S. Wygotski für eine Kampfstrategie der Sprachwissenschaftler gegen das Befreiungsdefizit und das verlorene Emanzipationsversprechen der Bernstein und Oevermann zu verwenden. Dieser Mangel kann aber im gegenwärtigen Stand des rebellischen Denkens gegen die Sprachwissenschaft an den germanistischen Instituten des Münchnern nicht vorgeworfen werden. Eine radikale Kritik der Linguistik wird mit der Kritik ihrer Geschichte anheben müssen.

51) K. Marx, Bemerkungen zum Buch von Adolph Wagner, zit. nach B. Foragasi, Dialektische Logik

52) ders., Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 18

53) B. Brecht, Marxistische Studien, aw 20, S. 77

54) H.-J. Krahel, Konstitution und Klassenkampf, S. 306

55) K. Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, sammlung in sel 9, S. 9 ff.

56) RPK Nr. 48/1970, S. 2

57) Materialistische Wissenschaft 1, Zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Literatur im Klassenkampf, Berlin 1971, in "III Das Verhältnis von Basis und Überbau in der Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolution", S. 62 ff.

58) H. Marcuse, Konterrevolution und Revolte, Frankfurt 1973, S. 146

59) ebd., S. 126

60) ebd., S. 124. Diese Erläuterung ist bei Brecht in der gestischen Sprache gefaßt: "Kunst ist autonom, aber nicht autark."

61) Erich Fried, Anmerkungen zu Verhaltensmustern, in: Intellektuelle und Sozialismus, Rotbuch 2, S. 67

62) Diese Überlegungen sind vorläufig. Die Ausarbeitung ist thesenhaft. Sie ist jetzt schon notiert worden, weil die Organisationen der Stellvertretung und der Identitätszerstörung noch immer Zulauf durch junge Linksinellektuelle finden.

63) Brecht, Schwierige Lage der deutschen Intellektuellen, aw 20, S. 53

64) W. Benjamin, Politisierung der Intelligenz, in: Angelus Novus, Frankfurt 1966, S. 427

65) Brecht, aw 20, S. 54

66) Jean Paul Sartre, Der Intellektuelle und die Revolution Neuwied und Berlin 1971, S. 15

Arbeiter und Kleinbürger.

Provisorische Zwischenbemerkung zu einem immer schon geklärten Verhältnis.

Die Studentenrevolte als eine nicht-proletarische und sich dennoch um sozialistische Inhalte organisierende Massenbewegung zeigt exemplarisch, daß der Kapitalismus eine Entwicklungsstufe erreicht hat, auf welcher er generell – fast unabhängig von der Klassenzugehörigkeit – unerträglich geworden ist.

Wie sich die Chancen dafür, daß die Unerträglichkeit der Erfahrung eines Menschen kommensurabel und damit zu einem Energiezentrum für die Entwicklung seiner Lebensgeschichte werde, nach Klassenzugehörigkeiten verteilen, ist keineswegs schon ausgemacht. Weder besteht eine Garantie dafür, daß diese Erfahrung einem Arbeiter in den Schoß fällt noch dafür, daß sie einem Kleinbürger auf immer verschlossen bleibt.

Darüber zu sprechen ist schwer. Habermas ging dem Verfall der Protestbewegung insofern entschlossen voran, als schon zu Zeiten, als den engagierten Studenten Begriffe wie überflüssige Arbeit, Kapitalismus usw. noch Losungen waren und Kristallisationskerne, an denen sich die verschiedensten Leiderfahrungen kräftigen konnten, diese sich für ihn schon zum Material akademischer Tüfteleien normalisiert hatten. Die Kastration von Erfahrungsinhalten kennzeichnet nämlich die Begriffsbildung der Sozialforschung. Arbeit für endloses monotones Leiden; Interaktion für Sprechen, Lachen, Gestikulieren; Rolle für das wie eine Leichenhalle temperierte psychische Klima des Verkehrs unter den Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft. So beschnitten sind diese Begriffe an sich selbst ohnmächtig, wo ihnen keine administrative Gewalt zur Seite steht. In ihnen kommen keine individuellen und kollektiven Leiderfahrungen befreiend zur Sprache, die zu materieller Gewalt werden und als solche die Gesellschaft zertrümmern könnten. Der Filter, durch den die Erfahrungen gepreßt werden, ehe sie in die Einöde sozialwissenschaftlichen Vokabulars münden, sind auf die Eliminierung der wirklichen Bedürfnisse lebendiger Menschen geeicht.

Daß man in der neuen Linken heute von der geölten Maschine einer Partei träumt, ist kein Zufall. Eliminierung von Inhalten und Technokratisierung gehen Hand in Hand. Wer anders als die administrative Gewalt eines Parteiapparates vermöchte auch dem monotonen Singsang von Kapitalismus und Imperialismus, Grund- und Nebenwiderspruch

usw. zu praktischen Konsequenzen verhelfen. In der Hand von scholastischen Tüftlern sind die Begriffe, deren ausschließende Kraft sich einst in der revolutionären Radikalität der Studentenrevolte erprobte, auf dem besten Weg so inhaltsleer und tautologisch zu werden wie das Gebetsmühlengeklapper aus den Propagandaorganen des Ostblocks. Die Eindimensionalisierung der Sprache wird gegenwärtig von Teilen der neuen Linken selbst forciert. Die Studentenrevolte war eine sozialistische Bewegung von Kleinbürgern. Dieser Widerspruch zur orthodoxen Revolutionstheorie ist nicht zu verdrängen oder in diffamierender Absicht auszuspielen, sondern er ist festzuhalten als die lebensgeschichtliche Identität der einzelnen engagierten Studenten wie als Identität dieser Bewegung überhaupt.



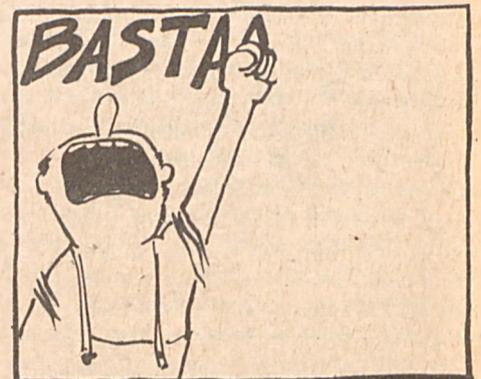
Zu viele sind an der Geschichte dieser Bewegung zugrunde gegangen, manche durch Selbstmord – ein Grund mehr, die gespaltene Identität von friedlichem Kleinbürger und militanten Revolutionär ernst zu nehmen.

Die lebensgeschichtlichen Klippen, an denen zu scheitern man permanent Gefahr läuft, haben ihre Schärfe vielleicht in folgendem Umstand: während der Arbeiter der fragwürdig gewordenen orthodoxen Theorie zufolge schon durch seinen naturwüchsigen Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft und in diesem Zusammenhang potentiell Revolutionär ist, wird es der Kleinbürger nur durch die radikale Liquidierung seines Zusammenhangs mit der bürgerlichen Gesellschaft. Seine Politisierung und Radikalisierung hat zur Voraussetzung die existenzielle Entscheidung, an seiner ursprünglichen naturwüchsigen Identität Selbstmord zu verüben. Das bedeutet: Bruch mit Familie, familiäre Freundschaften, der Perspektive auf ein Bürgerliches Leben, Studium, Beruf usw. Damit

ist der revolutionäre Kleinbürger praktisch eine postrevolutionäre Existenz. Dem Umstand, daß die Utopie sein Lebenselixier ist, verdankt er seine eigentümliche kritische und antizipatorische Kraft wie das Prekäre seiner Existenz.

Nach vollbrachter Tat ist der Kleinbürger ein Deklassierter. Bei Gelegenheit einer Rezension nennt Benjamin den politisierten Intellektuellen einen "Lumpensammler, frühe – im Morgengrauen des Revolutionstages". In diesem Zusammenhang ist Benjamins Mitteilung wichtig, daß im Milieu der Bohème zwischen Berufsverschwörern und Lumpenproletariat garnicht mehr unterschieden werden konnte. Die Nachtasyle der Penner in Bahnhöfen und U-Bahnschächten haben mit der Revolution gemeinsam, daß sie jenseits der bürgerlichen Gesellschaft liegen. Für den deklassierten Kleinbürger ist die Revolution eine Existenzfrage, die er mit unerbittlicherer Radikalität beim geringsten Hoffnungsschimmer verfolgen wird als der Proletarier, der in der bürgerlichen Gesellschaft als Arbeiter immerhin auf seine Weise heimisch ist. Es ist kein Zufall, daß die Kontakte der Studentenbewegung zu anderen Gruppen sich auf ausgeflippte Proletarier – Rocker, Fürsorgezöglinge – beschränkte oder auf Arbeiter, die zur Deklassierung bereit waren und im Gefolge ihrer Politisierung ihren Job an den Nagel hängten.

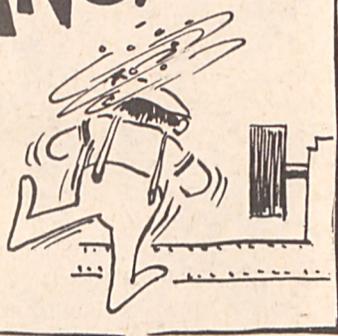
Die Klassengesellschaft zerschlagen könnte heute heißen: die Deklassierung organisieren. Die Angestellten zu politisieren kann doch nur heißen, ihnen bewußt zu machen, daß sie keine Angestellten mehr sein wollen. Die Opel-Arbeiter politisieren kann doch nur heißen, ihnen klar zu machen, daß sie keine Opels mehr bauen und keine Arbeiter mehr sein wollen . . .



Die gediegenen, redlichen, rationalistischen, positiven optimistischen, kurz spießigen Züge der Arbeiterbewegung

sind heute allesamt obsolet geworden. Revolution kann in den kapitalistischen Metropolen nicht heißen: Aufbau des Sozialismus, sondern: Zertrümmerung der Warenwelt. Die erste Aufgabe des "Hammerschlags der Revolution" wäre es, die physische Warenwelt zu zerklopfen. Diese Destruktionsarbeit wäre die einzig noch vorstellbare positive und sinnvolle.

CLANG!



Die Deklassierung organisieren könnte heißen: auf synthetischem Wege jene Erfahrungen herstellen, deren naturwüchsiges Zustandekommen bei den engagierten Studenten die Basis der existenziellen Entscheidung war, den Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft zu liquidieren. Es ist keine Frage, daß eine Revolution in den kapitalistischen Metropolen ohne diese Entscheidung nicht auskommt. Die Strategie der unendlich vielen kleinen Vernunftsschritte im Lernprozeß des Proletariats verrät nur den aufklärerischen Aberglauben an die Allmacht der Rationalität. Daß diese Konzeption idealistisch und voluntarisch anmutet, daraus kann ihr kein Vorwurf gemacht werden. Für den traurigen und entmutigenden Umstand, daß es für die vernünftige Einrichtung der Welt wohl keinen machtvollen Garanten mehr gibt sondern vorläufig nur die hilflose Geste eines entschiedenen Willens zum Besseren, ist sie gewiß nicht verantwortlich zu machen.

Daß solche Überlegungen keine Schreibtisch-Esoterik sind, zeigen etwa die Sabotageakte junger weißer Arbeiter in den neuen Werken von General Motors. In solchen Aktionen haben sich Arbeiter von dem quietistischen Ammenmärchen, je entwickelter der Kapitalismus, je reicher und besser die Produktivkräfte, desto näher der Sozialismus befreit. Hierbei wird aufgezeigt, daß es idiotisch ist, noch vom Doppelcharakter der Ware zu sprechen und mit der Wünschelrute nach pro-

duktiver Arbeit zu suchen, wo doch die Wertform die Naturalform längst total okkupiert hat. Revolutionär ist der Arbeiter heute eben nicht als "produktiver" sondern nur noch als kollektiver Saboteur.

Die Revolution heute erfordert eine ganz andere Radikalität als im 19. Jahrhundert. Konnte man damals davon ausgehen, daß die gegenständliche Welt nur ihren Besitzer wechseln müsse und man danach frisch ans Werk des Aufbaus einer vernünftigen Gesellschaft gehen könne, so ist es heute notwendig, die gegenständliche Welt zu zerschlagen. Sie ist unbrauchbar, materialisierte Brutalität, materialisierte Isolierung – materialisierter Kapitalismus. Man steht gewissermaßen vor der Aufgabe, die Resultate einer hundertjährigen Fehlentwicklung beseitigen müssen um wieder an den Punkt zu gelangen wo die Revolution notwendig gewesen wäre aber versäumt wurde. Der war vor 100 Jahren. Benjamin hat recht wenn er sagt, die Komplexität der Welt vereinfache sich sehr schnell wenn man sie nur unter dem Aspekt betrachtet, was an ihr zerstörendwert ist.

"Wenn der Boden nicht so heiß ist, daß er ihn lieber mit jedem anderen vertausche, als daß er da bliebe, dem habe ich nichts zu sagen. Aber auch wir. . . meinen, daß wir denen, die angesichts des heraufkommenden Bombengeschwader des Kapitals noch allzulang fragen, wie wir uns dies dächten, wie wir uns das vorstellten und was aus ihren Sparbüchsen und Sonntagshosen werden soll nach der Umwälzung, nicht viel zu sagen haben." (Brecht, Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus)

Brecht widerspricht hier dem Aberglauben, revolutionäre Radikalität wäre verbal, in rationaler Diskussion kommunikabel zu machen. In der Tat: Was haben wir dem Arbeiter zu sagen, der kleinbürgerlich um sein Sparbuch, sein Auto und seine Sonntagshosen fürchtet? Was hilft es, ihm den Terminus der Ausbeutung unter die Nase zu reiben, wenn dieser eine analytische Kategorie ist, von der alle erfahrbaren Inhalte abgezogen sind. Was hilft es auch, seine Ängstlichkeit zu beschwichtigen durch die Versicherung, für ihn und seine Habseligkeiten bestehe gar kein Risiko. Die durch die Ängstlichkeit geschärfte kleinbürgerliche Schlaueit ist zu gewitzigt, solche Versicherungen nicht als Betrug zu durchschauen. In der Tat würde eine wirkliche Revolution unter den kleinbürgerlichen Lebensgewohnheiten der Menschen gewaltig aufräumen. Daß keiner ungeschoren davonkäme, weiß jeder, spätestens seit der Kulturrevolution. Benjamins Forderung, die Revolution müsse ihre Energie nicht aus der spießigen Hoffnung auf das Wohlergehen der Enkelkinder sondern aus dem Haß, die Generationen von Unterdrückten und Umgekommenen zu rächen, beziehen, trifft den Kern. Die Sehnsucht nach einem glücklichen Leben kann sich gegenwärtig nicht als Hoffnung auf eine bessere Zukunft konkretisieren, sondern nur als die unumstößliche Gewißheit, daß ein Leben unter diesen Verhältnissen nicht lebenswert ist. Mit dieser Gewißheit verlieren die kleinbürgerlichen Ängste den totalitären Charakter, sämtliche Lebensäußerungen zu beherrschen.
Wolfgang Trakl

jazz

keller
geöffnet ab 21uhr
dienstags geschlossen

frankfurt
am main
kleine bockenheimer
straße 18a

Wider die Spontaneität.

„Spontaneität ist ein ideologisches Produkt der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus.“

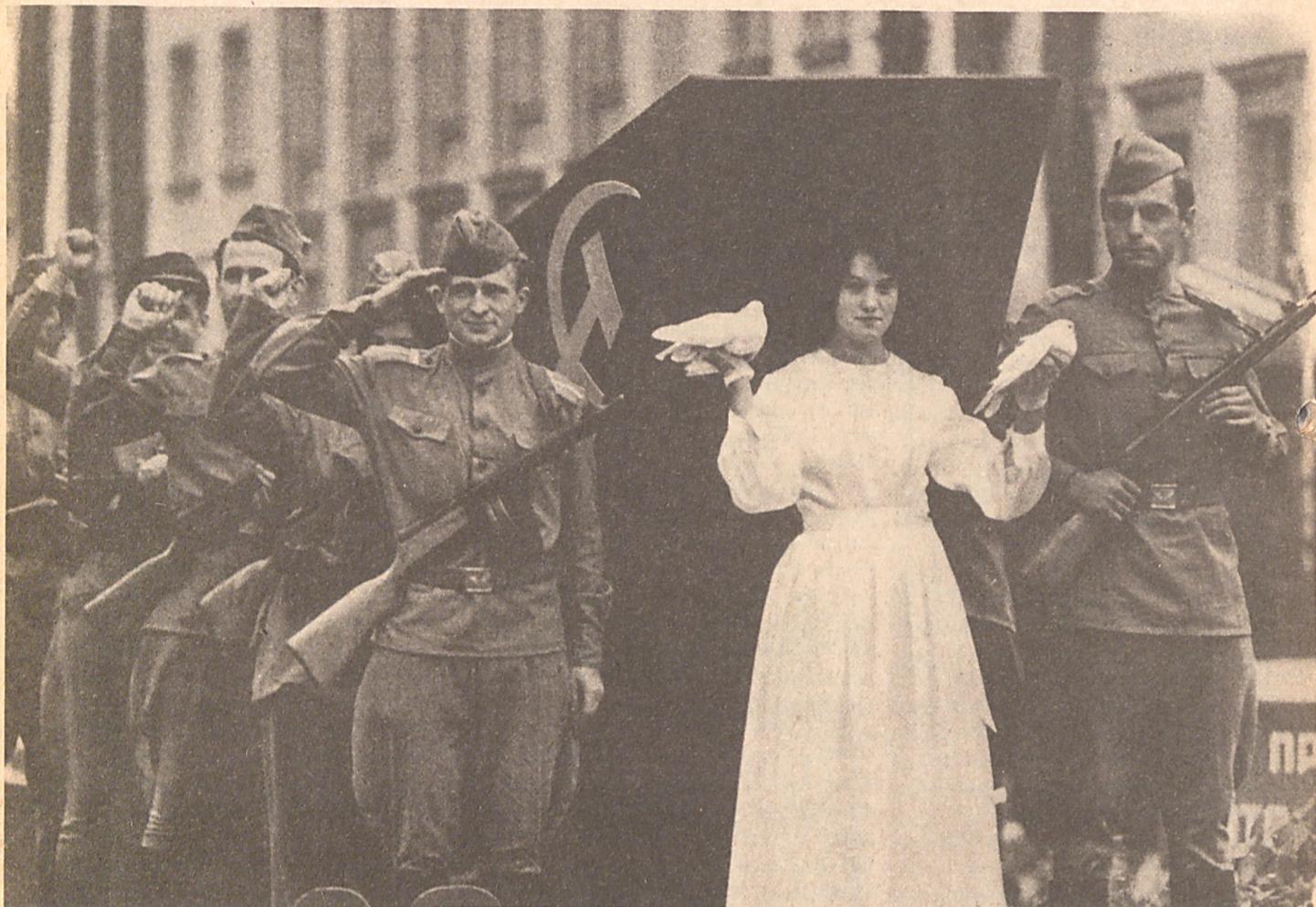


Foto Lebeck

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit opportunistischen Strömungen innerhalb oder am Rande der Studentenbewegung, die der linken Bewegung eine "Neuorientierung" verleihen wollen, wobei diese Neuorientierung in der Überbetonung der Spontaneität und der zumeist subjektivistischen Betrachtungsweise von Emanzipationsproblemen, letztlich nur ein Aufguß der alten Fehler der antiautoritären Studentenbewegung darstellt. Diese Gruppen reichen von dem sozialistischen Büro Offenbach bis zu autonomen Basisgruppen, unter ihnen eine lokale Besonderheit des Frankfurter Raums, dem "Revolutionären Kampf." Die Auseinandersetzung beschränkt sich auf zentrale gemeinsame Aspekte der Ideologie und Praxis dieser Gruppen, und zwar zu Fragen der Spontaneität und Emanzipation und läßt die "spontane" Mannigfaltigkeiten ihrer Erscheinung unberücksichtigt.

Das neuerliche Auftreten solcher spontaneistischen Strömungen ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund verstärkter Massenbewegungen an Schulen und Hoch-

schulen, in denen größere Teile von Jugendliche in die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Herrschaftssystem einbezogen wurden, die noch über keine längeren Kampferfahrung verfügen und sich den Marxismus nur bruchstückhaft angeeignet haben.

Zugleich ist das neuerliche Auftreten des Spontaneismus ein Reflex auch auf die Politik der verschiedensten maoistischen Sekten, die mit ihrer inhaltsleeren und formelhaften Organisationsmeierei und tagtäglich wechselnden Avantgardeansprüchen, ihrer schematischen und unhistorischen Übernahme von partiellen, aus dem Zusammenhang gerissenen Dokumenten oder Organisationsmodellen der Arbeiterbewegung, antikommunistische Vorurteile und eine gewisse Organisationsfeindlichkeit bei Teilen von fortschrittlichen Jugendlichen verstärkt haben.

Der in den letzten Monaten zu verzeichnende Aufschwung von demokratischen Massenbewegungen, Resultat der sich verschärfenden Widersprüche des

staatsmonopolistischen Systems der BRD stellt an eine revolutionäre Organisation erhöhte politische und ideologische Anforderungen. Das Eingehen auf die neuen Bedingungen im antimonopolistischen Kampf an der Hochschule war deshalb eine zentrale Fragestellung auf dem 2. Bundeskongress des MSB SPARTAKUS, der im Februar 1973 in Hamburg stattfand.

Dort wurde insbesondere deutlich herausgearbeitet, daß es gerade jetzt darauf ankommt, die Bereitschaft der Massen zu wecken, selber für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden. Es wurde betont, daß es nicht die Aufgabe einer marxistischen Organisation ist, stellvertretend für die Massen zu handeln oder spontane Massenbewegungen zu administrieren. Vielmehr ist es die Aufgabe von Marxisten, „von außen“ sondern *als Teil* der fortschrittlichen Bewegung, ihrem Kampf Richtung und Ziel zu geben, ihre Bewußtheit und Organisiertheit insgesamt zu erhöhen. Das heißt für den Hochschulbereich vor allem, die Studenten von der

Notwendigkeit des organisierten Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital zu überzeugen und zwar in den stattfindenden Massenkämpfen.

Gerade diese Notwendigkeit der Verbindung von spontanen Bewegungen und der marxistischen Organisation, die Aufgabe im Massenkampf organisierend und vereinheitlichend an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen, wird von den Spontaneisten geleugnet. Das reicht von der erstaunlichen Erkenntnis wie: "Das revolutionäre Bewußtsein wird nicht in die Massen hineingetragen, die Massen werden es aus sich selbst schöpfen"¹⁾, bis hin zu sich differenzierter und intellektueller gebärdenden Vorstellungen, daß eine reine Aufklärungs- und Informationspolitik linkspluralistischer "autonom sozialistischer Gruppen ohne irgendwelche Führungsansprüche"²⁾ für die Entfaltung der antikapitalistischen Bewegung ausreicht. Denn, so Oskar Negt, es ist "nicht mehr in dem gleichen Maße, wie in der Vergangenheit notwendig, den Interessen und Bedürfnissen von außen eine politische Funktion hinzuzufügen, es ist lediglich erforderliche, ihren politischen Inhalt zu entfalten"³⁾

Es ist zunächst erstaunlich festzustellen, daß diejenigen, die noch bis vor kurzem davon ausgingen, daß die Arbeiterklasse und die Masse der Bevölkerung hoffnungslos manipuliert und korrumpiert in das spätkapitalistische System integriert seien und als revolutionäre Subjekte nicht mehr in Frage käme, heute in einer Kehrtwendung um 180 Grad zu einer völligen Überschätzung des eigenständigen revolutionären Bewußtseins der Massen gelangen! Die Position der antiautoritären Studentenbewegung über die totale Integration der Arbeiterklasse ließ sich ja auch angesichts der wachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse in der BRD (Septemberstreiks, die Kämpfe bei Hoesch und Mannesmann, die Bewegungen gegen Mietwucher und Umweltverschmutzung), wohl kaum noch aufrechterhalten. Die Theorie, daß sich revolutionäres Bewußtsein in den Kämpfen aus sich selbst heraus entwickelt, ist bei einer Überprüfung der wesentlichen Inhalte und Ziele der aktuellen Klassenkämpfe in der BRD allerdings genausowenig aufrechtzuerhalten.

Bereits ein Blick auf das Verhältnis von wachsenden und vielfältigen Massenbewegungen einerseits und der gleichzeitigen Bindung der meisten Akteure dieser Bewegungen an die SPD und die Bundesregierung, zeigt, daß das partielle Erkenntnis

von Widersprüchen dieser Gesellschaft und der aktive Einsatz für die eigenen Interessen, zwar einen wesentlichen Schritt darstellt in der Entfaltung des Bewußtseins und des Klassenkampfes, zugleich aber noch nicht um Selbstaufklärung Erkenntnisse über die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und historischen Perspektiven hervorbringt.

Sicherlich sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, ist der Gegensatz von Arbeit und Kapital, die materielle Grundlage für die Entwicklung von Klassenbewußtsein und insofern entwickeln sich in jeder Klassenauseinandersetzung Keimformen von Klassenbewußtsein.

Zugleich wirkt dem fundamental entgegen, die Keimform der bürgerlichen Ideologie ihrer Mystifikation der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse durch den objektiven Schein der die sich als Tauschverhältnis gleichberechtigter Partner darstellt.

"Beide Prozesse: die Tendenz zur Entwicklung von Klassenbewußtsein und die Tendenz zur Produktion und Reproduktion von den kapitalistischen Verhältnissen entsprechenden Formen falschen Bewußtseins, sind zunächst „naturwüchsige“ Prozesse. Aber beide bleiben nicht naturwüchsig. Denn auf ihre Grundlage setzen die organisierten Kräfte der herrschenden Klasse an, um das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten zu deformieren, und ausgehend von der gleichen Grundlage müssen die organisierten Kräfte der Arbeiterklasse und vor allem die marxistische Arbeiterpartei ansetzen um politisches Klassenbewußtsein zu entwickeln."⁴⁾

Diese fundamentale Notwendigkeit des Zusammengehörens von Arbeiterbewegung und kommunistischer Partei für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, wird zwar von der sogenannten "neuen Linken" gerne vergessen, ist jedoch eine Kernaussage.

Diese Einsichten kann nur der nicht nachvollziehen, dessen spontane, verkürzte Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Realität, selbst Ausdruck ist einer Vergangenheit in der bürgerlichen Ideologie.

Spontaneität, wiewohl sie ein treibendes Moment der Auflehnung gegen die kapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse darstellt, ist doch zugleich ein ideologisches Produkt der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus, dessen Gesetze sich hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzen und spontan weder in ihrer Totalität erkannt noch überwunden werden können. Aber

nur durch die Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und der daraus gewonnenen Perspektive der revolutionären Praxis kann die "Emanzipation der arbeitenden Klassen" aus dem Joch des Kapitalismus wirklich erreicht werden. Das unterscheidet ja gerade den Marxismus als *Wissenschaft* der Arbeiterklasse vom utopischen Sozialismus oder idealistischen Sozialismusvorstellungen.

Und gerade in einer Zeit, wo die idealistischen Sozialismusvorstellungen aller Orten, - nach dem Motto: laßt 1000 Blumen blühen -, von der Bourgeoisie gehegt und gepflegt werden, um das Unkraut des Kapitalismus als "demokratischen Sozialismus" a la Willy Brandt besser verkaufen zu können, empfehlen Negt und Konsorten das spontane Wachstum der linken Bewegung als revolutionäres Allheilmittel.

Wissenschaftlich fundierte Strategie und Taktik der kommunistischen Partei für die Entwicklung und Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung? Auf keinen Fall. Das lähmt nur die Eigeninitiative der Massen. So tönen die Antiautoritariarier. Aber es liegt ja auf der Hand. Das Verbot der kommunistischen Partei 1956 war genauso wie die Hetze gegen die DKP heute, nur eine raffinierte Finte der herrschenden Klasse, um die Massen glauben zu machen, die kommunistische Partei wäre gefährlich für das System. Die Massen sollten und sollen - das ist die hinterhältige Absicht der Bourgeoisie -, mit diesen Unterdrückungsmaßnahmen emotional an die kommunistische Partei gebunden werden, damit sie bloß nicht auf den Gedanken kommen, *unabhängig und autonom* und wahrhaft revolutionär aktiv zu werden.

In einer Zeit in der der wachsende spontane Protest der Bevölkerung von den Herrschenden mit einer Vielzahl von ideologischen Verdummungs- und Integrationsversuchen beantwortet wird, braucht die Arbeiterklasse keine Unterstützung "von außen" durch den wissenschaftlichen Sozialismus, durch die kommunistische Partei, heißt es. Schon dieser Gebrauch des Wortes "von außen" ist unredlich. Es soll dem Zuhörer oder Leser suggeriert werden, die Kommunisten würden von außen als Fremde der Arbeiterklasse; als wohlwollende Betrachter, ihre Politik entwickeln. (Wohlgemerkt, dieser Vorwurf kommt von Leuten, die zum größten Teil als Studenten oder Professoren in der Tat von der Arbeiterklasse auch sozial getrennt sind). - Dagegen gilt nicht erst seit heute, daß, je mehr sich spontane Initia-

tive und Kämpfe entwickeln, auch um so mehr die Bedeutung des bewußten und zielgerichteten Elements in diesen Kämpfen — der Kommunistischen Partei — zunimmt.

“Zu einer Zeit, wo die ganze Krise der russischen Sozialdemokratie (der damaligen SDAPR 1901/2, d.V.) daraus zu erklären ist, daß die spontan erwachten Massen keine genügend geschulten, durchgebildeten und erfahrenen Führer besitzen, verkünden unsere Neunmalklugen mit der Tiefgründigkeit des dummen Hans: Es ist schlimm, wenn die Bewegung nicht von unten kommt! . . . Dieser “Antrieb von außen” war für unsere Bewegung nicht zu stark, sondern, im Gegenteil, zu schwach, . . . Aber eben weil ihr ein so niederträchtiges Wort wie “Antrieb von außen” wählt, das unbedingt im Arbeiter (wenigstens im Arbeiter, der ebenso unentwickelt ist, wie ihr es seid) Mißtrauen gegen alle weckt, die ihm politisches Wissen und revolutionäre Erfahrung von außen bringen, das instinktiv bei ihm den Wunsch hervorruft, allen solchen Leuten die Tür zu weisen — eben darum seid ihr *Demagogen*, die Demagogen aber sind die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse.”⁵⁾ Diese Sätze könnte Lenin auch unseren “unabhängigen” Sozialisten ins Stammbuch geschrieben haben.

Genauso demagogisch ist es, die vielfältigen Formen, in denen, in aktuellen Auseinandersetzungen immer wieder Selbstorganisationen, Basisgruppen oder Komitees entstehen, der “traditionellen” marxistischen Organisation, der kommunistischen Partei, als *Alternative* entgegenzustellen. Die Entwicklung solcher Formen und Methoden der verschiedensten Masseninitiativen in aktuellen Kämpfen ist genauso notwendig und wünschenswert, wie es nicht neu ist, daß Marxisten solche Formen unterstützen. Die Entwicklung der Studentenbewegung zeigt aktuell, welche neuen Formen und Methoden der Organisation in Massenkämpfen entstehen können. Bürgerinitiativen, Hauskollektive gegen Mietwucher u.ä. sind relativ neue Organisationsansätze, die in noch weit stärkerem Maße als bisher vorangetrieben werden müssen. Wer jedoch glaubt, diese Formen der Selbstorganisation als *Ersatz* für die einheitliche marxistische Kampforganisation hochstilisieren zu müssen, dem sei gesagt, daß sein Rezept in der Praxis auf nicht viel anderes hinausläuft, als auf die Empfehlung der rechten SPD-Spitze, daß die Bevölkerung in Bürgerinitiativen und ähnlichen Organisationen gesellschaftlich aktiv werden soll, solange sie nicht *organisiert* den Kampf zur Überwindung des kapitalistischen Systems aufnimmt, bzw. so lange sie nicht von Kommunisten “unterwandert” werden.

Die SPD-Führung weiß anscheinend besser als die Anhänger der sozialistischen Büros, daß die Unabhängigkeit und Offenheit der Bürgerinitiativen immer zugleich die Unabhängigkeit von den Interessen der Arbeiterklasse und die Offenheit gegenüber der bürgerlichen Idologie und Politik be-

deuten kann. Es gibt nicht wenige Beispiele von Bürgerinitiativen in der BRD, die in das Konzept von rechter Kommunalpolitik integriert werden konnten.

Es ist sicher eine unbestreitbare Tatsache, daß die Stärke der herrschenden Klasse in der BRD u.a. darin besteht, daß die fortschrittliche Bewegung noch relativ zersplittert ist. Die herrschenden Kreise sind dagegen wohl organisiert und . . . jederzeit in der Lage zentral und politisch einheitlich der demokratischen Bewegung zu begegnen. Größere politische Erfolge in ihrem Kampf können die Arbeiterklassen und ihre Bündnispartner nur dann erringen, wenn sie ihrerseits dem Klassengegner einheitlich und organisiert gegenüber treten.

Daß autonome und voneinander isolierte Basisgruppen diese Aufgabe wohl nicht erfüllen können, ist selbst dem sozialistischen Büro nicht verborgen geblieben. Und wie löst das soz. Büro dieses Problem? Ganz einfach! Nicht politisch, sondern mathematisch! Man addiert einfach die verschiedensten Grüppchen, Sekten und Fraktionen und erhält jetzt eine “überfraktionelle” Linke.

“Die Orientierung auf Basisgruppen und ähnliches — so wichtig sie in Ländern wie der BRD ist, wo die revolutionären Kräfte noch schwach sind — verstärkt einerseits das politische Potential, schwächt jedoch andererseits, da dieser Kampf an der “Basis” und vermittelt dezentralisierter Gruppen nicht oder noch nicht verbunden ist mit dem Kampf auf der Ebene der politischen Macht . . . Subjektiv mögen die meisten von ihnen durchaus die kapitalistische Macht treffen wollen; aber das Gesamtsystem dieses heutigen Kapitalismus, des staatsmonopolistisch organisierten Kapitalismus, die Wurzel seiner politischen Macht, ihrer Stärke sowohl wie ihrer Schwäche innerhalb dieses Systems, die Rolle und Funktion dieser Macht im System bleiben unerörtert. Es wird nicht begriffen, daß aus dem Zusammenwachsen der Macht der Monopole mit derjenigen des Staates einerseits eine stärkere Politisierung des sozialen Kampfes, andererseits die stärkere Konfrontation mit der politischen Macht bei der Durchsetzung möglicher sozialer Reformen folgt.”⁶⁾

Ein wesentliches Kennzeichen der formalen, bürgerlichen Betrachtungsweise der Spontaneisten ist es, Organisationsformen von ihrem politischen Inhalt zu trennen. Während Basisgruppen, Komitees usw., nach ihrer Meinung “an sich” revolutionären Charakter tragen, haben natürlich umgekehrt die marxistischen Organisationen, die kommunistische Partei einen “an sich” bürokratischen und autoritären Charakter. Allein, wie sich in autonomen Basisgruppen zutiefst autoritäre Strukturen entwickeln können, sich Einzelpersonen oder Gruppen herausbilden können, die andere in der Gruppe dominieren, hat die antiautoritäre Studentenbewegung zu genüge gezeigt. Nur daß sich die Herausbildung von bestimmten mehrheitlichen Positionen und führenden Personen zumeist dem Zufall unterworfen sind und nicht inhaltlich hergeleitet werden können, weil es dafür keine Kriterien gibt.

Sicherlich haben sich in Hochphasen der Studentenbewegung in informellen Beratungen und Zusammenschlüssen Momente solidarischer und demokratischer Diskussion herausgebildet, die fruchtbringend und vorwärtsweisend für die Entwicklung der Studentenbewegung waren. Doch zumeist waren und sind diese Momente auf aktuelle Kampfsituationen beschränkt.

Längerfristig und kontinuierlich konnte diese “Vollversammlungsatmosphäre” — denn sehr viel mehr als eine Atmosphäre war es nie gewesen — nie aufrechterhalten werden, weil spätestens nach einer gescheiterten Aktion die inhaltlichen Kontroversen wieder aufbrachten. Die eigentliche Praxis, das Umsetzen der Beschlüsse,



blieb, abgesehen vom Flugblattverteilen, doch an einigen Autoritäten hängen.

In solchen Organisationsformen ist aber vor allem die *Kontrolle* der politischen Praxis der Mitglieder der Organisation, wie insbesondere ihrer Führer, ein Ding der Unmöglichkeit.

Selbstverwaltung von einzelnen Betrieben oder Abteilungen der arbeitenden Bevölkerung ist solange eine gefährliche Illusion oder zumindest rudimentär, wie sie nicht Bestandteil des siegreichen *einheitlichen, gesamtgesellschaftlichen* Handelns der Arbeiterklasse ist. Doch dieses einheitliche gesamtgesellschaftliche Handeln der Arbeiterklasse kommt weder spontan, noch auf Grund eines Fernschreibens des sozialistischen Büros zustande, wie unschwer einzusehen ist.

Wieviel stärker stellt sich das Problem erst in wirklich revolutionären Situationen, wo es um die Niederringung der politischen Macht des Klassengegners geht. Wenn Negt schreibt: „... es kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß die Gründung der Sowjets nicht Resultat irgendwelcher Parteiinitiative war. Lenins Losung; „Alle Macht den Sowjets“ gründete sich auf die Erfahrung, daß sie die eigentlichen Träger der politischen Gewalt im Lande sind“,¹⁾ unterschlägt er natürlich, daß ohne die führende Rolle der Bolschewiki in den Sowjets die russische Revolution niemals wirklich vorangekommen wäre, niemals gesiegt hätte. Umgekehrt ist das Scheitern der Novemberrevolution in Deutschland doch hauptsächlich auf das Fehlen einer einheitlich organisierten kommunistischen Partei bzw. deren zu späte Gründung zurückzuführen.

Demgegenüber ist der demokratische Zentralismus der organisatorische Ausdruck der dialektischen Verbindung von Interessen und Bedürfnissen einzelner Mitglieder oder Abteilungen der Arbeiterbewegung und dem Gesamtinteresse der Arbeiterklasse, von spezifischen Forderungen und Bewegungen in Teilbereichen und der Notwendigkeit des einheitlichen Auftretens der Gesamtorganisation gegen den einheitlich organisierten Gegner.

Er ermöglicht die breite demokratische Diskussion über Inhalte und Ziele der Politik, ihre geschlossene Umsetzung und zugleich die Kontrolle und Rechenschaft für einmal gefaßte Beschlüsse.

Daß die marxistischen Organisationsprinzipien kollektive Diskussion und Beschlüßfassung, Verbindlichkeit der Beschlüsse, zentrale, einheitliche Leitung, nicht in jedem Moment den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen Rechnung trägt, dafür jedoch ein Höchstmaß an demokratischer Willensbildung verbindet mit der notwendigen Einheitlichkeit und Schlagkraft der Organisation – und zwar nicht nach den Gesetzen des Zufalls oder der Pluralität, sondern auf der parteilichen Grundlage der Ideologie der Arbeiterklasse, – das ist allerdings für den klein-

bürgerlichen Individualismus nicht nachvollziehbar, heute genauso wenig wie vor hundert Jahren. „Statt gegen die Regierungen und gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, werden wir darüber spintisieren, ob auch jeder Artikel unserer Statuten, jeder Kongressbeschlüß das getreue Abbild der künftigen Gesellschaft sein wird. Statt unseres vollziehenden Ausschusses – ein bloßes statistisches und Korrespondenzbüro, das selber zusehen mag, wie es mit den selbständigen Sektionen fertig wird, die so selbständig sind, daß sie nicht einmal eine durch ihre eigene freie Zustimmung geschaffene leitende Autorität anerkennen dürfen; damit verletzen sie ja ihre erste Pflicht, nämlich die, ein getreues Vorbild der zukünftigen Gesellschaft zu sein! Vom Zusammenfassen der Kräfte, von gemeinsamer Aktion, ist keine Rede mehr.

Ja keine Parteidisziplin, keine Zentralisation der Kräfte auf einen Punkt, keine Waffen des Kampfes! Wo bliebe da das Vorbild der künftigen Gesellschaft?“⁸⁾

Der intellektuell gewitzte Spontaneist wird natürlich sofort, wenn schon das gegeneinander Auspielen von den „eigentlichen marxistischen“ Auffassungen von Marx und Engels gegenüber den „dogmatischen“ Auffassungen Lenins zur Parteifrage nicht gelungen ist, – wobei in einer solchen Argumentation zumeist noch die Position Lenins zu den Normen des Parteilebens in der Illegalität flugs mit der gesamten Lenin'schen Parteitheorie gleichgesetzt wird, – verweisen auf die andere historische Situation unter heutigen kapitalistischen Verhältnissen gegenüber der damaligen russischen Situation. Ähnlich verfährt auch Oskar Negt, allerdings mit Hilfe eines – zutiefst dümmlichen Taschenspielertricks. In dem oben erwähnten Artikel gibt er zuerst ein Zitat Lenins wieder. „Den Parteigedanken unter dem Gesichtspunkt des Kommunismus zu verneinen, heißt einen Sprung machen von der Vorstufe des Zusammenbruchs des Kapitalismus (in Deutschland) nicht zur untersten und nicht zur mittlersten, sondern zur höchsten Phase des Kommunismus.“ Im nächsten Satz fährt er fort mit einer Schilderung der erdrückenden Krassheit der Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse im damaligen Rußland, um danach zur These zu kommen; „Diese Bedingungen haben sich in den fortgeschrittensten kapitalistischen Industrieländern heute verändert.“⁹⁾

Aus dieser Gedankenkette zieht Negt den Schluß, daß die Kommunistische Partei im damaligen Rußland berechtigt war, heute aber nicht mehr. Nun haben sich die Formen der Ausbeutung in den imperialistischen Ländern sicherlich verändert, nur daß wir uns in der BRD bereits in der höchsten Phase des Kommunismus befinden, ist dem Verfasser bisher leider verborgen geblieben, das bleibt das alleinige Geheimnis Oskar Negts. Solange Herr Negt dieses Geheimnis nur für sich behielte, wäre das kein besonderes Problem.

Wenn er und seine Freunde jedoch glauben, mit solchen Auffassungen die demokratische und Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik beglücken zu müssen, so kann seine Position objektiv nur als konterrevolutionär bezeichnet werden. „Die kleinbürgerliche linke Auffassung des Organisationsproblems ist die direkte Entwaffnung der Revolution im Namen der verbal bejahten Revolution. Angesichts der Tatsache, daß der Gegner über Macht verfügt, in seinem Kampf täglich Planung, Zentralisation, Organisation und Disziplin in hohem Maße ausnutzt, den Arbeitern zu sagen: „Organisiert euch nicht“ oder wenigstens: „Diszipliniert euch nicht“, heißt, ihnen die Möglichkeit des erfolgreichen Kampfes zu nehmen, also alles beim alten zu lassen. Die Verherrlichung der Spontaneität in einer durch kapitalistische Bedingungen vielfach atomisierten und bürgerlich manipulierten Masse läuft auf eine Sabotage am Klassenkampf der Volkskräfte hinaus.“¹⁰⁾

Spontaneität und Bewußtheit, informelle Organisationsformen und einheitliche marxistische Kampforganisation, „Basisdemokratie“ und demokratischer Zentralismus, sind jeweils nicht als Alternativen zu begreifen, sondern als dialektisch verbundene, ineinanderwirkende Prozesse in der Entwicklung des revolutionären Kampfes der Arbeiter- und Studentenbewegung.

Doch wie ein roter Faden zieht sich durch die gesamte Argumentation der Spontaneisten und „unabhängigen“ Sozialisten zu diesen Fragekomplexen, die Überbetonung der spezifischen – und Sonterinteressen, der subjektiven Bedürfnisse einzelner Gruppen oder Abteilungen der fortschrittlichen Bewegung, des revolutionären Willens und der Emotion, auf Kosten des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse und des wissenschaftlichen Sozialismus. Das aber verweist auf den letztlich individualistischen und idealistischen und damit bürgerlichen Kern ihrer theoretischen Anschauungen.

Bernhard Mutius MSB Spartakus

- 1) aus „Wir wollen alles“, Zeitung des RK und ähnlicher Gruppen, März 73
- 2) Für eine neue sozialistische Studentenbewegung, Heinz Funke Zeitschrift „links“ Nr. 38.
- 3) Oskar Negt, aktuelle Fragen der Organisation, „links“ Nr. 39
- 4) Zur Bildung und Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD. Einleitungsreferat auf der Konferenz des IMSF, S. 21
- 5) W.I.Lenin, Was tun, S. 51, in: über den Parteaufbau, Berlin 1959
- 6) Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, S. 22, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 15
- 7) Oskar Negt, aktuelle Fragen der Organisation, „links“, Nr. 39
- 8) Aus einem Artikel von Friedrich Engels gegen die Bakunistische Opposition in der Internationale, in „Volksstaat“. „Der Kongress von Sonvillier und die Internationale“, geschrieben Januar 1872
- 9) Oskar Negt, aktuelle Fragen der Organisation, „links“, Nr. 39
- 10) Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 15

Solidarität mit KSV und KPD?

Wir lassen uns nicht nehmen, was wir sowieso nicht brauchen!

Eine Minderheit in der Redaktion war mit der Tendenz des nachfolgenden Artikels aus den „Schwarzen Protokollen“ nicht einverstanden und infolgedessen nicht für dessen Abdruck. Notwendige politische Auseinandersetzungen ausgerechnet in Verbindung mit einer Repression oder Repressionsdrohung seitens des bürgerlichen Staates gegen die unmittelbar gefährdete Gruppe zu richten hat in der Linke eine unrühmliche Tradition. Schossen beispielsweise anlässlich der schärfsten RAF-Hysterie tausend RAF-Kritiken aus den Schreibtischen, so findet sich ähnliches in Verbindung mit der zeitweiligen KPD-Verbotsdrohung wieder. In diesem Kontext gewinnt Kritik, die in der täglichen praktischen Auseinandersetzung besser verortet wäre, durchaus denunziatorischen Charakter, auch wenn sie durch eine Konstruktion einer Quasi-Solidarität im Artikel angereichert wird. Die Linke sollte tunlichst vermeiden ausgerechnet den bürgerlichen Staat zum Schiedsrichter im Fraktionskampf instrumentalisieren zu wollen. Red.

Mit Unterschriftensammlungen, Resolutionen und Demonstrationen versucht der KSV einem drohenden Verbotsantrag des Berliner Senats entgegenzuwirken. Für uns stellt sich wieder mal die Frage, Solidarität mit dem KSV, mit der KPD? Solidarität wie und mit wem?

Die oben genannten Formen des Protests haben sich, gemessen am Ziel („Hände weg von . . .“, „Weg mit . . .“, „Für ein . . .“) und nicht zuletzt durch ihren inflationären Gebrauch, als zunehmend wirkungslos erwiesen. Sie haben sich innerhalb der antiautoritären Bewegung aus der Notwendigkeit heraus gebildet, gegen ein umfassendes Meinungs- und Informationsmonopol und gegen ein entsprechendes Verständnis von Öffentlichkeit eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Diesem Ziel entsprechen die Mittel. Gegenöffentlichkeit hat sich in vielfältiger Weise durchgesetzt, in Betrieb, Schule, Uni und Wohnviertel, Aufklärungsarbeit über die Taktiken, Intrigen und Gegenzüge von der Kommunalbehörde bis zum Innenminister werden ständig geleistet und bleiben nicht ohne Erfolg: die Beteiligung der BRD am Cabora-Bassa-Projekt ist nur aufrecht zu erhalten bei gleichzeitiger Unterstützung der Frelimo durch SPD und Kirche, die gewaltsame Räumung besetzter Häuser ist nicht ohne den propagandistischen Schlag gegen die Makler und den Versuch, ein neues Bodenrecht gerade in solchen Augenblicken der Öffentlichkeit anzubie-

ten, möglich, und der Kampf gegen die Linke in Schule und Betrieb ist verbunden mit Konzessionen an die Belegschaft wie mit der Veränderung der Schulbücher.

Studenten, Schülern und Lehrlingen sind Ziel und Mittel des Staates, verfassungsfeindliche bzw. kommunistische Gruppen zu verfolgen, anlässlich der Kampagnen gegen SDS, Rote Zellen, RAF und Rauch-Haus hinreichend klageworden, – Solidarität stand jeweils außer Frage. Wenn sich beim KPD/KSV-Verbot die Frage der Solidarität stellt, bzw. KPD/KSV erst mühsam eine Solidarität ankurbeln müssen, Solidarität sich spontan nicht herstellt, so liegt das nicht an der Unaufgeklärtheit der anderen, wie es uns die Flugblätter und Reden von KPD/KSV immer unterstellen, indem sie zum tausendsten Mal den Zusammenhang herstellen zwischen den Kommunistenprozessen von 1852 und der Kommunistenjagd heute, sondern am Verhältnis von KPD/KSV und uns, den Anders- oder Nichtorganisierten, – an dem Zweifel ob KPD gleiche oder ähnliche Ziele verfolgt wie wir. Es ist der Tenor ihrer Flugblätter und Ableitungen, uns zu suggerieren, in ihren Zielen seien auch die unseren enthalten. Wenn sie sich also verzweifelt bemühen, Solidarität herzustellen, so ist dies als Versuch zu werten, das Schweigen, das ihnen als Votum bereits entgegenschlägt, durch einen lauten Solidaritätsrummel zu über-tönen.

Die permanente Anwendung historisch bedingter Kampfformen wie die oben aufgezählten auf alle möglichen Sachverhalte führt zu einem Substanzverlust des Protests selbst, und zwar auch durch die Form, in die er gepreßt wird. Im Zusammenhang damit steht der Anspruch von KPD/KSV, sämtliche Solidaritätsaktionen für sich zu vereinnahmen. Die Folgen, die sich aus einer solchen Politik ergeben, sind: Spott und Zynismus, Apathie und Abwehr, Schweigen und Abkehr von jeglicher Solidarität. Verständlich! Denn in der Alternative „Unter der Führung der KPD oder gar nicht“ steckt der Versuch der KPD, das Bedürfnis oder den Anspruch aus Solidarität in eine ihrem politischen Kalkül unterstehende Form zu kanalisieren. Die Vielzahl von Organisationen und Organisationsformen, – Kampfaktivs, Komitees, Liga, KSV und schließlich KPD selbst –, sind wie ein Schwamm, der jede Regung in sich aufzusaugen sucht, dessen tägliche Nahrung es ist, antikapitalistische und systemkritische Initiativen seinem Inneren einzuverleiben. Gelingt

ihm das nicht, trocknet er aus. Kreativität im Kampf, neue Kampfformen, selbständiges Handeln außerhalb ihrer Kontrollmöglichkeit ist im Selbstverständnis von KPD/KSV tendenziell gegen sie gerichtet: die Gefahr, daß eine Aktion, ein Erfolg sich außerhalb des KP-Rahmens manifestieren könne und damit ihren Führungsanspruch und die Absolutheit ihrer Gesellschaftsanalyse infrage stellen können, ist einfach zu groß. Anders ausgedrückt: der Anspruch, die revolutionäre Alternative zum bestehenden System zu sein, birgt nicht nur die ständige Gefahr eines Verbotes durch die herrschenden Kräfte, sondern zwingt auch zu permanenter Legitimation der Partei gegenüber den Massen. Die Vorstellung von der ideellen Einheit von Partei und Masse verlangt die Resonanz der Masse. Die Partei kann es nicht der Masse überlassen, ob und wie sie reagiert.

Ein Beispiel aus der Welt, in der KP's sich etabliert haben: der Wunsch breiter Bevölkerungsschichten der staatskapitalistischen Länder, sich mit Vietnam und Chile zu solidarisieren, wird nicht einfach Spiel und Raum gegeben . . . Die solidarische Aktivität bekommt ein Aktionsfeld zugewiesen, in welchem Aktivität und Solidarität getrennt sind: freiwillige Aufbauschichten und Geldsammlungen, Lieder und Festivals sind die Formen, in denen Aktivität sich austoben kann bzw. muß. Die Solidarität des sozialistischen Lagers selbst vermittelt der Staat ohnehin auf diplomatischer oder handelspolitischer Ebene dem betreffenden Land, unabhängig davon, ob der Wunsch nach Solidarität oder gar der Wunsch gegen eine Solidaritätserklärung der Bevölkerung besteht. Man sieht, daß Solidarität in ihrer Äußerung nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern nur über die Identifikation mit dem Staat, mit der Partei, sich äußern darf. Besonders deutlich wurde dieser Sachverhalt in den ersten Tagen nach dem Chile-Putsch in den Publikationsmedien der DDR. In den Sendungen des DDR-Rundfunks wurden die neuesten Hiobsbotschaften aus Chile, Verhaftungen, Folterungen und Massaker gekoppelt mit Nachrichten von Solidaritätsaktionen im eigenen Land. Eine wahre Produktionsschlacht überflutete die DDR fast wie unter der Devise „Nur ein starker Verbündeter nützt Chile“. Die Analogie zu KPD/KSV ist evident. Die Sich-Solidarisierenden sollen nicht irgendwie Solidarität üben, sondern sich „fest um die Avant-

garde der Arbeiterklasse scharen“, damit diese „gefestigt aus den Klassenkämpfen“ hervorgehe und die „revolutionären Kräfte“ zu neuen, siegreicheren blabla führen könne.

Die Form der solidarischen Äußerung ist passiv und gleichgültig: in der Überzeugung, daß Handheben, Unterschrift und Demolieren weitgehend ohne Aussagerwert geworden sind, leistet man Solidarität, deren Abstraktheit gerade noch den tiefen Graben überbrücken kann. Das Unbehagen, gleichzeitig für eine bestimmte Politik votiert zu haben, bleibt trotz zögerlicher Abgrenzung, und findet sich in der jeweils nächsten Nummer der Roten Fahne (Erfolgsmeldung der KPD) bestätigt. KPD/KSV haben sich für die angeführten Mittel nicht deshalb entschieden, weil ihnen die Kritik an diesen Formen noch nicht zu Ohren gekommen ist, sondern weil ihr Ziel, die Eroberung der Staatsmacht, nicht beliebige Mittel zur Auswahl läßt. In ihrer Organisationsform von den bürgerlichen Parteien unterschieden, ist ihre Vorstellung von der Funktionsweise des Staates ähnlich: der Staat ist der Vertreter der ideellen Gesamtinteressen der Gesellschaft, an die Stelle einer kapitalistischen Regierung ist die proletarische Partei zu setzen, ansonsten funktioniert sein Prinzip unverändert. Über das Stellvertreter- und Vermittlerprinzip zur Befreiung zu gelangen, ist für uns unmöglich. Ebenso wie wir den Staat als eine besondere Institution, die durch ihre bloße Existenz uns in Individuum und Staatsbürger zerteilt, kritisieren und umwälzen müssen, um frei zu werden, ebenso logisch ist es, die Formen von Interessenartikulation und Mittel der Umgestaltung der Gesellschaft als Einheit zu begreifen.

Unsere Kritik an den Zielen der KP muß stets die Kritik an ihrer Organisationsform mit einschließen; der Inhalt ihrer Vorstellungen von Gesellschaft und Emanzipation bedingt notwendig die Form, in der sie sich organisieren, um ihre Ziele zu erreichen. Durch die Konstituierung als Partei, als Vermittler zwischen besonderen Interessen, und wo an der Macht, auch als ausführendes Organ, wird sie einen Zustand von Unterdrückung und Unmündigkeit fortsetzen, dessen Beseitigung Inhalt unseres Kampfes ist und auch unter der Herrschaft einer KP sein würde. Gegen Macht und Herrschaft kämpfen, heißt nicht nur gegen deren momentane, sondern auch gegen deren potentielle Träger kämpfen. Unser Kampf ist radikal, insofern er die Fundamente

von Staat und Gesellschaft selbst mit umzuwälzen trachtet. Der Kampf von KPD/KSV ist radikal nur gegen die anderen Parteien als Konkurrenten um die Macht. Die Trennung von Staat und Gesellschaft wird nicht grundlegend angetastet, sie ist zur Ausübung der Macht notwendige Voraussetzung. Entsprechend diesen Zielen unterscheiden sich die Mittel des Kampfes von KPD/KSV und uns. Wir können uns daher weder mit dem KSV noch mit der KPD solidarisieren, nur weil sie im Moment von der etablierten Macht verfolgt werden. Es wäre schizophoren, der KPD Solidarität zu gewähren und gleichzeitig zu wissen, daß wir unter ihrer Herrschaft die ersten Opfer wären. Die Ermordung tausender Genossen im Spanischen Bürgerkrieg durch die Stalinisten, die Denunziation unliebsamer Genossen durch die KPF an die Gestapo während der Besetzung 40-45, die Auslieferung griechischer Genossen an die Junta durch die VR Bulgarien und nicht zuletzt unsere eigene Erfahrung bei Diskussionen, – „Für Euch kommt auch noch die Stunde der Abrechnung“, „wir werden Lenins Abrechnung mit Leuten Eures Schlags konsequent zuende führen“–, sollten uns ein für allemal klarmachen: keine Solidarität mit der KPD!

Die Vorstellung, die trotz dieser Erkenntnis dennoch ein Gefühl von Solidarität hervorbringt, ist die, daß die Aktionen des Staates morgen uns selbst treffen können. Das Schicksal von alter/neuer KPD ist uns so ziemlich egal, schicksalhaft wird es für uns, weil der Staat mit dem Schlag gegen die KPD auch uns zu treffen sucht. Doch sind dies unterschiedliche Ebenen.

In der Gleichsetzung von KPD mit dem linken Lager liegt ein Trugschluß. Das 'linke Lager' ist eine Abstraktion von der tatsächlichen Heterogenität der Linken. Nur zu einem Bruchteil ist diese parteilich organisiert.

Die Frage ist, wieweit die Aktionen der Staatsmacht gegen ML-Organisationen das 'Linke Lager' tatsächlich insgesamt treffen.

Da gibt es zunächst einmal jene bewußt unspezifisch gehaltenen Aktionen im Vorfeld staatlicher Agitation und Propaganda. Hier werden die Begriffe Maoisten, Stalinisten, Anarchisten, Troztkisten, Terroristen, Marxisten-Leninisten usw. weitgehend synonym gebraucht. Nicht zuletzt durch diese staatliche Propaganda wird die Existenz des einheitlichen 'Linken Lagers' immer wieder neu postuliert, nur aus der Position der herrschenden

press express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und
Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen
und Genossen, die sozialistische
Betriebs- und Gewerkschafts-
arbeit machen

Abonnementsbestellung bei
Verlag 2000 GmbH
605 Offenbach am Main 4
Postfach 591

Einzelpreis DM 1,–
Bezugspreis, jährlich, DM 12,–
+ 2,40 Versandkosten

Staatsmacht ist dieses "Linke Lager" überhaupt als solches zu sehen. So lange staatliche Aktivitäten sich aber in diesem propagandistischen Rahmen bewegen, reagiert das als Einheit angesprochene Lager durchaus nicht einheitlich. Weder die konkurrierenden Avantgarde-Organisationen noch die in allen möglichen Teilbereichen der Gesellschaft arbeitenden autonomen Gruppen haben ein Interesse, die Identifikation nachzuvollziehen.

Die Aktivitäten der Staatsmacht beschränken sich jedoch nicht auf den propagandistischen Rahmen, wenn auch jeder Schlag gegen eine spezifische Organisation des "Linken Lagers" von jener unspezifischen Propaganda begleitet wird. Doch dieses Zusammenspiel täuscht. Um eine bestimmte Organisation zu zerschlagen, muß die Staatsmacht auf deren Struktur eingehen. Das Verbot des KSV trafe nicht zugleich die Häuserräte, Kinderläden, Frauenzentren, Stadtteilgruppen usw. — auch wenn die begleitende Propaganda dies zwecks Einschüchterung suggeriert. Die Organisationsstrukturen der nichtparteilichen Linken zu zerschlagen, bedarf es anderer Maßnahmen als eines Parteiverbots. Die Schwierigkeiten der Staatsorgane wachsen in dem Maß, wie ihnen die Organisations- und Kommunikationsstrukturen fremd sind. Wenn also die Zerschlagung der Kommunikationsstrukturen innerhalb der nichtparteilichen Linken zweifellos schwieriger als ein Parteiverbot wäre, so bedeutet das freilich nicht, daß wir nichts zu befürchten hätten, auf Solidarität also nicht angewiesen wären. Die Diskrepanz zwischen unseren Organisationsformen und denen des Staates entspricht aber zugleich einer Diskrepanz zwischen der staatsähnlichen ML-Parteihierarchie und unseren Organisationsformen. D. h., daß wir nicht auf die Solidarität der ML-Bewegung rechnen können, wenn sich Staatsmaßnahmen spezifisch gegen uns richten. Wer sich auf einen — von vornherein fragwürdigen — Solidaritätshandel mit der ML-Bewegung einläßt, sollte sich im klaren sein, daß sein Solidaritätsvorschuß bestenfalls in ML-Währung zurückgezahlt wird: Solidarität als Führungsangebot.

Wenn oben festgestellt wurde, daß der Staatsapparat verschiedene Organisationsformen des "Linken Lagers" nicht zugleich treffen kann, so heißt das nicht, daß er "die Linke" als ganze nur propagandistisch angreifen könnte. So treffen z. B. Berufsverbote im öffentlichen Dienst in der Tat das gesamte "Linke La-

ger", auch wenn die Zuordnung der Individuen erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Gerade weil die "die Linke" als ganze und nicht als eine besondere Organisation angegriffen wird, stellt sich hier aber nicht das Problem der Solidarisierung mit einer ML-Organisation. Der Kampf aller aktuell oder potentiell Betroffenen ist nicht eine Frage der Solidarisierung mit einer Organisation deren Prinzip man ablehnt, sondern geschieht unmittelbar aus eigenem Interesse. Zunächst spricht aber auch nichts dagegen, daß dieser Kampf vieler gemeinsam geführt wird. Im Gegenteil! Das wird allerdings dann unmöglich, wenn einzelne Organisationen diesen allgemeinen Angriff auf das "Linke Lager" als Angriff, der sich hauptsächlich und eigentlich nur gegen sie richtet, definieren und demzufolge gemeinsam kämpfen für sie heißt: unter ihrer Führung kämpfen. Der Kampf einer Partei gegen die Verbotsdrohung einer anderen Partei läßt unangetastet, was beiden gemeinsam ist, nämlich die Organisationsform. Die Provokationen der KPD gegen den Staat haben das Ziel, ihr Kraftfeld sichtbar werden zu lassen. Ist sie zu weit gegangen, droht ihr infolgedessen ein Verbot, so ist unsere Solidarisierung mit ihr nicht Ausdruck einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Haltung, sondern wir spielen die Rolle des Puffers, hinter dem sich die KPD zurückzieht mit der Parole "Wir sind alle vom Staat bedroht!". Haben wir diese Funktion erfüllt, ist die akute Gefahr vorüber, spielen wir wieder die Rolle von Hofnarren in ihren Polemiken. In ihrer Strategie und Taktik sind wir Kanonenfutter, keine Verbündeten.

Der KSV macht viel Lärm über das Vorgehen des Staates. Er spricht von "unerhörter Tat", "skrupellosem Vorgehen", "empörendem Verhalten". Aber ist der KSV wirklich empört?

Nach KSV-Meinung gibt es 2 Sorten von guten Menschen, die einen mit dem Durchblick Kommunisten genannt, und die anderen bemitleidenswerten Naivlinge, Fortschrittliche genannt. Die einen kennen den Staat der kapitalistischen Gesellschaft bereits aus ihren Analysen, sie wissen, wie er handeln wird, weil er so handeln muß. Für sie kommt die Verbotsdrohung nicht überraschend. Aber für die anderen. Die glauben beinahe noch an den Weihnachtsmann, ganz bestimmt aber an die "demokratischen Rechte des Volkes" und sind, so KSV-Milchmädchenrechnung, schwer empört, wenn diese Rechte sich als

nur demokratisch erweisen, d.h. durch Macht interpretierbar. Damit die Fortschrittlichen sich zu Gunsten des KSV empören, tut er so, als sei er Gleicher unter Gleichen und *empört sich vor*.

Der KSV hat seine Empörung nicht als Würgen in der Kehle oder Brummen im Kopf, sondern er hält sie in den Händen, bereit, sie mit kaltem Kopf einzusetzen oder zurückzuhalten. Seine Empörung ist unecht, deshalb macht er umso mehr Lärm. Sie ist eines seiner taktischen Mittel, andere Leute hinter sich zu bringen.

Die Forderung, alle Parteien zu destruieren, bedeutet positiv, alle Parteien zuzulassen, bis die Mündigkeit der Repräsentierten jene überflüssig gemacht hat. Wir sind also gegen ein Verbot von KPD/KSV, obwohl wir uns nicht mit ihnen solidarisieren. Wenn wir uns gegen ein Verbot von KPD/KSV aussprechen, so aus der Überlegung heraus, uns vom Staat nicht vorschreiben zu lassen, mit wem wir uns auseinandersetzen sollen und mit wem nicht. In gleicher Weise wehren wir uns dagegen, vom KSV uns vorschreiben zu lassen, welcher Professor an der Uni lehren darf, welcher Kongreß als fortschrittlich gilt und was verderblich ist für unsere Seele. Die betroffenen Gruppen sind selbst reif genug, sich inhaltlich mit Koenigs, Baring und Löwenthal auseinanderzusetzen und ihnen die Lust zu nehmen, Unsinn zu verzapfen. Erkenntnis- und Kritikprozesse kommen nicht durch Verbote ingang, sondern durch inhaltliche Konfrontation. Gemäß ihrem Selbstverständnis können Staat und KP nur mit Verboten reagieren, — wie sich die Brüder gleichen.

Wie uns in KPD/KSV ein Stückchen Staat entgegentritt, so im Staat ein Stückchen sozialfürsorgender Partei-Kommunismus.

Quellenangabe für Org. Artikel „Was tun“
Heidelberger Hochschulzeitung der SIM
Schwarze Protokolle
Nr. 124. 1974



Geschichten von Herrn E.

Bemerkungen zu einer Streitschrift
des bekannten Nationalökonom
Prof. Dr. Wolfram Engels.

Da gibt es doch immer wieder Leute, die machen sich so ihre Gedanken. Nehmen wir zum Beispiel Herrn E., seines Zeichens Professor für Betriebswirtschaftslehre, Prädikan dieses Fachbereiches und auf dem besten Wege, zum wirtschaftlichen Chefideologen der Dregger-CDU zu werden, nachdem er noch bei den letzten Wahlen als CDU-Kandidat in einem Frankfurter Wahlkreis durchgefallen war.

Er registriert nicht nur wachen Auges, was auf wirtschaftlichem und sozialem Feld in der Welt passiert, er sucht und findet auch Erklärungen für dies und jenes und entwickelt darüberhinaus Vorstellungen, wie man vieles besser machen könnte, in unserer sozialen Marktwirtschaft, versteht sich.

Eine Auswahl dieser Gedanken hat Herr E. kürzlich in einer Broschüre vorgelegt, die den poetischen Untertitel "Streitschrift wider falsche Propheten mit Bart und Computer" trägt. Nehmen wir uns also auch an dieser Stelle einiger der Gedanken des Herrn E. einmal näher an und prüfen wir, was daraus zu lernen sei.

Lernziel: Der Leser der Broschüre möge - falls er nicht ohnehin schon felsenfest davon überzeugt ist - glauben, daß die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik die beste aller möglichen Wirtschaftsordnungen dieser Welt ist und bleiben wird für alle Zukunft (wenn die CDU bald wieder an die Regierung kommt).¹ Können wir aus diesem Lernziel selbst bereits erste Lehren ziehen? Wir können! Zeigt sich doch hier schon deutlich, daß Herr E. keineswegs in der Manier des "neutralen Wissenschaftlers" argumentiert - wie dies die meisten seiner Prof-Kollegen tun - sondern daß er seine Nationalökonomie bewußt und offen für eine politische Meinung instrumentalisiert. Nicht etwa daß er sich dadurch inhaltlich von den genannten Kollegen unterscheidet. Auch diese treiben - uneingestanden und z.T. vielleicht sogar unbewußt - Apologie des Kapitalismus.² Der Unterschied ist, daß Herr E. seine Parteilichkeit bereitwillig zugibt. Für diese Offenheit sei ihm gedankt.

Allein, die Tatsache, daß damit bewiesen sei, wessen Süppchen der Herr E. kocht, wird dieser selbstverständlich vehement leugnen. Ist für ihn doch die soziale Marktwirtschaft nicht etwa nur für die Kapitalistenklasse - deren Existenz er denn auch fröhlich leugnet (S. 71) - die beste aller Welten. Nein, sie ist es für alle Menschen, für Dich und mich, Arbeiter

und Beamte, Manager und Kanalschiffer! Wie kann Herr E. das behaupten und kann er es auch beweisen?

Nun, seine ganze Broschüre gibt vor, Beweis dieser These zu sein. Im Grunde allerdings braucht Herr E. es gar nicht zu beweisen, hat er doch durch einen "kleinen Kunstgriff" die Frage bereits vorab wie eine Seifenblase zerplatzen lassen:

Jeder Mensch ist Unternehmer.

"... ist allerdings jeder, der wirtschaftet, ein Unternehmer, auch der Arbeitnehmer, der seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkauft, oder für eine Prämie einen Verbesserungsvorschlag macht." (S. 26) Wir wollen an dieser Stelle die Tatsache, daß die meisten Arbeiter beim System der Honorierung von Verbesserungsvorschlägen von den Unternehmen nach Strich und Faden übers Ohr gehauen werden, nur am Rande erwähnen. Wichtiger ist, daß uns Herr E. mit dem Kunstgriff, einfach alle zu Unternehmern zu machen, das Bild des Menschen nach dem des Kapitalisten zu formen, auf eine lange Tradition der bürgerlichen Ökonomie (BÖK) stößt, eine Tradition, die ihre reale Wurzel in der "verkehrten Realität" der kapitalistischen warenproduzierenden Gesellschaft hat.⁵

Spätestens seit der Neoklassik gehört zu einem der grundlegenden Dogmen bürgerlicher Ökonomie die Behauptung, daß es den wirtschaftenden Menschen gebe, der im Prozess der Befürfnisbefriedigung durch den Einsatz möglichst geringer Mittel einen erstrebten Erfolg zu erreichen suche oder aber mit den ihm zur Verfügung stehenden Mittel einen maximalen Erfolg erringen wolle. Dieses ahistorische und asoziale "Grundmuster" ökonomischen Verhaltens wird ganz unabhängig vom Gegenstand, auf den es gerichtet sein mag, zum eigentlichen Thema ökonomischer Theorie gemacht.

Für Menschen dieses Typs wird die optimale Wirtschaftsordnung "gesucht", und, siehe da, in der sozialen Marktwirtschaft gefunden. Die Katze beißt sich in den Schwanz, vorn wird das kapitalistische Verhaltensmuster als allgemein menschliche Verhaltenskonstante eingegeben, hinten kommt der Kapitalismus als die diesem Verhalten optimal gerecht werdende Wirtschaftsordnung heraus. Bewiesen wird so, was vorab bereits durch Definition gesetzt worden ist.

Nun ist aber - und das unterscheidet Herrn E. doch beträchtlich von den meisten zeitgenössischen Ökonomen - der heutigen BÖK dieser Zirkelschluß doch weitgehend bewußt. Die Neoklassik - auch wenn sie in den meisten gängigen Lehrbüchern fröhlich Urständ feiert - wird nur noch kritisiert. Herr E. allerdings ficht das nicht an. Im Gegenteil, wie wir noch sehen werden. Wenngleich nämlich eigentlich schon wegen dieser tautologischen Grundannahme sein "Beweis" wie ein Kartenhaus zusammenfällt, wollen wir noch etwas näher hinschauen, ist es doch eine ganz besondere Marktwirtschaft, an der dem Herrn E. gelegen ist.

Faszinierend ist die Unverfrorenheit des Verfassers. Unbeeindruckt vom Sachverstand der Realität und vom Diskussionsstand in der gegenwärtigen Theorie, auch von konservativer Seite, werden die plattesten und zu Dutzenden von Malen von allen Seiten widerlegten Ladenaufhänger der Marktwirtschaft hervorgekramt, wie etwa der von der uneingeschränkten sozialen Nützlichkeit der Gewinne: „In einem System mit dezentralisierten Entscheidungen ist das Gewinnstreben der Einzelnen notwendige Bedingung für das Wohl der Allgemeinheit. Man neigt dazu, denjenigen Unternehmer, der sich mit angemessenem Gewinn zufrieden gibt, moralisch höher einzustufen. In Wirklichkeit erfüllt dieser Unternehmer seine gesellschaftliche Funktion nicht. Die Gewinne werden in einer Marktwirtschaft um so kleiner, je mehr der einzelne Unternehmer nach größtmöglichem Gewinn strebt." (S. 26)

Kann es sein, daß der Mann noch niemals etwas von wirtschaftlicher Konzentration und den Möglichkeiten monopolistischer und oligopolistischer Preisbildung gehört hat? Kann es sein, daß er die aus Arzneimittel- und Lebensmittelpreisen sowie den Mieten resultierenden nachweisbar außerordentlich hohen Gewinne für die Folgen eines unzureichenden Gewinnstrebens der Arzneimittel- und Nahrungsmittelkonzerne sowie der Grundstücks- und Häuserbesitzer hält und nicht für das Resultat des Einsatzes massiver ökonomischer und außerökonomischer Macht zum Zwecke der Gewinnmaximierung?

Sollte es doch so etwas wie wirtschaftliche Konzentration geben, so folgt daraus rein gar nichts, auf jeden Fall nicht die Gefahr einer Machtausübung, denn: "Wer in einer Marktwirtschaft Macht ausüben will, muß dafür Einkommenseinbußen hinnehmen." (S. 47)

Wie Engels sich das denkt, macht er an folgenden, Milton Friedmann entlehnten, Beispielen über Diskriminierung der Neger in den USA deutlich: „Die Diskriminierung der Neger führt dazu, daß ihr Lohn niedriger liegt als der eines gleich qualifizierten Weißen. Der Unternehmer, der in dieser Situation dennoch Weiße als Arbeitskräfte einstellt und nicht Neger, muß höhere Löhne als eigentlich notwendig zahlen und erleidet damit eine Gewinneinbuße. Dieser Zusammenhang macht die Machtausübung in einer Marktwirtschaft um so vieles unwahrscheinlicher als in anderen Wirtschaftsformen.“ (S. 47)

Logische Folgerung: Da die Unternehmer alle nach höchstmöglicher Gewinn streben, werden sie zunächst mal die Neger beschäftigen, ehe sie auf weiße Arbeitskräfte zurückgreifen. Die Neger sind zwar diskriminiert, aber nicht arbeitslos, wenn ihre Löhne auch niedriger sind als die vergleichbarer weißer Arbeitskräfte. Was aber, wenn die Neger diskriminiert und arbeitslos sind?

Es muß befremden, daß man einem so der Marktwirtschaft verhafteten Menschen, Professor zumal, wie Engels vorrechnen muß, daß die Höhe des Gewinns sich nicht nach der Höhe der Kosten sondern nach der Höhe der Differenz zwischen Kosten und Erlösen richtet. Der Gewinn kann also durchaus steigen, wenn die Kosten steigen, Hauptsache die Erlöse steigen stärker. Und auf der Grundlage dieser Selbstverständlichkeit liegt das Problem der Machtausübung dann doch etwas anders: Wenn ein Konzern mit großem Werbeaufwand einen Konkurrenten vom Markt verdrängt und dann die Preise kräftig erhöht, so handelt es sich hier um den Einsatz von Macht, der sehr rentabel ist.

Wenn früher die Handelsgesellschaften mit militärischer Gewalt Kolonien erschlossen haben, so vorauslagten sie die entstehenden Kosten nicht aus Pioniergeist, sondern in Erwartung fetter Geschäfte. Und wenn heute ITT der CIA eine Million Dollar zur Bekämpfung der Volksfrontregierung in Chile gibt und es geschieht tatsächlich ein Putsch der Rechtsfront, dann war diese Million Dollar eine äußerst rentable Investition.

Wer mit derartigen betrügerischen Argumentationen über die Unrentabilität des Machteinsatzes hausieren geht, zeigt nicht, daß er keine Ahnung hat, sondern daß er wider besseres Wissen schreibt und gezielte Volksverdummung betreibt: Er muß sich die Frage nach dem Auftraggeber gefallen lassen.

Es erscheint mir jedoch fraglich, ob der Auftraggeber mit dem abgelieferten Produkt glücklich werden wird. Zumindest in einigen Punkten müßte er sich einigermaßen kompromittiert fühlen. Zum Beispiel, wenn Engels sich anschickt, das höchst aktuelle und besonders für die politische Rechte höchst delikate Probleme der Mitbestimmung auf seine Weise zu lösen. Indem er nämlich erklärt, die Lösung liege schon längst vor, es gäbe gar kein Problem, die gegenwärtige Diskussion laufe wieder mal ganz falsch. Welche Lösung?

Ganz einfach, die Speisekarten-Lösung. Wie jeder Gast dadurch, daß er in ein Restaurant geht und bestimmte Speisen bestellt, langfristig über die Gestaltung der Speisekarte unmittelbar mitbestimmt, so auch in der Wirtschaft: „Wir haben heute in den Unternehmen die Mitbestimmung nach der ersten Art (nämlich die unmittelbare Mitbestimmung, J.H.). Die Arbeitnehmer entscheiden, ob sie in einem Betrieb arbeiten wollen, oder ob sie diesen verlassen.“ (S. 52)

Segnungen der Marktwirtschaft.

Während die modernen Vertreter der BÖK, etwa vom Schlage eines Herrn Gahlen³⁾, die Mängel des Systems mit Reformen zu verkleistern versuchen, geht Herr E. einen ganz anderen Weg. Er leugnet Mängel und will im Gegenteil die alte Dynamik des freien Spiels der Kräfte überall dort, wo ihm heute der Wohlfahrtsstaat zu viel die Finger drin hat, restaurieren. Er sagt: „Gerade unter Intellektuellen gilt es heute vielfach als ausgemacht, daß die Marktwirtschaft zwar bei der Beseitigung des Mangels an Konsumgütern

ihre Meriten gezeigt habe, daß sie aber bei den Bedürfnissen, um die es heute geht, zunehmend versagt, daß sie mehr Probleme produziert als löst. So schiebt man unbeschleunigt alles, was man heute für unbefriedigend hält, der sozialen Marktwirtschaft in die Schuhe. In den meisten Fällen zeigt eine genauere Analyse, daß es gerade die Eingriffe in diese Ordnung sind, die Schwierigkeiten erzeugt haben.“ (S.8/9) Folgen wir der Argumentation im Detail. Außerordentliche Erfolge, so Herr E., habe die Marktwirtschaft erzielt und könne sie in Zukunft noch erzielen: „Man wirft den Marktwirtschaften heute vor, daß der Wettbewerb weitgehend außer Kraft gesetzt sei, daß die Bedingungen für die Möglichkeit der Marktwirtschaft heute nicht mehr vorliegen. Das Gegenteil ist eher richtig. Der Wettbewerb ist in den letzten 100 Jahren oder auch in den letzten 20 Jahren funktionsfähiger geworden.“ (S.36) Begründung: Fasst alle Märkte seien heute international hart umkämpft, zudem gebe es in weit stärkerem Maße als heute Substitutionskonkurrenz.

Was ist von dieser These zu halten? Nun der angeblich so scharfe internationale Wettbewerb ist seit jeher das Argument derjenigen, die die nationalen Konzentrationsbewegungen verniedlichen wollen, allerdings ein völlig falsches Argument. Denn wenn ich hier in der BRD z.B. Margarine fast nur noch von Unilever kaufen kann, dann nützt mir die Tatsache, daß Unilever in den USA noch einige Konkurrenten hat, überhaupt nichts. Auf der Käuferseite sind nämlich die Märkte immer noch fein säuberlich separiert. Und eingegrenzt auf den nationalen Bereich heißt es schlicht alle verfügbaren Daten auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, der Wettbewerb sei dort schärfer geworden. Eine kleine Tabelle mag das belegen⁴⁾:

Entwicklung des Konzentrationsgrades in führenden Industriezweigen der BRD (In Prozenten)

Konzern je Zweig	Anteil am Umsatz		Anteil an der Zahl der Beschäftigten des Zweiges	
	1961	1969	1961	1969
3 Konzerne der chem. Industrie (a)	38	49	41	46
8 Konzerne Elektro (b)	60	68	62	68
4 Konzerne Stahl (c)	61	65	66	60
5 Konzerne Auto (d)	76	92	61	76

(a) Bayer, Hoechst, BASF

(b) Siemens, AEG, Bosch, Grundig, IBM-Deutschland, BBC, SEL, Felten & Guilleaume

(c) Thyssen, Mannesmann, Hoesch, Krupp

(d) VW, Daimler, Opel, Ford, BMW

Auch die Substitutionskonkurrenz ist überhaupt kein Argument mehr zu einer Zeit, wo die Verflechtungen sich längst nicht mehr auf einen Markt beschränken (ein Begriff, der im Übrigen operational ohnehin nicht faßbar ist), sondern weit darüber hinaus greifen und in Form von Holdings heute etwa von Autos bis zu Briefpapier und Revolverpatronen reichen. Darüberhinaus kann dieses Argument alles und damit wiederum nichts beweisen: schließlich konkurrieren um das Budget der Konsumenten *alle* Konsumgüter miteinander.

“Im Ergebnis ist die Einkommensverteilung in der BRD gleichmäßiger als in den meisten anderen Staaten der Welt.” (S. 42) Ja, die Einkommensverteilung ist so gleichmäßig, daß Umverteilungskonzepte, wie sie etwa z.Zt. in Bonn in Planung sein sollen, völlig überflüssig sind: “Zur Verteilung bietet sich nur der “reine Gewinn”, also rund drei Prozent des Volkseinkommens an.” Hier lohnt es sich, näher hinzuschauen. Was mag das denn sein, der “reine Gewinn”. Die Rechnung der Herrn E. geht wie folgt:

Volkseinkommen (enthält nicht Abschreibungen, also Ausgaben zu Kapitalerhaltung)	100 %
Arbeitseinkommen der Unselbst.	67 %
Rest	33 %
Arbeitseinkommen der Freiberufl. ca.	15 %
Mieten, Pachten, Zinsen ca.	10 %
Rest	8 %
Risikoprämien (Kapitalverzinsung) ca.	5 %
Rest (“reiner Gewinn”)	3 %

Fazit: “Würde man diese (3 %) voll dem Arbeitseinkommen zuschlagen, so ergäbe sich eine einmalige Erhöhung um knapp 4 %; allerdings wäre damit gleichzeitig der Motor des wirtschaftlichen Fortschritts zerstört. Man muß sich diese Größenordnungen vor Augen halten, wenn man das Utopische vieler gesellschaftlicher Heilspläne erkennen will.” (S. 27)

Die Zahlen des Herrn E. sind in der Tat zum Weinen. Die armen Kapitalisten, ist man geneigt auszurufen, nur ganze 3 % bekommen sie wirklich vom “großen Kuchen”, für den sie doch mit ihrer Dynamik und ihrem gesunden Gewinnstreben so etwas wie die Hefe oder das Backpulver sind. Wenn Du Dir die Tränen getrock-

net hast, lieber Leser, dann schau doch mal selbst in den Quellen⁵) nach, Du wirst erkennen, daß hier ein besonders schlaues Milchmädchen dem Herrn E. die Feder geführt hat.

Zwar ist es richtig, daß staatlicher Umverteilungspolitik sehr enge Grenzen gesetzt sind, doch dafür sind ganz andere Gründe maßgebend, als sie Herr E. zu benennen weiß. Denn nicht etwa mangels Masse des “umverteilbaren Kuchens” gibt es keine großen Möglichkeiten einer wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung. Immerhin wären – bei einer Grundentscheidung, nur noch Arbeitseinkommen zuzulassen, eine Entscheidung, die allerdings innerhalb des Kapitalismus und erst recht durch staatliche Reformpolitik unrealisierbar erscheint – alle Kapitaleinkünfte (also zusätzlich Mieten, Pachten, Zinsen, Risikoprämien einschließlich der vom Herrn E. überhaupt nicht berücksichtigten Re- und Neuinvestitionen) potentiell unverteibar.

Der wirkliche Grund für den utopischen Charakter einer immanent bleibenden Umverteilungspolitik, die die gegebenen Eigentumsverhältnisse tabuisiert, ist eben in jenen kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen zu suchen. Durch die nämlich wird sowohl die Teilhabe an der Produktion (Lohnarbeit versus: Kapital) als auch an den Ergebnissen dieser Produktion (Arbeitslohn versus Profit) determiniert, andererseits der Rahmen um die Möglichkeiten des kapitalistischen Staates bestimmt.

Vergleich mit der DDR.

Diese Segnungen der Marktwirtschaft, von denen Herr E. noch eine Reihe weiterer ähnlich fundiert herausarbeitet, hat sie in der BRD unter besonders schwierigen Bedingungen hervorgebracht, wie Herr E. in der Gegenüberstellung BRD : DDR zu berichten weiß.

Immerhin habe die BRD nach dem Kriege ca. 2 Millionen Flüchtlinge aufnehmen und miternähren müssen. Und das hätte uns hier wirtschaftlich gegenüber der DDR stark zurückwerfen müssen. Denn: “Tatsächlich war die Abwanderung – volkswirtschaftlich gesehen – ein Vorteil für den Osten und ein Nachteil für den Westen. Denn die Arbeitskräfte, die aus der DDR kamen, mußten ihre Kapitalausstattung dort lassen. Die Kapitalausstattung pro Kopf im Osten wurde durch die

Abwanderung größer. Umgekehrt mußten die Westdeutschen ihre Kapitalausstattung mit den Zuwanderern teilen, sie wurde also pro Kopf kleiner. Die Abwanderung hätte das Pro-Kopf-Einkommen der DDR erhöhen, das in der BRD vermindern müssen, nicht umgekehrt.” (S. 16) Trotzdem ist es hier größer als in der DDR, dank der Marktwirtschaft, wird dem Leser suggeriert.

Nun müßte erstens auch Herr E. genau wissen, daß eine Pro-Kopf Zahl überhaupt nichts aussagt über die realen Einkommensverhältnisse, zumal bei der zweifellos sehr unterschiedlichen Verteilung in der BRD und der DDR. Aber nicht dies ist das eigentlich Frappierende an seiner Argumentation. Man stelle sich die “Abwanderung ohne Kapitalausstattung” doch einmal konkret vor. Während etwa von der Abwanderung in beiden deutschen Staaten jedem Arbeiter eine Maschine zur Verfügung stand, steht nach Abwanderung vielleicht jede dritte Maschine in der DDR still, während in der BRD im Mehrschichtbetrieb eine weit höhere Kapazitätsauslastung als vorher möglich ist.

Aus der Verknüpfung von Kapitalausstattung und Pro-Kopf-Einkommen muß wohl abgeleitet werden, die Wertschöpfung erfolge – allein oder überwiegend – durch den “Produktionsfaktor Kapital”. Am höchsten ist wohl das Pro-Kopf-Einkommen im Extremfall dann, wenn eine arbeitsfähige Person die ganze Kapitalausstattung eines Landes bedient. Hier ist dem Professor für Bankbetriebslehre in Befolgung seiner gewohnten monetären Denkweise ein herrliches Eigentor gelungen.

Den Wettbewerb restaurieren!

Es findet sich in der Broschüre jedoch noch ein Vorschlag, mit dem Herr E. wohl auch im Kreise von Leuten, die ihren Kopf nicht nur als Hutständer benutzen, nicht hinter dem Berge halten würde. Er betrifft die Zukunft der Marktwirtschaft, wie sie sich Herr E. wünscht und wurzelt in seiner Anschauung, daß nur dort in der BRD Mängel zu verzeichnen sind, wo die Gesetze des Marktes *nicht* wirksam sein können, wegen der Borniertheit der sozialdemokratischen Reform-Ideologen, wie Herr E. zu belegen weiß.

Er fordert: Installierung von Wettbewerbsstrukturen auch in vielen Bereichen des “öffentlichen” Sektors: Wohnungsbau, Hochschule, Krankenversorgung, Ver-

kehrswesen. Kurzum, sagt Herr E.: "Für den Staat kommt es nicht darauf an, alle Aufgaben in die eigene Hand zu nehmen. Es kommt darauf an, die Weichen so zu stellen, daß der Motor der Privatinitiative den Wagen in die richtige Richtung treibt!" (S. 80)

Das aber heißt im Klartext: Rückkehr zum guten alten Adam Smith mit der helfenden Unterstützung des Staates. Diese seltsame Verknüpfung von Sozialstaatsillusion und Neoliberalismus muß sich allerdings einige Fragen gefallen lassen: Welche Segnungen der Marktwirtschaft sind es denn, die man mit der Restaurierung von Wettbewerbselementen wieder gewinnen könnte? Sind es nicht gerade die antikapitalistischen Aktionen der von diesen "Segnungen" Betroffenen, die das hervorgebracht haben, was sich die Marktwirtschaft als soziale Errungenschaften heute auf die Fahnen heften? Herr E. bejubelt den Rückgang der Arbeitszeit von früher 16 (S. 23) auf heute 8 Stunden pro Tag bei freiem Samstag. Sind diese Arbeitszeitverkürzungen eben das Ergebnis des Wettbewerbs der Unternehmen um Arbeitskräfte? Herr E. feiert die Erfolge der privaten "Umweltschutz-Industrie", die sich allerdings bisher vor allem — und das ist auch das einzige Argument, das Herr E. vorbringt — in Kurssteigerungen von derartigen Unternehmensaktien an der Börse niedergeschlagen haben. Ansonsten werden unsere Flüsse immer schmutziger, und dies ist eine der Segnungen der Marktwirtschaft. Wenn tatsächlich die Ruhr — wie Herr E. behauptet — einer der saubersten Flüsse der BRD ist, so liegt das hauptsächlich daran, daß die großen Wasserverschmutzer-Industrien (Chemie) eher an Rhein und Main als eben an der Ruhr angesiedelt sind. Herr E. lobt die angeblich gut funktionierenden privaten Krankenversorgungssysteme in den USA und der Schweiz. Sollte er für seine nähere Umgebung blind sein? Ist nicht die private Diagnoseklinik in Wiesbaden erst kürzlich pleite gegangen? Und wenn Herr E. etwas mit diesem Argument beweisen wollte, daß wer Geld hat auf den Privatstationen ärztlich versorgt wird, nehmen wir's mit Zustimmung zur Kenntnis.

Fassen wir zusammen: Nur wer Geschichte lediglich als ein von hinterhältigen Geschichtslehrern erfundenes Marterinstrument zum Einpauken von Jahreszahlen dieser und jener Kriege ansieht, kann die Ergebnisse der historischen Entwicklung des Kapitalismus derart auf den Kopf

stellen und zu solchen Ergebnissen und Vorschlägen kommen wie der Herr E.

Gerade die enorme Inhumanität der kapitalistischen Gesellschaft ist es doch, die sich als Ergebnis der Befolgung der Marktgesetze historisch auch auf der Ebene der Erscheinungen überall dokumentiert. Und fast alle sozialen "Errungenschaften" der BRD heute sind das historische Ergebnis des solidarischen Kampfes der Ausgebeuteten gegen die Segnungen der Marktwirtschaft, nicht wegen, sondern trotz kapitalistischer Verhältnisse durchgesetzt. Der kapitalistische Staat konnte in der Geschichte nur deshalb die antikapitalistischen Kämpfe in Reformen

kanalisieren, weil er nicht an die Gesetze einzelkapitalistischer Verwertung gebunden ist.

Freimann, Huffschmid

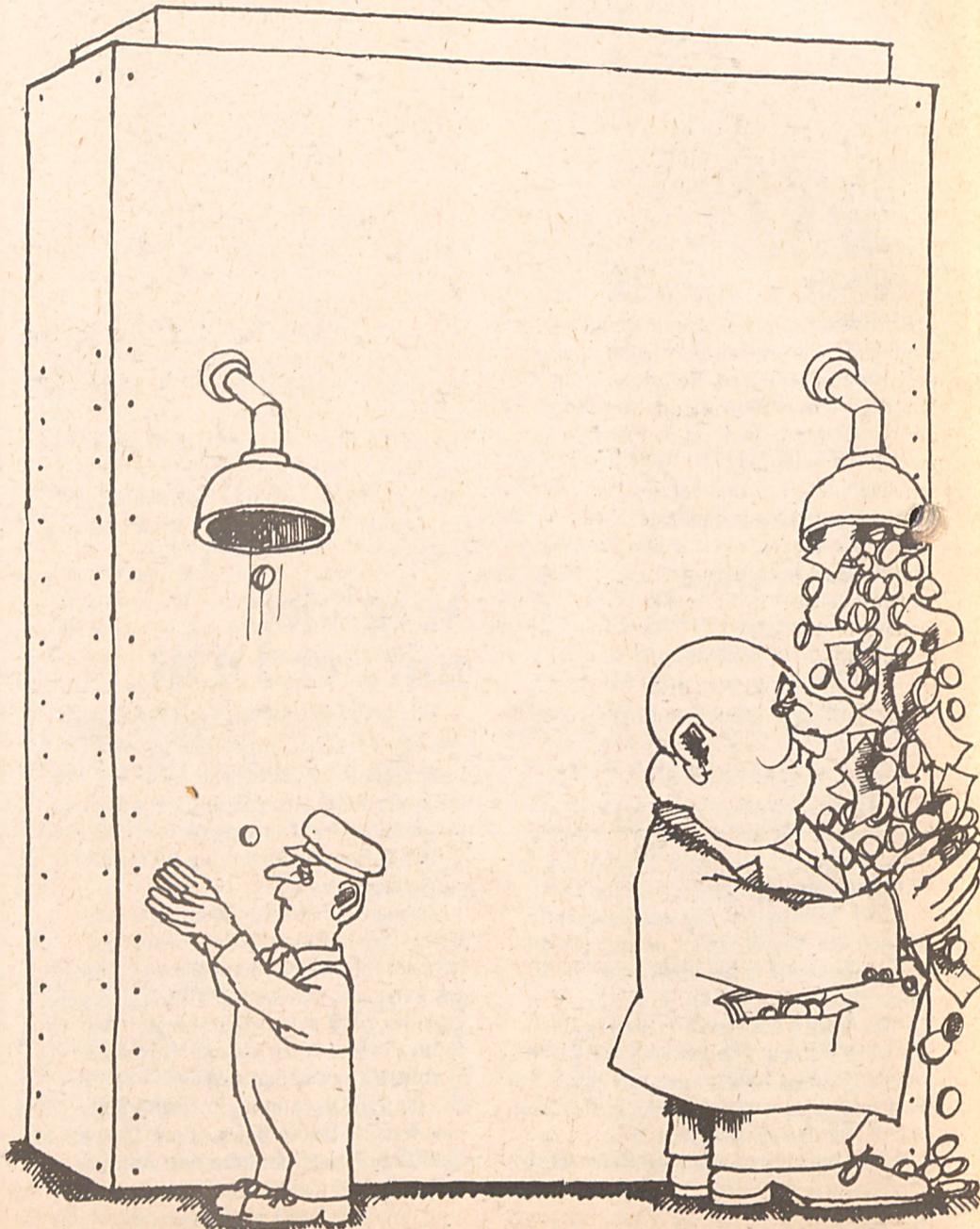
1) Herr E. macht diesen neumodischen Kram der Lernzielformulierung nicht mit. Das hier formulierte Lernziel der Broschüre des Herr E. basiert daher auf einer Gesamteinschätzung des Textes und seiner Stoßrichtung durch den Verfasser dieser Zeilen.

2) Siehe hierzu auch: Hoffmann, W.: Das Elend der Nationalökonomie, in: ders. Universität, Ideologie, Gesellschaft, Ffm. 1969, S. 117 ff

3) Gahlen/Hardes u.a.: Volkswirtschaftslehre, eine problemorientierte Einführung, München 1971

4) Huffschmid, J.: Politik des Kapitals, S. 49

5) etwa bei: Huffschmid, J.: Die Politik des Kapitals, Ffm. 1969 oder Jaeggi, U.: a.a.O.



Persien-BRD: Neue Phase des Imperialismus.

Anfang Januar verfügte das Auswärtige Amt Einreiseverbote gegen persische Studenten, die, aus Japan, den USA, aus mehreren westeuropäischen Ländern und West-Berlin kommend, an dem jährlich in Frankfurt stattfindenden CIS(NU)-Kongreß teilnehmen wollen. Einige Tage später wurden nach einander zwei Demonstrationen in Frankfurt verboten. Demonstrationsverbote gegen die CIS(NU) wurden schon vorher in Köln (1.12.73) und Saarbrücken und auch noch nachher in Dortmund (2.3.74) verhängt. Die Begründungen der Behörden waren immer die gleichen: die außenpolitischen Belange der BRD.

Sämtliche auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes verbotenen Demonstrationen richteten sich gegen die Todesurteile im Iran, von denen nach offiziellen Angaben des Regimes allein in den letzten zwei Jahren 200 vollstreckt wurden, gegen Exekutionen auf offener Straße, gegen Massenerschießungen bei Streiks und die zahlreichen Morde, die während der Folter in persischen Gefängnissen begangen werden.

Die Repression des Schah-Regimes gegen politische Gegner, gegen Demokraten, streikende Arbeiter, unzufriedene Bauern und Landarbeiter und die unvorstellbare Not der breiten Bevölkerung werden in der bundesrepublikanischen Presse seit zwei Jahren ebenso systematisch verschwiegen wie der Widerstand und die Kämpfe gegen den unbarmherzigen Terror des Pfauenthrons. Vor und während dem Prozeß gegen 12 iranische Künstler und Intellektuelle gab es eine Protestwelle über die ganze Welt. Zahlreiche Organisationen wie die Föderation internationaler Journalisten, mehrere Schriftsteller Verbände, PEN-Clubs, Verlage und Schriftsteller verlangten, daß der Prozeß wenigstens einigen Mindestanforderungen der internationalen Rechtsprechung genüge. 50.000 Unterschriften wurden gesammelt. Die "freie" Presse der BRD hielt es nicht für nötig, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, auch nicht darüber, daß der gesamte Prozeß eine von der persischen Propagandamaschinerie inszenierte Show war, die den Zweck hatte, den Intellektuellen und Künstlern, die in Gedichten, Pamphleten, Artikeln und Filmen trotz der schweren Verfolgung Aufklärungsarbeit leisteten, zu zeigen, wer Herr im Haus in Persien ist. Als die Todesurteile von Teheran bekannt wurden, organisierte die CIS(NU) Hungerstreiks in der BRD, in den USA, in Schweden, England,

Italien und Österreich. Die bundesrepublikanische Presse, die hinreichend darüber informiert war, schwieg auch diesen Protest tot.

Nach der Hinrichtung der zwei Intellektuellen Golesorkhi und Daneschyan gab es in ganz Persien Protestkundgebungen und Demonstrationen, die trotz zahlreicher Verhaftungen nicht verebbten, kein Wort darüber in den hiesigen Massenmedien, obwohl die meisten Zeitungen ihre Korrespondenten am Pfauenthron akkreditiert haben. Der SAVAK besetzte die Universität Teheran; bei Massenkundgebungen auf den Straßen, die sich gegen die Hinrichtungen und Foltertoten richteten, bei denen die Menge die Zulassung demokratischer Freiheiten forderten, schoß die Polizei. Aber die Demonstranten wehrten sich. Das Ergebnis: zahlreiche Verletzte und Verhaftete und drei tote Polizeioffiziere. Die Presse in der BRD schwieg ebenso wie die in Persien. In der BRD protestierten Schriftsteller gegen die Hinrichtungen. Nirumand schrieb einen offenen Brief an Heinrich Böll — ebenfalls keine Reaktion.

Als den ersten zwei Hinrichtungen nach der Rückkehr seiner Majestät aus dem Engadiner Luxuskurort St. Moritz Schlag auf Schlag neue Hinrichtungen folgten (13 an drei Tagen), kam niemand mehr mit Presseerklärungen und Flugblättern nach. Persische Studenten besetzten daraufhin am 8.3. zur gleichen Zeit mehrere Vertretungen des Iran im Ausland, die Botschaften in Brüssel und Stockholm, das Konsulat in Den Haag und begannen Sitzstreiks vor den Botschaften in London und Rom sowie vor dem Gebäude der UNO-Menschenrechtskommission in New York, um endlich ihrem Protest gegen die Gewaltherrschaft des Despoten Mohammed Reza Pahlevi Öffentlichkeit zu verschaffen und um zu erreichen, daß endlich die Entsendung einer Delegation der Menschenrechtskommission zur Untersuchung der Situation der politischen Gefangenen im Iran zugesagt wird. Die Massenmedien in der BRD reagierten auch darauf nicht, auch nicht, als zahlreiche persische Studenten tagelang in Den Haag und Stockholm in Haft blieben.

Umso mehr Aufmerksamkeit schenkte man dem Besuch des iranischen Ministerpräsidenten Howeida, der hier die Verhandlungen über das Milliarden-Erdöl-Rüstungsgeschäft fortführte. Dies ist auch nicht verwunderlich. Denn der Massenmörder von Teheran, der Kaiser von Amerikas Gnaden, der der neuen Linken anlässlich

seines Staatsbesuches 1967 ihr erstes Todesopfer (Benno Ohnesorg) bescherte, reagiert mit empfindlicher Sensibilität auf jegliche Kritik. So empfindlich, daß er die "Überwachung persischer Schah-Gegner in Deutschland" (FAZ 4.3.1972) und nicht etwa das Ölgeschäft, das im Frühjahr 1972 durch Besuch Bundeskanzler Willy Brandt in Teheran eingeleitet wurde, zur "Hauptfrage" bei den Verhandlungen gemacht hatte. (FR 7.3.72) Der Friedensnobelpreisträger hatte, um die Aussichten auf die bevorstehenden Ölverhandlungen nicht zu verderben, nicht nur keine Einwände gegen diese massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD durch den persischen Despoten, er versprach darüberhinaus die Verschärfung der Ausländergesetze und schwieg zu der Hinrichtung von 19 Oppositionellen vor und während seines Aufenthaltes.

Inzwischen hat die sozial-liberale Bundesregierung eine ganze Anzahl politischer Vorleistungen erbracht: eine perfekte Nachrichtensperre bezüglich der Repression im Iran, freie Hand für den SAVAK in der Bundesrepublik und dessen Unterstützung durch den Verfassungsschutz, Einreiseverbot und Abschiebungen von Schah-Gegnern, Demonstrationsverbote. Nicht einmal Bürger der BRD dürfen den Faschisten Pahlevi noch einen Mörder nennen. Infolgedessen wurden die Beziehungen zwischen Bonn und Teheran, die seit dem Schah-Besuch wegen der Massendemonstrationen und der daran anschließenden Aufklärungskampagne "getrübt" waren, intensiver. Was sich dahinter verbirgt, das erfuhrt die bundesrepublikanische Öffentlichkeit, seit BWM Friedrichs die "Sonne der Arier" bei dessen jährlichen Winterurlaub traf. Dieser Besuch brachte die vertragsreife Unterzeichnung der bisher größten Kooperationsabkommen der Nachkriegszeit. Bei den deutsch-iranischen "Mammutprojekten", von denen Bundesregierung, Großindustrie und Massenpresse in Superlativen schwärmen, geht es um Milliardenengeschäfte, kurz um die Schaffung einer militärischen und industriellen Basis im Iran im Austausch gegen die Garantie einer langfristig sicheren Energieversorgung für die BRD, die bislang, außer in Lybien über Gelsenberg keinen direkten Zutritt zu den Ölquellen des Nahne Ostens besitzt, deren Ölwirtschaft aber zu 80 % vom Internationalen Konsortium abhängt, an dem BRD-Öl-Konzerne nicht beteiligt sind. Im einzelnen geht es um die langfristige Liefere-

rung von Erdgas im Umfang von 14 Milliarden Kubikmetern durch die UdSSR und weiteren 40 Milliarden durch die Türkei. Für die Belieferung der BRD durch die Türkei mußten Rohrleitungen von den Förderanlagen in Persien bis zum türkischen Mittelmeerrhafen Iskenderun, sowie eine Verflüssigungsanlage gebaut werden, damit das Gas in flüssiger Form nach Europa transportiert werden kann. Der Bau einer Pipeline, die die iranischen Erdgasfelder direkt mit Europa verbinden würde, sind zu teuer.

Bei dem Dreieckshandel BRD-UdSSR-Persien hat die Bundesregierung bereits das Einverständnis des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Nowikow. Offen ist noch, ob persisches Erdgas durch die UdSSR hindurch direkt in die BRD geleitet wird, oder ob es in der UdSSR verbraucht und die BRD in entsprechendem Umfang mit sowjetischem Erdgas beliefert wird. Auch ein weiteres Riesenprojekt, der Bau einer Exportraffinerie, der dritten in Persien, steht kurz vor dem Abschluß. Diese Raffinerie, die die größte der Welt sein und jährlich 25 Millionen Tonnen Rohöl verarbeiten wird, ist geographisch günstig geplant: in Bushir, am Persischen Golf, nahe der größten Erdölumschlagsstation, der Insel Kharg, und an der Verbindungsstrecke zwischen den größten Erdölfeldern. Sie soll von deutschen Firmen unter Führung des Duisburger Stahlkonzerns Thyssen errichtet werden, Eigentümer wird ein Firmenkonsortium aus Veba, Gelsenberg und Union Kraftstoff Wesseling sein, das die Produkte abnimmt, deren Lieferung von der staatlichen iranischen Ölgesellschaft NIOC garantiert wird. Dieser Exportraffinerie soll ferner ein petrochemisches Werk angegliedert werden, für dessen Betrieb sich Bayer, Höchst und die deutsche BP-Tochter interessieren. Die Gesamtkosten der Raffinerie und des angeschlossenen Veredelungskomplexes belaufen sich voraussichtlich auf 6 Milliarden DM.

Wenn das petrochemische Werk den gesamten Ausstoß der Raffinerie verarbeiten würde, wie es dem persischen Regime vorschwebt, dann würde sie eine Kapazität von 50 Prozent der gesamten Petrochemie in der BRD haben. Das würde bedeuten, daß hier 50 % der Chemiearbeiter arbeitslos würden. Die Bundesregierung besteht aber auf der Lieferung von Benzin und Heizöl aus der Raffinerie und dem Bau einer etwas kleineren Petroanla-

ge. Neben diesen Riesen-Projekten geht es um etwa 20 weitere Projekte von erheblicher Bedeutung wie die Errichtung eines Hochleistungs-Stahlhüttenwerkes, wie die Gründung einer Engineering-Gesellschaft, eine Zementfabrik, Maschinenbauanlagen und ein Werk zur Kupfererzeugung des Krupp-Konzern; verschiedene große Stahlprojekte der Konzerne Korf und Klöckner um Chemiefaserfabriken von Flick-Dynamit-Nobel; um Schaltgeräte- und Kolbenfabriken von AEG und Siemens; um die Produktion von Volkswagen; um die Expansion der Bayer-Tochtergesellschaften; um den Bau einer Untergrundbahn in Teheran und um für die Industrialisierung notwendigen Elektrifizierungsprojekte. Dabei darf nicht vergessen werden, welchen Umfang bundesrepublikanische Investitionen bereits in den vergangenen Jahren angenommen haben, so daß in keinem anderen Land so zahlreiche Bankverbindungen westdeutscher Geldinstitute bestehen. Man darf nicht vergessen, daß die BRD im Außenhandel mit Persien an erster Stelle steht. Und man darf nicht übersehen, welche Rüstungsprojekte die BRD im Iran nun vorbereitet, nachdem bereits in den vergangenen Jahren Waffenlieferungen erheblichen Umfangs vorgenommen worden waren. Unmittelbar nach den Ölverhandlungen wurde nämlich bekannt, daß das größte Ölgeschäft und die Abkommen über verstärkte industrielle Kooperation nun „das größte Rüstungsexportgeschäft der Nachkriegszeit“ nach sich ziehen sollten. Zunächst ging es um die Lieferung von 400 Panzern des Typs Leopard, die von der Bundesregierung heftig dementiert wurde, zumal sie dabei vom dem Grundsatz abwich, Rüstungsgüter nur an NATO-Partner, auf keinen Fall aber in Spannungsgebieten zu verkaufen. In der Tat steht viel mehr auf dem Spiel als 400 Panzer: es geht um die schlüsselfertige Lieferung von drei kompletten Rüstungsfabriken, in denen sämtliche Utensilien u.a. Triebwerke, Panzerketten, Geschütze hergestellt werden, aus denen man den Leopard-Panzer zusammensetzen kann, und zwar im Iran selbst und in unbeschränkter Menge. Es geht bei den Rüstungsverhandlungen auch um U-Boote: die beteiligten Firmen, die bisher bekannt wurden, sind die Münchener Motoren- und Turbinen-Union (MZU), eine Tochtergesellschaft von Daimler-Benz und MAN, um das Nürnberger Rüstungsunternehmen Diehl, Rhein Stahl Düsseldorf

und die Rhein Stahl-Nordseewerke. (Vgl. Spiegel 7, 1974). Diese Projekte erlauben dem Schah den Aufbau einer „eigenen“ Rüstungsindustrie, für die iranische Offiziersanwärter in der BRD (Fachhochschule des Heeres für Maschinenbau in Darmstadt) ausgebildet werden. Eine deutsche Expertengruppe unter dem Brigadegeneral a.D. Bensien wird den Militärs in Persien bei Schulung und Einsatz der schweren Waffen aus der BRD zur Hand gehen.

Was aber bedeutet dies? Der Iran, der 3000 Soldaten gegen die Befreiungsbewegungen in Oman und Dhoffar in den Kampf schickte, der mit Flugzeugen aus den USA, und der BRD Bomben auf die DV Jemen wirft, der gegen die Aufständischen im pakistanischen Belutschistan interveniert und dessen Truppen an der irakischen Grenze kämpfen, schickt sich an, zur neuen Großmacht im Nahen Osten zu werden und die volle Kontrolle über den Persischen Golf zu übernehmen. Mit Hilfe der USA und Saudi-Arabien entstanden an den Küsten Persiens und auf den Inseln im Golf zahlreiche neue Militärstützpunkte. Die unglaubliche Ausrüstung und die wahnsinnigen Waffenkämpfe haben den Zweck, daß das Schah-Regime im Golf Funktionen der alten Kolonialmächte übernimmt, dies vor allem, seit Großbritannien infolge seiner ökonomischen Schwäche seine Präsenz in dieser Region abbauen mußte und weil die USA, infolge ihrer Interventionen überall in der Welt, die Wahrnehmung der imperialistischen Interessen im Golf ohne noch weitere ökonomische und politische Schwäche nicht leisten könnte. Die BRD jedoch, die heute, wie vor dem Ersten Weltkrieg das Deutsche Reich begonnen hat, sich in traditionelle Einflusssphären der Großmächte vorzuschieben und die heute infolge der Auswirkungen der Ölvertuerung auf seine Konkurrenten zur stärksten europäischen Macht geworden ist, hat durch die Kooperationsverträge mit Persien den entscheidenden Durchbruch im Nahen Osten geschafft, der verglichen werden kann mit den Ölverträgen von 1954, die den USA aus dem Windschatten der damaligen britischen Vorherrschaft verhalfen. Die Präsenz deutscher Interessen am Persischen Golf ist ein altes Ziel, das mit der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg zunächst aufgegeben werden mußte.

Brigitte Heinrich



**„Was bist du doch für'n
armes Arschloch.“
Frankfurts Polizeipräsident
Knut Müller (SPD) urteilte
über sich selbst (FR).**

Profit aus Trümmern. SPD. Häuseräumung im Westend.

Polizeiüberfall. 3.30 Uhr.



Foto Leßmann

Foto Eppe